

Niedersächsischer Landtag

Stenografischer Bericht

72. Sitzung

Hannover, den 12. September 2025

Inhalt:

Tagesordnungspunkt 37:	Tagesordnungspunkt 40:
Mitteilungen der Präsidentin5947	Erste Beratung:
Feststellung der Beschlussfähigkeit5947	Niedersachsen darf nicht weiter Schlusslicht sein Medizinstudienplätze endlich konsequent aus
Tagesordnungspunkt 38:	bauen - Ärztemangel in Niedersachsen langfristig be kämpfen! - Antrag der Fraktion der CDU - Drs
Befragung des Ministerpräsidenten5947	19/82155969
Omid Najafi (AfD)5948	Cindy Lutz (CDU)5969
Olaf Lies, Ministerpräsident5948, 5953	Ulf Prange (SPD)5971, 5973
Klaus Wichmann (AfD)5949	Delia Klages (AfD)5973
Vanessa Behrendt (AfD)5950	MUDr. PhDr. / Univ. Prag Jozef Rakicky (frakti-
Carina Hermann (CDU)5950, 5952, 5953	onslos)5974
	Eva Viehoff (GRÜNE)5975
Tagesordnungspunkt 39:	Ausschussüberweisung5976
Erste Beratung: Polizeiarbeit in das Zeitalter der Digitalisierung	Tagesordnungspunkt 41:
überführen - verfahrensübergreifende Datenana-	Erste Beratung:
lysen in Echtzeit ermöglichen - Antrag der Fraktion	Fachkräftegewinnung und -sicherung braucht re
der CDU - Drs. 19/82145954	gionale Netzwerke und Willkommenskultur: Nach
André Bock (CDU)5955, 5961, 5964	haltige Strukturen für die Förderung der Fachkräf
Stefan Marzischewski-Drewes (AfD)	teeinwanderung und Arbeitsmarktintegration in
5958, 5967	Niedersachsen sichern und ausbauen - Antrag de
Alexander Saade (SPD)5958, 5961, 5967	Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die
Michael Lühmann (GRÜNE)	Grünen - Drs. 19/82295976
5962, 5963, 5965, 5968	Julia Retzlaff (SPD)5976
Birgit Butter (CDU)5962	Vanessa Behrendt (AfD) 5978
Daniela Behrens, Ministerin für Inneres, Sport	Deniz Kurku (SPD)5979
und Digitalisierung5966	Nicolas Mülbrecht Breer (GRÜNE)5980
Sebastian Lechner (CDU)5968	Thomas Uhlen (CDU)598
Ausschussüberweisung5969	Ausschussüberweisung5982

I

Tagesordnungspunkt 42: Erste Beratung: Subsidiäre und korporative Kulturpolitik stärken -Bürgerkultur statt Soziokultur - Antrag der Fraktion der AfD - Drs. 19/8216.....5982 Jessica Schülke (AfD)......5982, 5985 **Ulf Prange** (SPD)......5984, 5986 Martina Machulla (CDU).....5986 **Eva Viehoff** (GRÜNE)......5988 Ausschussüberweisung......5988 Tagesordnungspunkt 43: Erste Beratung: Einführung einer effektiven Informations- und Beratungspflicht der Kita zu Inhalt, Ziel und Umsetzung ihres Konzepts zur Sexualpädagogik - Antrag der Fraktion der AfD - Drs. 19/8217.....5988 Harm Rykena (AfD)......5988, 5992, 5994 Karola Margraf (SPD)......5990, 5992 **Christian Fühner** (CDU)......5992, 5995 Pascal Mennen (GRÜNE)......5995, 5997 Vanessa Behrendt (AfD) 5996 Ausschussüberweisung......5997 Tagesordnungspunkt 44: Erste Beratung: Gesunde Zähne von Anfang an - zahnärztliche Vorsorge für alle Kinder in Kitas stärken - Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion der CDU und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 19/8222.5997 Pascal Mennen (GRÜNE).....5997 Anna Bauseneick (CDU)......5998 **Delia Klages** (AfD)......6000 Corinna Lange (SPD)......6001 Ausschussüberweisung......6001 Tagesordnungspunkt 45: Erste Beratung: Digitalisierung in der Gesundheitsversorgung: Chancen nutzen, Effizienz schaffen - Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 19/8228......6002 Marten Gäde (SPD)6002 **Delia Klages** (AfD)......6003 Thomas Uhlen (CDU)......6004 Eva Viehoff (GRÜNE)......6004

Ausschussüberweisung......6005

Tagesordnungspunkt 46:

Erste Beratung:

Taktische Einsatzkennzeichnung niedersächsi-
scher Polizeikräfte in geschlossenen Einsätzen -
Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bünd-
nis 90/Die Grünen - Drs. 19/8238 6005
Michael Lühmann (GRÜNE) 6006, 6010
Stefan Marzischewski-Drewes (AfD) 6007, 6013
Saskia Buschmann (CDU) 6008, 6010, 6013
Alexander Saade (SPD) 6011, 6013
Ausschussüberweisung
Nächste Sitzung 6013

Vom Präsidium:

Präsidentin Hanna N a b e r (SPD)

Vizepräsident Marcus B o s s e (SPD)

Vizepräsidentin Sabine T i p p e l t (SPD)

Vizepräsident Jens N a c k e (CDU)

Vizepräsidentin

Barbara O t t e - K i n a s t (CDU)

Vizepräsidentin

Dr.in Tanja M e y e r (GRÜNE)

Schriftführer

Markus B r i n k m a n n (SPD)

Schriftführer René Kopka (SPD)
Schriftführerin Corinna Lange (SPD)
Schriftführer Guido Pott (SPD)
Schriftführerin Annette Schütze (SPD)

Schriftführer Dr. Karl-Ludwig von Danwitz (CDU)

Schriftführerin

Schriftführer

Axel Miesner (CDU)

Schriftführer

Alexander Wille (CDU)

Schriftführerin

Evrim Camuz (GRÜNE)

Schriftführerin

Eva Viehoff (GRÜNE)

Schriftführerin

Delia Klages (AfD)

Schriftführer Jürgen Pastewsky (AfD)

Auf der Regierungsbank:

Ministerpräsident Olaf Lies (SPD)

Ministerin für Inneres, Sport und Digitalisierung

Staatssekretär Stephan M a n k e ,
Daniela B e h r e n s (SPD)

Ministerium für Inneres und Sport

Finanzminister Staatssekretärin Sabine Tegtmeyer-Dette,

Gerald H e e r e (GRÜNE) Finanzministerium

Minister für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Gleichstellung Staatssekretärin Dr. Christina Arbogast,

Dr. Andreas Philippi (SPD) Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Gleichstellung

Minister für Wissenschaft und Kultur Falko M o h r s (SPD)

Kultusministerin Staatssekretärin Andrea Hoops,

Julia Willie H a m b u r g (GRÜNE) Kultusministerium

Minister für Wirtschaft, Verkehr und Bauen Staatssekretär Matthias Wunderling-Weil-

schutz

Staatssekretärin Frauke Patzke,

Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucher-

Grant Hendrik Tonne (SPD) bier,

Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Bauen

Ministerin für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucher-

schutz

Miriam Staudte (GRÜNE)

Justizministerin Staatssekretär Dr. Thomas S m o I I i c h ,

Dr. Kathrin Wahlmann (SPD) Justizministerium

Minister für Umwelt, Energie und Klimaschutz

Staatssekretärin Anka D o b s l a w ,
Christian M e y e r (GRÜNE)

Minister für Umwelt, Energie und Klimaschutz

Ministerin für Europa und Regionale Landesentwicklung

Melanie Walter (SPD)

Beginn der Sitzung: 09:02 Uhr.

Präsidentin Hanna Naber:

Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne die 72. Sitzung im 27. Tagungsabschnitt des Niedersächsischen Landtages der 19. Wahlperiode.

Tagesordnungspunkt 37: Mitteilungen der Präsidentin

Ich stelle die Beschlussfähigkeit des Hauses fest.

Ich möchte Sie darüber informieren, dass ein bislang unbekannter Täter heute Nacht um 00:48 Uhr an der Marktkirchenseite des Erweiterungsgebäudes den Schriftzug "Free Gaza" neben den Eingang der Krippe gesprüht hat.

Der Vorfall wurde dank der Videoüberwachung des Landtages sofort bemerkt. Der Sicherheitsdienst hat unmittelbar die Polizei informiert, die nach wenigen Minuten vor Ort war und die Ermittlungen aufgenommen hat. Die ca. eine Minute andauernde Tat wurde von der Videoüberwachung aufgezeichnet, sodass die Aufnahmen nun ausgewertet werden können. Beim Eintreffen der Sicherheitskräfte war der Täter bereits geflohen. Der Schriftzug konnte von der Landtagsverwaltung bereits weitgehend entfernt werden.

(Beifall)

Dies sind die mir bisher vorliegenden Informationen.

Wie Ihnen bekannt ist, wurden nach den letzten Vorfällen in Abstimmung mit den Fraktionen zusätzliche Sicherheitsmaßnahmen vereinbart und umgesetzt. Derzeit wird ein Konzept für weitere nächtliche Bestreifungen mit den Fraktionen erörtert, welches ebenfalls kurzfristig realisiert werden soll.

So bedauerlich und verurteilenswert dieser erneute Vorfall ist, hat sich meines Erachtens gezeigt, dass die zusätzlich ergriffenen Schutzmaßnahmen wirksam sind und sich das Zusammenspiel zwischen hochwertiger Videoüberwachung, aufgestocktem Sicherheitsdienst des Landtages und der Polizei bewährt hat.

Zur Tagesordnung: Wir beginnen die heutige Sitzung mit Tagesordnungspunkt 38, das ist die Befragung des Ministerpräsidenten. Anschließend setzen wir die Beratungen mit Ausnahme des bereits gestern behandelten Tagesordnungspunktes 47 in

der Reihenfolge der Tagesordnung fort. Die heutige Sitzung soll gegen 16:05 Uhr enden.

Die mir zugegangenen Entschuldigungen teilt Ihnen nunmehr Herr Schriftführer Axel Miesner mit. Herr Miesner, bitte!

Schriftführer Axel Miesner:

Einen schönen guten Morgen auch von meiner Seite! Entschuldigt haben sich für heute: von der SPD-Fraktion Marcus Bosse ab 12:00 Uhr, Stefan Klein, Karin Logemann, Julius Schneider und Jan Schröder ab 13:00 Uhr und von der CDU-Fraktion Laura Hopmann, Sophie Ramdor und Herr Dr. Schmädeke.

Präsidentin Hanna Naber:

Vielen Dank, Herr Miesner.

Ich rufe auf:

Tagesordnungspunkt 38:
Befragung des Ministerpräsidenten

Die Befragung des Ministerpräsidenten ersetzt nach §47 a unserer Geschäftsordnung im ersten Tagungsabschnitt des Jahres sowie im ersten Tagungsabschnitt nach der parlamentarischen Sommerpause jeweils die Fragestunde.

Jede Fraktion kann bis zu vier Anfragen mit jeweils einem Fragesatz stellen, die zur höchstens dreiminütigen mündlichen Beantwortung durch den Ministerpräsidenten geeignet sind.

Der Ältestenrat hat sich in seiner 14. Sitzung am 31. Januar 2024 darauf verständigt, dass ein fraktionsloses Mitglied des Landtages eine Frage stellen kann, die im Anschluss an die Fragen der Fraktionen behandelt wird.

Die für die Behandlung aller Arten von Anfragen geltenden Geschäftsordnungsbestimmungen setze ich als allgemein bekannt voraus.

Um dem Präsidium den Überblick zu erleichtern, bitte ich, dass die Fragestellerinnen und Fragesteller sich schriftlich zu Wort melden. - Das ist auch schon passiert.

Die Befragung endet nach 90 Minuten. Der Ältestenrat hat sich darauf verständigt, dass gegebenenfalls nach Ablauf der 90 Minuten die zuletzt aufgerufene Frage noch beantwortet werden soll.

Ich stelle fest: Es ist jetzt 09:07 Uhr. Demnach ist das Ende der Befragung spätestens um 10:37 Uhr. - Das war schon eine gute Rechenleistung für heute Morgen.

(Heiterkeit und Beifall)

Entsprechend der Vereinbarung im Ältestenrat rufe ich zunächst die Anfragen auf, die von Mitgliedern der Fraktion der AfD gestellt werden.

Zur ersten Frage für die Fraktion der AfD hat sich zu Wort gemeldet: der Abgeordnete Omid Najafi. Herr Najafi, bitte!

(Beifall bei der AfD)

Omid Najafi (AfD):

Vielen Dank. - Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Ministerpräsident, vor dem Hintergrund, dass Ihr grüner Koalitionspartner die A 39 als "Sinnbild einer verfehlten Verkehrspolitik" bezeichnet, frage ich Sie und bitte Sie um eine Einschätzung: Wann werden die ersten Autos auf einer komplettierten A 39 rollen können? - Vielen lieben Dank.

(Beifall bei der AfD - Zuruf von Stephan Bothe [AfD])

Präsidentin Hanna Naber:

Herr Bothe, Ihre Fraktion hat gerade eine Frage gestellt, die jetzt der Ministerpräsident beantwortet - und nicht Sie!

Herr Ministerpräsident, bitte!

Olaf Lies, Ministerpräsident:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Najafi, die Planungsabschnitte sind aufgeteilt. Es gibt Planungsabschnitte für das Land, dem die Planfeststellungsbehörde untersteht. Diese Projekte sind in beiden Abschnitten - 1 und 7 - sehr weit fortgeschritten mit Planfeststellungsbeschlüssen, bei Abschnitt 7 auch mit Sofortvollzug.

Der Bund entscheidet, wann wir anfangen zu bauen. Das liegt also nicht mehr in Händen des Landes. Das gilt auch für den Abschnitt 1 bei Lüneburg. Übrigens gibt es für den ersten Teil des Abschnittes 1 - direkt bei Lüneburg - große Zustimmung in Lüneburg, weil er zu einer Entlastung der Stadt führt.

Insofern sind die Vorbereitungen getroffen, und die Planfeststellungsbeschlüsse mit Sofortvollzug sind da. Wenn der Bund die Mittel bereitstellt - und davon gehe ich aus -, kann sehr schnell mit dem Bau begonnen werden.

Es sind sieben Abschnitte. Die Abschnitte zwischen 1 und 7 befinden sich in unterschiedlichen Planungsstufen und inzwischen auch bei unterschiedlichen Planfeststellungsbehörden: Mal ist das Land zuständig, bei den neuen Projekten ist es der Bund.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei den GRÜNEN)

Präsidentin Hanna Naber:

Vielen Dank, Herr Ministerpräsident. - Zur zweiten Frage der Fraktion der AfD hat sich ebenfalls Omid Najafi zu Wort gemeldet. Bitte schön!

(Beifall bei der AfD)

Omid Najafi (AfD):

Vielen Dank. - Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Ministerpräsident, vor dem Hintergrund, dass trotz der grassierenden Wohnungsnot nicht mehr, sondern weniger Wohnungsbaugenehmigungen erteilt werden - laut Landesamt für Statistik Niedersachsen -, frage ich Sie: Wo sehen Sie die in Ihrer Verantwortung liegenden Gründe für die gebrochenen Bauversprechen der Landesregierung? - Vielen lieben Dank

(Beifall bei der AfD)

Präsidentin Hanna Naber:

Bitte schön!

Olaf Lies, Ministerpräsident:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Najafi, die erste Botschaft ist - und es wundert mich fast, dass Sie das nicht gesagt haben -: Wir sollten in einer solchen Diskussion nie auf die Frage von Migration, ja oder nein, abstellen, sondern wir haben eine Verantwortung, Wohnraum für alle in diesem Land zu schaffen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

Das kommt bei Ihnen ja sonst gerne, ich greife das mal auf. Denn wir kennen die Antworten, die Sie leider geben, zu gut. Ich finde, das muss man auch mal klar aussprechen: In dieser Einschätzung gibt es einfach eine Distanz zwischen Demokraten und Ihnen.

(Zuruf von der AfD: Das war nicht die Frage! - Unruhe - Glocke der Präsidentin)

- Ich stehe doch hier und beantworte die Frage. Deswegen bin ich doch hier vorne.

Das Zweite ist: Die Antwort in Bezug auf den Wohnungsbau ist tatsächlich eine elementare. Wir haben im Land - das haben Sie im Haushaltsentwurf, den wir auch diskutiert haben, gesehen - sehr deutlich gemacht, dass wir erstens zusätzliches Geld in die Wohnraumförderung geben. Das ist das Instrument, mit dem sozial geförderter Wohnraum entstehen kann, also Wohnraum, der eben nicht eigenfinanziert gebaut werden muss.

Wir haben zweitens auch zusätzliches Geld für die WohnRaum Niedersachsen GmbH vorgesehen, damit die Projekte - das hat der Bauminister gestern sehr eindrucksvoll dargestellt -, die sonst nicht gebaut würden, vorgezogen und gebaut werden können.

Außerdem haben wir - das ist ganz elementar - gemeinsam die Niedersächsische Bauordnung geändert. Dabei gab es schwierige Diskussionen über die Frage, ob man die Stellplatzpflicht abschaffen kann oder nicht. Wir haben dann eine Entscheidung in dem Sinne "Besser, es wird ohne Stellplatz gebaut, als es wird gar nicht gebaut" getroffen.

Im Bund haben wir jetzt die Vereinbarung, dass wir auch dort an die Standards herangehen, an die Baugesetzbuch-Regelungen, sodass man in Wohnraum investieren kann, den man vermieten und verkaufen kann, ohne dass man Gefahr läuft, dass es heißt, die Standards seien nicht eingehalten. Das wird ganz elementar sein.

Und das Gebäudeenergiegesetz wird zu einem Gebäude-CO₂-Gesetz, denn wir sind mit grüner bzw. klimaneutraler Wärme in der Lage, Gebäude zu heizen, ohne dass wir nur über Investitionen in dickere Wände Energieminimierung erreichen müssen.

Diese Bausteine zusammen werden dafür sorgen, dass wieder privat investiert wird. Denn ohne private Investitionen wird es nicht gehen. Und der Baustein der zusätzlichen Förderung sowohl auf Landes- als auch auf Bundesebene soll dafür sorgen, dass auch in sozial geförderten Wohnraum investiert wird.

Wir sehen das Problem, ich will das überhaupt nicht ignorieren. Wir haben die große Herausforderung, dass nicht in dem Maße gebaut wird, in dem gebaut werden müsste. Es muss unsere gemeinsame Anstrengung sein, dies zu erreichen. Wenn Menschen keine Wohnung haben, ist das ein Problem. Das ist Daseinsvorsorge für die Menschen.

Insofern kann ich uns alle nur ermuntern, daran hart weiterzuarbeiten. Wir werden das tun, weil es ein Ziel ist, dass mehr Wohnraum für die Menschen in unserem Land geschaffen wird.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

Präsidentin Hanna Naber:

Zur dritten Frage der Fraktion der AfD hat sich ihr Vorsitzender Klaus Wichmann gemeldet.

(Beifall bei der AfD)

Klaus Wichmann (AfD):

Herr Ministerpräsident, ich möchte Sie fragen - mittlerweile hatten Sie ja ein bisschen Zeit, darüber nachzudenken, deswegen noch einmal hier an dieser Stelle -: Regenbogenflagge oder Schwarz-Rot-Gold? - Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD - Lachen bei den GRÜNEN - Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Präsidentin Hanna Naber:

Der Ministerpräsident antwortet. Herr Lies, bitte!

Olaf Lies, Ministerpräsident:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sie adressieren ja die Frage vom NDR, die darauf ausgerichtet war, sich in einem Auswahlverfahren zwischen Hannover 96 und Braunschweig zu entscheiden - was übrigens in einem NDR-Interview auch nicht ganz einfach ist. Ob man damit jeden zufriedengestellt hat, kann ich nicht sagen.

Die Botschaft mit Blick auf diese Frage ist, dass es da gar keine Trennung gibt, weil man sie nicht entweder so oder so beantworten muss.

> (Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

Denn damit sind - ich will das einmal sagen - zwei völlig unterschiedliche Botschaften verbunden. Selbstverständlich Deutschlandflagge! Das steht doch völlig außer Frage. Wir sind stolz, Deutsche zu sein, und wir repräsentieren die Deutschlandflagge. Insofern besteht da überhaupt kein Zweifel.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN) Gleichzeitig steht die Regenbogenflagge für etwas, auf das wir als Gesellschaft stolz sind, nämlich für eine bunte Gesellschaft, für eine vielfältige Gesellschaft.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

Wenn man die Spielregeln im NDR-Interview mitmacht, muss man sich für A oder B entscheiden. Aber hier im Parlament kann ich sagen: Diese Entscheidung ist gar nicht notwendig. Wir brauchen beides in unserer Gesellschaft.

(Starker Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Präsidentin Hanna Naber:

Vielen Dank, Herr Ministerpräsident. - Zur vierten und letzten Frage der AfD-Fraktion hat sich zu Wort gemeldet: die Abgeordnete Vanessa Behrendt.

(Beifall bei der AfD)

Vanessa Behrendt (AfD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Ministerpräsident, vor dem Hintergrund, dass Ihr Vorgänger Stephan Weil es leider nicht eindeutig beantworten konnte, frage ich nun Sie: Wie viele Geschlechter gibt es? - Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD - Wiard Siebels [SPD]: Hat er beantwortet! - Weitere Zurufe von der SPD und von den GRÜNEN - Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Präsidentin Hanna Naber:

Ich bitte um Ruhe, damit der Herr Ministerpräsident antworten kann.

(Zurufe von der AfD)

- Die AfD-Fraktion sollte zuvorderst Interesse daran haben, die Antwort des Ministerpräsidenten auf ihre eigene Frage zu hören. Deshalb bitte ich um Ruhe.

Herr Ministerpräsident, bitte!

Olaf Lies, Ministerpräsident:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Frau Behrendt, das ist in dieser Zeit eine völlig unnötige Frage.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Wir leben in einer diversen und vielfältigen Gesellschaft, in der das Selbstbestimmungsrecht der Person im Mittelpunkt steht. Warum sollte ich etwas vorgeben, was mit Blick auf das Selbstbestimmungsrecht der Person vielleicht anders gesehen wird? Ich finde, so frei können wir doch in unserer Gesellschaft sein.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN - Zuruf von der AfD: Also keine Antwort! - Gegenruf von Ulrich Watermann [SPD]: Doch! Nur weil man es nicht versteht!)

Präsidentin Hanna Naber:

Herr Watermann!

Der Herr Ministerpräsident hat auf alle vier Fragen von Ihnen Antworten gegeben. Diese Antworten können Sie ja in Ihrer Fraktionssitzung auswerten. Hier ist nicht der Ort dafür.

(Stephan Bothe [AfD]: Tun wir bis 2027!)

- Wie lange Sie dafür brauchen, hat mich nicht zu interessieren.

Nun kommen wir zu den Anfragen, die von Mitgliedern der Fraktion der CDU eingebracht werden. Es handelt sich aber um ein Mitglied, das sich für alle vier Fragen gemeldet hat, und das ist die Parlamentarische Geschäftsführerin Carina Hermann.

(Zurufe von der SPD und von den GRÜNEN - Glocke der Präsidentin)

- Ich bitte um Ruhe, Herr Domeier, Herr Henning, Herr Lühmann!

(Weitere Zurufe)

- Frau Hermann, wir warten noch, bis sich die Gemüter etwas beruhigt haben. - Bitte schön, Frau Hermann!

(Beifall bei der CDU)

Carina Hermann (CDU):

Verehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Herr Ministerpräsident, persönlich haben Sie sich zum Fall Friedland bislang nicht erklärt. Vor dem Hintergrund, dass wir es hier mit einer Vielzahl von Unterlassungen zu tun haben - der untergetauchte Iraker wurde nicht gesucht, ein Haftantrag zu spät gestellt, eine Beschwerde gegen die amtsgerichtliche Entscheidung nicht eingereicht,

(Wiard Siebels [SPD]: Sie müssen eine Frage stellen!)

und die Innenministerin blieb dem Ausschuss fern -, frage ich Sie: Was wollen Sie ganz konkret tun, damit solche Fälle nicht länger als tragische Einzelfälle abgetan werden, sondern im System endlich klare und verbindliche Abläufe in Niedersachsen verbessert werden?

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Hanna Naber:

Bitte schön, Herr Ministerpräsident!

Olaf Lies, Ministerpräsident:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Frau Hermann, ich möchte zunächst einmal sagen: Das ist ein schrecklicher Fall. Eine junge Frau wurde aus dem Leben gerissen. Natürlich ist völlig klar, dass wir uns sehr intensiv mit der Frage beschäftigen müssen: Wie hätte das verhindert werden können? Das steht, glaube ich, außer Frage, und das ist auch Teil der Aufklärung gewesen, die von allen Beteiligten, auch im Ministerium, geleistet wurde.

Ich begrüße es ausdrücklich - das dient auch dem Informationsrecht des Parlaments, das zu Recht nachfragt -, dass die Fachkolleginnen und -kollegen der Ressorts im Ausschuss waren und informiert haben. Das halte ich für den absolut richtigen Weg. Das hält ja niemanden davon ab, weitere Fragen zu stellen und darüber zu diskutieren.

(Jens Nacke [CDU]: Also braucht die Ministerin nicht zu kommen? Ist das die Botschaft? - Gegenrufe von der SPD und von den GRÜNEN)

- Herr Nacke, ich verstehe Ihre Frage nicht. Es ging um das Informationsrecht, und es ist völlig richtig, dass es vorhanden ist. Dem ist dadurch entsprochen worden, dass die Fachkolleginnen und -kollegen, die sich sehr intensiv damit beschäftigen, da waren. Das, finde ich, ist gut. Das steht weiteren Diskussionen überhaupt nicht entgegen. Ich wollte nur beschreiben, wie die Situation war. Es war richtig und dringend, sofort zu informieren.

Sie haben völlig recht, Frau Hermann: Wir werden daraus auch Schlüsse ziehen müssen. Deswegen geht es jetzt darum, welche Aufklärungsmaßnahmen vorhanden sind. Wie geht es weiter in der Frage - das ist ja das, was Sie angesprochen haben -: Wann wird Beschwerde eingereicht, wann

nicht? Wie gehen wir damit um? Wie sieht es mit Fristen aus?

Tatsache ist, dass dieser Fall - eine junge Frau wurde aus dem Leben gerissen - nicht morgen von der Tagesordnung verschwindet. Wir müssen gemeinsam hier im Land, aber auch gemeinsam mit dem Bund alle möglichen Maßnahmen ergreifen, um so etwas zu verhindern - unabhängig davon, welcher Nationalität der Täter ist. Es geht um die Sicherheit der Menschen in unserem Land.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN - Zuruf von der CDU: War das alles an Antwort? - Gegenruf von Doris Schröder-Köpf [SPD]: Herr Nacke hätte ja im Ausschuss fragen können!)

Präsidentin Hanna Naber:

Vielen Dank, Herr Ministerpräsident. - Carina Hermann stellt nun die zweite Frage für die Fraktion der CDU.

(Beifall bei der CDU)

Carina Hermann (CDU):

Verehrte Frau Präsidentin! Herr Ministerpräsident, vor dem Hintergrund, dass ich Sie auch bei meiner ersten Frage nach konkreten Vorschlägen gefragt habe, frage ich Sie noch einmal zur Position der SPD - Sie haben sich ja unserer Forderung nach Dublin-Zentren angeschlossen -, ob Sie Dublin-Zentren befürworten oder weiterhin ablehnen.

Also konkret: Kommt es in dieser Legislaturperiode zu Dublin-Zentren in Niedersachsen und auch zur Umsetzung unseres Vorschlags zur Ausweitung der Anwendung der Fußfessel, oder setzen sich am Ende in Ihrer Koalition erneut die Grünen durch, und es kommt nicht zu Dublin-Zentren und einer Erweiterung im Bereich Fußfessel?

(Beifall bei der CDU - Djenabou Diallo Hartmann [GRÜNE]: Die Verantwortung liegt doch bei Dobrindt, das wissen Sie genau! Das liegt doch bei euch im Bund! - Gegenruf von Sebastian Lechner [CDU] - Zuruf von Volker Bajus [GRÜNE])

Präsidentin Hanna Naber:

Einen Moment, Herr Ministerpräsident! - Herr Bajus!

(Weitere Zurufe - Unruhe)

- Wir warten noch einen Moment, Herr Ministerpräsident! Es ist eine Frage gestellt worden, die Herr Ministerpräsident Lies nun beantwortet. Bitte schön!

Olaf Lies, Ministerpräsident:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Frau Hermann, weil hier gerade zu der ersten Frage kam: "War das alles an Antwort?", will ich das einmal aufgreifen. Es ist ja immer der Wunsch, hier alle Details zu nennen. Es wird in den Ausschüssen diskutiert, und die Ministerien arbeiten verantwortungsvoll daran, die Situation zu verbessern.

(Jens Nacke [CDU]: Sie kommt nicht in den Ausschuss! - Gegenruf von Wiard Siebels [SPD]: Das hat doch überhaupt nichts damit zu tun! - Weitere Zurufe von der SPD und von den GRÜNEN)

- Herr Nacke, was ist Ihr Vorwurf? Geht es um eine sachliche Frage? Geht es um eine junge Frau, die aus dem Leben gerissen worden ist, oder geht es hier um die politische Frage, ob eine Ministerin in den Ausschuss kommt oder nicht? Vielleicht sollten wir uns auf das eigentliche Problem konzentrieren; vielleicht ist das sinnvoller, Herr Nacke.

(Starker, anhaltender Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Sehr geehrte Frau Hermann, Sie haben eine sehr konkrete Frage gestellt. Anfang des Jahres hat die Innenministerin dem Bund angeboten, dass wir hier in Niedersachsen ein Dublin-Zentrum einrichten können. Bei der Frage, ob das statt an den sechs Standorten der LAB NI - dort ist das jetzt der Fall - zukünftig zentral gemacht wird, kommt es darauf an, ob der Bund das möchte. Der Bund kann entscheiden, ob er das möchte, und das geht ja sowieso nur mit dem Bund, weil in einem Dublin-Zentrum auch das BAMF sehr gezielt vor Ort sein muss, damit wir gemeinsam arbeiten können.

Wenn es um Verfahrensbeschleunigungen und Lösungen geht: Gerne! Aber jetzt ist der Bund gefragt, eine Antwort darauf zu geben. Aber das Ganze immer in die Richtung einer Regierung zu spielen, halte ich, ehrlich gesagt, für unglücklich.

(Carina Hermann [CDU]: Unterstützen Sie das denn im Bund? - Gegenruf von Wiard Siebels [SPD]: Das hat er doch gerade beantwortet!)

- Sonst hätte das die Innenministerin doch gar nicht angeboten! Die Innenministerin hat angeboten - das

war ein Angebot des Landes Niedersachsen -, diesen Weg zu gehen. Und wenn die Innenministerin das anbietet, dann bietet sie es für die Landesregierung an und damit für uns alle in Verantwortung. Das ist die Aufgabe.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN - Zuruf von Ulrich Watermann [SPD])

Präsidentin Hanna Naber:

Herr Watermann, hier spielt die Musik!

Zur dritten Frage für die Fraktion der CDU bitte ich Carina Hermann nach vorne.

(Beifall bei der CDU)

Carina Hermann (CDU):

Frau Präsidentin! Herr Ministerpräsident, Sie haben die Frage nach der Fußfessel überhaupt nicht beantwortet, und ich möchte an dieser Stelle auch noch einmal klarstellen: Natürlich geht es um den tragischen Tod des Mädchens.

(Wiard Siebels [SPD]: Sie dürfen nur eine Frage stellen!)

Aber es geht auch um die Aufklärung der strukturellen Defizite im System. Das erwarten die Bürgerinnen und Bürger im Land von uns, und genau das tun wir hier. Das will ich noch einmal in aller Deutlichkeit sagen.

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Hanna Naber:

Ich bitte Sie, zu Ihrer Frage zu kommen, Frau Hermann.

Carina Hermann (CDU):

Vor dem Hintergrund, dass die Abteilungsleiterin Ihrer Innenministerin im Ausschuss und die Innenministerin hier vorgestern erklärt haben, der Antrag auf Abschiebungshaft sei in Ordnung gewesen, gleichzeitig aber das Amtsgericht Hannover öffentlich erklärt hat, dieser Antrag sei mangelhaft und selbst nach Nachbesserung nicht ausreichend gewesen, frage ich Sie: Wann werden Sie diesen Antrag auf Abschiebungshaft endlich vollständig offenlegen, oder wie wollen Sie sonst Öffentlichkeit und Parlament darlegen, dass die Landesaufnahmebehörde in der Lage war, einen ordnungsgemäßen Antrag zu schreiben? Warum legen Sie den Antrag hier und jetzt nicht einfach offen auf den Tisch?

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Hanna Naber:

Bitte schön!

Olaf Lies, Ministerpräsident:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Frau Hermann, ich will in keiner Weise bezweifeln, dass es Ihnen darum geht, genau diese Themen mit aufzuklären, damit es zu Verbesserungen kommt. Darum geht es mir gar nicht - überhaupt nicht. Ich glaube, da sind wir uns einig, auch weil wir insgesamt überhaupt kein Interesse daran haben, dass der Eindruck entsteht, der Staat sei in bestimmten Bereichen nicht handlungsfähig oder würde nicht rechtzeitig handeln.

Das will ich Ihnen nicht unterstellen, definitiv nicht, weil ich weiß, dass Sie das anders sehen. Aber ich bitte Sie, das auch den Regierungsfraktionen und der Regierung nicht zu unterstellen, weil wir da, glaube ich, das gleiche Ansinnen haben.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

Man wird aus den Punkten, die Sie angesprochen haben, Schlüsse ziehen müssen: Wie können wir sicherstellen, dass die Situation zumindest verbessert wird? Ob wir so etwas immer verhindern können, wissen wir nicht.

Die Frage, ob die Verfahrensunterlagen freigegeben werden können, kann ich an dieser Stelle, ehrlich gesagt, nicht beantworten. Das tut mir leid, da bitte ich um Verständnis. Ich kann rechtlich nicht einschätzen und bewerten, ob das geht oder nicht. Aber ich nehme diese Frage selbstverständlich mit.

Ich kann verstehen, dass man im Sinne der Transparenz fragt, woran es eigentlich lag, weil die Sorge besteht, dass der Antrag vielleicht nicht die entsprechenden Qualitätsanforderungen erfüllt hat. Es bleibt aber am Ende auch die Entscheidung einer zuständigen Richterin oder eines zuständigen Richters, und das ist nach unserem System auch richtig so. Ich kann aber sehr gut nachvollziehen, dass Sie fragen: Gab es Mängel, die wir beseitigen können, damit so etwas in Zukunft nicht wieder passiert, oder war das eine so getroffene Entscheidung, die wir an dieser Stelle respektieren müssen?

Das müssen wir aufklären. Ich nehme diese Frage also mit und bitte um Entschuldigung, dass ich sie hier nicht direkt beantworten kann. Sie bekommen aber eine Antwort darauf.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

Präsidentin Hanna Naber:

Die vierte und letzte Frage für die Fraktion der CDU stellt wiederum die Abgeordnete Carina Hermann. Bitte schön!

(Beifall bei der CDU)

Carina Hermann (CDU):

Verehrte Frau Präsidentin! Herr Ministerpräsident, vielleicht können Sie ja im Nachgang im Rahmen der Beantwortung der vierten Frage auch noch die Frage zur Fußfessel beantworten.

Vor dem Hintergrund, dass der Rückführungserlass in Niedersachsen extrem kompliziert ist - das konnten wir im *Rundblick* lesen -

(Wiard Siebels [SPD]: Eine Frage stellen!)

und auch inkonkret, wie der Präsident der Landesaufnahmebehörde im Juni geschrieben hat, frage ich Sie: Warum ist dieser Erlass nicht längst geändert worden, und setzen Sie sich jetzt wenigstens in diesem Punkt gegen die Grünen durch, damit dieser Erlass geändert wird und die Rückführungen in Niedersachsen dann auch konkret erleichtert werden können?

(Beifall bei der CDU - Zurufe von den GRÜNEN: Oh!)

Präsidentin Hanna Naber:

Vielen Dank, Frau Hermann. - Der Ministerpräsident antwortet.

Olaf Lies, Ministerpräsident:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Frau Hermann, ich kann diese rechtliche Frage zur Fußfessel nicht beantworten. Ich bitte dafür um Verständnis.

Ich glaube, erst einmal ist die Frage - - -

(Carina Hermann [CDU]: Die Frage ist, ob man das politisch will!)

- Wir sind doch in einem Rechtsstaat! Lassen Sie uns doch bitte nicht das Modell des Rechtsstaats verlassen und sozusagen in die Welt erzählen, was wir gern möchten!

> (Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

Das verstehe ich nicht. Genau das führt doch zur Verunsicherung einer Gesellschaft. Ich verstehe das nicht.

Die Frage, die Sie gestellt haben, ist sehr wohl berechtigt. Die nehme ich sehr ernst, die nehme ich auch mit, und die werden wir auch prüfen. Aber es geht doch nicht darum, was ich politisch will, sondern darum, was rechtlich umsetzbar ist. Das erwarten die Menschen doch von einer Demokratie und einer Regierung.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN - Jens Nacke [CDU]: Einknicken vor den Grünen! - Gegenruf von Ulrich Watermann [SPD]: Fragt euch mal, wie dicht ihr woanders seid! - Unruhe -Weitere Zurufe - Glocke der Präsidentin)

Alle Beteiligten müssen selber wissen, wie sie fragen und Diskussionen führen. Aber wenn wir uns hier auf der demokratischen Seite einig sind - und das sind wir uns an den allermeisten Stellen -, dann ist es doch die Frage, welchen Mehrwert wir erzielen, wenn wir unsere Demokratie und unseren Rechtsstaat ständig in ihrer Handlungsfähigkeit infrage stellen. Wir sollten doch gemeinsam daran arbeiten, dass die Defizite, die vorhanden sind, kleiner werden und wir sie ausräumen. Das ist doch die Antwort, die wir eigentlich geben müssen.

(Starker Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Sehr geehrte Frau Hermann, ich nehme Ihre Hinweise hier sehr ernst.

(Christian Calderone [CDU]: Nein! - Gegenruf von Ulrich Watermann [SPD]: Meine Güte, was ist denn los bei Ihnen? - Christian Calderone [CDU]: Das ist die Antwort eines Verwalters, eines Abteilungsleiters! - Weitere Zurufe - Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Ich persönlich finde, dass dieses Thema - deswegen haben Sie es bewusst als Fragestellung genommen; das verstehe ich auch - eine so hohe Bedeutung hat, dass wir versuchen sollten, in aller Sachlichkeit damit umzugehen und es nicht in die falsche Richtung laufen zu lassen. Ich glaube, das wäre nicht gut.

Ich würde nur um eines bitten: Wenn Dinge wie der Rückführungserlass überarbeitet werden sollen, dann wird das angegangen. Den Eindruck zu vermitteln, als sei eine rot-grüne Landesregierung nicht in der Lage, auf diesen Sachverhalt zu reagieren

und da, wo es notwendig ist, Änderungen herbeizuführen, ist falsch. Das will ich an dieser Stelle deutlich sagen.

(Starker Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Ulf Thiele [CDU]: Das erhöht massiv den Druck, dass da etwas kommen muss! - Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Sehr geehrte Frau Hermann, Sie können sicher sein, dass wir - inklusive der Beantwortung der Fragen, und das auch in der notwendigen Transparenz; das würde ich sehr schätzen - in der Lage sind, zu sagen, wo es Verbesserungsbedarfe gibt, wie wir sie angehen, wo es rechtliche Hürden gibt, die wir vielleicht auch gemeinsam im Bund angehen müssen, wenn sie dort zu beseitigen sind.

Aber ich finde, wir sollten ein solches Thema - so habe ich Sie jetzt auch in Ihren Fragen verstanden - weiter sachlich angehen - das ist die Antwort, die die Menschen von uns erwarten - und alles dafür tun, dass Fälle wie dieser nicht wieder vorkommen.

(Starker Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Präsidentin Hanna Naber:

Ich wäre dankbar, wenn ich aus der CDU-Fraktion ein Signal bekommen würde, wer den Entschließungsantrag unter dem nächsten Tagesordnungspunkt einbringen möchte, damit ich ihn gleich eröffnen kann.

Zur Befragung des Ministerpräsidenten liegen keine weiteren Fragen vor, sodass ich diese um 9:33 Uhr schließe.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

Ich rufe auf:

Tagesordnungspunkt 39:

Erste Beratung:

Polizeiarbeit in das Zeitalter der Digitalisierung überführen - verfahrensübergreifende Datenanalysen in Echtzeit ermöglichen - Antrag der Fraktion der CDU - Drs. 19/8214

(Unruhe)

- Ich bitte um etwas Ruhe und Konzentration.

Nach meiner freundlichen Bitte hat sich zur Einbringung dieses Antrags zu Wort gemeldet: der Abgeordnete André Bock. Bitte schön, Herr Bock!

(Beifall bei der CDU)

André Bock (CDU):

Vielen Dank. - Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben den Fall Friedland - mit diesem Schicksal dahinter - vor zwei Tagen hier in diesem Hohen Hause noch einmal ausführlich betrachtet und uns in der vorigen Woche auch im Innenausschuss ausgiebig berichten lassen, was dort passiert ist.

Wir haben gerade vom Ministerpräsidenten die Schlagworte gehört: Der Staat muss handlungsfähig sein. Wenn wir an den Fall zurückdenken, gerade die Innenpolitiker, kann man sich an vielen Punkten die Frage stellen, ob wir an allen Stellen und zu jeder Zeit gewusst haben, wo sich diese Person aufhielt. Nein, das haben wir eben nicht. Wir wussten nicht, ob der Mensch in der Schweiz oder an einem anderen Ort war - und das in Zeiten, in denen sich wahrscheinlich jeder Mensch täglich im Internet herumtreibt, auch mobil mit seinem Handy unterwegs ist und über entsprechende Instrumente eigentlich greifbar oder zumindest irgendwo sichtbar wäre. Natürlich kann man nicht anlasslos alle Menschen "ausspionieren" oder überwachen, das wollen wir auch gar nicht. Aber zumindest gerade für Täter und Täterinnen, die Straftaten wie solche schrecklichen Dinge begehen, gibt es heutzutage Instrumente.

Wir müssen uns bei der Sicherheitspolitik in Niedersachsen ernsthaft die Frage stellen, ob wir nicht schon längst ins Hintertreffen geraten sind: angesichts der rasanten Entwicklung, die gerade im Cyberbereich stattfindet, aber auch angesichts der Kriminalitätsentwicklung insgesamt, die wir feststellen, wenn wir uns die Statistik für Niedersachsen anschauen.

Was wir in diesen Zeiten brauchen, im Jahr 2025, fast 2026, im modernsten Zeitalter mit allen Möglichkeiten, sind modernste Techniken auch in der Ermittlung und in der Aufklärung, mehr Personal für die Sicherheitsbehörden, aber vor allem auch die rechtlichen Befugnisse. Das ist das Gebot der Stunde.

(Beifall bei der CDU)

Aber wir müssen leider feststellen, dass sich diese Innenministerin, die niedersächsische Innenministerin Frau Behrens, an vielen Stellen den aktuellsten Innovationen verweigert.

Die CDU fordert mit ihrem Entschließungsantrag, die Analysesoftware Palantir auch für unsere Polizei einzuführen, und zwar schnellstmöglich. Denn andere vergleichbar gute Instrumente haben wir im europäischen Bereich und Markt noch nicht. Bis wir so weit sind, wird es wahrscheinlich noch lange dauern und leider viele Opfer geben.

(Beifall bei der CDU - Michael Lühmann [GRÜNE]: Peter Thiel wird begeistert sein!)

Meine Damen und Herren, Frau Behrens spricht ja immer von angeblichen europäischen Lösungen und vertröstet auf sie. Aber andere Länder, auch Bundesländer, sind an dieser Stelle schon längst viel weiter. Schauen wir nach Bayern, schauen wir nach Hessen, Stichwort "HessenDATA"! Dort sorgt Palantir bereits dafür, dass Terroranschläge verhindert, Täter blitzschnell gefasst und kriminelle Strukturen zerschlagen werden. Da wird effektive Polizeiarbeit geleistet. Und man hört aus diesen Ländern: Das ist zurzeit alternativlos.

Meine Damen und Herren, wenn wir auf Ballhöhe mit kriminellen Strukturen sein wollen - das wird ja von allen Sicherheitspolitikerinnen und -politikern immer wieder kolportiert - oder im besten Fall, wie es auch so schön heißt, vor die Lage kommen wollen, dann brauchen wir diese Instrumente. Dann sollten einige, vor allem die linke Seite dieses Hauses, ideologische Vorbehalte einmal ausblenden, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Denn was bringt es, Frau Innenministerin Behrens - Sie sprachen ja auch hier an dieser Stelle vor Kurzem davon -, kleine Innovationen und Techniken zu preisen wie beispielsweise Tracebook, KiPo-Analyzer, MoNa zur Auswertung mobiler Kommunikation oder die halbfertige Beweismittel-Cloud? Alles das sind vielleicht Schritte in eine richtige Richtung, aber sie sind viel zu spät und viel zu langsam. Die Cloud allein wird gar nichts bringen, solange nicht eine leistungsstarke IT-Software, eine Analysesoftware und KI-Tools mitlaufen. Alles andere ist Flickwerk, und das wissen, Sie, Frau Behrens, auch ganz genau.

Meine Damen und Herren, die Beweismittel-Cloud an sich wird erst die volle Wirkung entfalten, wenn auf der Plattform zukunftsfähige, leistungsstarke Analysetools KI-gestützt und integriert lauffähig gemacht werden. Das wäre dann wirklich ein Quantensprung für die innere Sicherheit auch in Niedersachsen.

Meine Damen und Herren, vor allem die Kollegen des Innenausschusses werden es wissen, und auch Sie, Frau Ministerin, müssten es ohnehin wissen: Der Bereich Cybercrime hat heute schon eine enorme Bedeutung und spielt eine große Rolle für den gesamten Sicherheitsbereich. Wir wissen ganz genau, dass das in Zukunft noch einmal mehr an Dynamik und Fahrt aufnehmen wird, Stichworte: "verschlüsselte Kommunikationskanäle", "anonyme Plattformen", "Handel im Darknet", "Hackerangriffe", ..Hass und Hetze in sozialen Medien und Netzwerken", "hybride Bedrohungen". Aktueller kann es ja gar nicht mehr sein! Alles das ist für unsere Sicherheitsbehörden, insbesondere für die Polizei und den Verfassungsschutz, eine enorme Herausforderung. Deswegen müssen wir sie in ihren Möglichkeiten auch entsprechend aufrüsten. In Niedersachsen passiert aber leider an vielen Stellen viel zu wenig.

Wenn wir den Statistiken und Experten in diesem Bereich vertrauen - und das tun wir natürlich -, dann wissen wir doch alle, dass die Datenmengen, die sich weltweit alle zwei bis spätestens drei Jahre verdoppeln, noch einmal mehr an Geschwindigkeit gewinnen. Das sind immense Datenmengen, die auszuwerten und zu durchforsten sind. Das geht mit menschlicher Hand und menschlichem Auge nicht mehr. Dazu braucht es vernünftige Analysesoftwares. Ansonsten drohen unsere Sicherheitsbehörden, gerade angesichts dieser Datenflut, gnadenlos unterzugehen.

Aber rechtliche Rahmenbedingungen sind das eine. Wir brauchen die technische und personelle Ausstattung und die Ressourcen - vor allem spezialisierte Analysesoftware -, aber auch leistungsstarke IT-Strukturen in den Sicherheitsbehörden und natürlich das benötigte Fachpersonal und digitale Ermittlungsteams.

Meine Damen und Herren, nochmals: In Bayern, Hessen und Nordrhein-Westfalen haben in den vergangenen Jahren zahlreiche Beispiele aus dem Polizeialltag deutlich gemacht, wie effektiv Analysesoftwares, auch Palantir, sein können. Nur drei Beispiele: In Bayern war entscheidend, dass durch den Einsatz der Anschlag auf das israelische Generalkonsulat erfolgreich verhindert werden konnte. Wir erinnern an Magdeburg. Auch dort wurde die Software eingesetzt. Sie hat entscheidende Hinweise zur Verknüpfung der Ermittlungen gegeben.

Auch in Hessen - Stichwort "HessenDATA" - ist dies ein Kernstück der Polizeiarbeit und mit 15 000 Einsätzen pro Jahr sehr erfolgreich. Ich wünschte mir das auch gerne für Niedersachsen.

(Beifall bei der CDU - Nadja Weippert [GRÜNE]: Wir werden uns nicht von einem US-Konzern abhängig machen!)

- Frau Weippert, diese kurz dargestellten Einsatzfolgen müssten doch auch Sie langsam aufwachen lassen, dass wir in Niedersachsen endlich mal weiterkommen müssen und nicht irgendwie schauen, ob das alles überhaupt richtig sicher und ganz klar ist.

(Michael Lühmann [GRÜNE]: Wo war denn euer NPOG in der letzten Legislatur? Wo war es denn?)

Nein, andere Länder sind sich offensichtlich klar. Auch grün-regierte Länder, Herr Lühmann! Baden-Württemberg geht nämlich denselben Weg, wo wir schon längst hätten sein sollen. Verschließen Sie sich nicht diesen Erfolgen!

(Beifall bei der CDU)

Herr Lühmann, in Ihrem Wortbeitrag kommen Sie wahrscheinlich gleich dazu, dass hier ausspioniert wird usw. Nein, natürlich nicht!

(Nadja Weippert [GRÜNE]: Doch! - Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Es geht doch nicht darum, dass anlasslos unbescholtene Bürgerinnen und Bürger dieses Landes ausspioniert werden. Nein, darum geht es doch eben nicht!

(Michael Lühmann [GRÜNE]: Gucken Sie mal in die USA, was Palantir macht! Genau das! - Gegenruf von Sebastian Lechner [CDU]: Du musst nur nach NRW und Hessen gucken, was Palantir macht!)

Das wissen Sie ganz genau. Das geht immer nur anlassbezogen. Wer in diesem Land nichts Böses tut und keine Verbrechen bzw. Straftaten begeht, der hat nichts zu befürchten. Tun Sie nicht immer so, als wenn wir in einem Unrechtsstaat leben, Herr Lühmann!

(Beifall bei der CDU - Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Um das auch abzusichern, damit Ihre Seele beruhigt ist, Herr Lühmann: Wir sind natürlich auch gerne bereit - das muss auch der Weg sein -, den

Landesdatenschutzbeauftragten hier entsprechend einzubinden.

(Michael Lühmann [GRÜNE]: Der ist doch schon eingebunden!)

Meine Damen und Herren, modernste Techniken sind das, was dieses Land und die Polizeiarbeit braucht. Zur Wahrheit gehört auch dazu - ich habe es eben angerissen -: Es braucht auch das notwendige Personal. Und was müssen wir vom Landesrechnungshof zum Personal schon wieder lesen? Eklatante Versäumnisse in der Personalpolitik auch bei der Polizei!

Frau Behrens, das ist das, was Sie sich anziehen müssen. Nicht nur hat der Brandbrief der Gewerkschaften im Juni deutlich gemacht, dass viele Stellen - - -

(Unruhe)

Präsidentin Hanna Naber:

Einen Moment, lieber Kollege! - Herr Lühmann und Herr Thiele, wenn Sie das intensiver diskutieren wollen, steht Ihnen das Bistro zur Verfügung.

(Ulf Thiele [CDU]: Das hat keinen Sinn, darum lassen wir das!)

Sie können fortfahren. Bitte schön!

André Bock (CDU):

Vielen Dank, Frau Präsidentin.

Eklatante Versäumnisse in der Personalpolitik - Frau Behrens, diesen Schuh müssen Sie sich anziehen. Nicht nur, dass seit Juni wahrscheinlich auch wieder keine entscheidenden Schritte passiert sind - Stichwort "Brandbrief der Gewerkschaften" -, auch der Landesrechnungshof hat noch einmal deutlich gemacht, wo hier sozusagen der Hase im Pfeffer liegt. Es fehlt deutlich an Personal bei der Polizei und den Sicherheitsbehörden. Hier erleben wir von Ihnen seit Jahren keine vernünftigen Vorschläge, wie mehr Personal und auch Fachpersonal mit entsprechender Dotierung gewonnen werden kann.

Meine Damen und Herren, in diesen Kontext gehört auch: Die rot-grüne Landesregierung verweigert sich an vielen Stellen auch bei der Novellierung des Polizeirechts in Niedersachsen. Jetzt kommen Sie natürlich gleich mit dem Einwurf: Wir haben die NPOG-Novellierung doch vorgelegt. Ja, das haben Sie, aber nach vielen Monaten!

(Michael Lühmann [GRÜNE]: Wann hat die CDU sie vorgelegt?)

Ich erinnere noch einmal - Stichwort "Fußfessel" -, dass wir dabei in diesem Land schon seit Monaten hätten weiter sein können.

Aber auch Drohnenabwehr, Bodycams, all das lassen Sie immer lange liegen. Bis Sie in Wallung und Fahrt kommen, kommt es in diesem Land leider immer wieder zu Opfern. Diese Opfer können sich an Sie wenden, weil Sie mitverantwortlich sind!

(Beifall bei der CDU - Michael Lühmann [GRÜNE]: Das ist unanständig, Herr Bock!)

- Unanständig ist nur, wenn Sie nicht handeln, Herr Lühmann. Wir als Union haben Ihnen mehrfach die Hand zur Sicherheitspatenschaft für dieses Land und für die Bürgerinnen und Bürger gereicht.

(Nadja Weippert [GRÜNE]: Mit schwachsinnigen Anträgen!)

Wir haben Ihnen gesagt: Gehen Sie gemeinsam mit uns den Weg! Wir haben Vorschläge gemacht, die Sie nie angenommen und immer ignoriert haben. Wie gesagt, bis Sie selbst Vorschläge vorlegen und hier einbringen, vergehen Monate, und leider gibt es viele Opfer.

(Claudia Schüßler [SPD]: Die Behauptung ist wirklich schlimm!)

Meine Damen und Herren, ich stelle fest: Wer digitale Innovationen verhindert, personelle Missstände ignoriert und nötige Gesetzesanpassungen immer wieder auf die lange Bank schiebt, handelt grob fahrlässig - und das tun Sie von Rot-Grün und diese Landesregierung.

(Beifall bei der CDU)

Die CDU in diesem Hause ist bereit, den Weg für eine moderne und sichere innere Sicherheitspolitik zu gehen, gerne auch mit Ihnen gemeinsam. Wir reichen Ihnen heute hier auch noch einmal für die wichtigen Notwendigkeiten - Stichwort "Cyberkriminalität" - und die notwendige Analysesoftware die Hand.

Gehen Sie mit uns gemeinsam diesen Weg, damit wir dieses Land schneller auch im Internet und an vielen anderen Stellen sicherer machen können! Denn wir sind überzeugt: Ein sicheres Niedersachsen ist machbar.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Hanna Naber:

Vielen Dank, Herr Bock. - Für die Fraktion der AfD hat sich zu Wort gemeldet: der Abgeordnete Stefan Marzischewski-Drewes. Bitte schön!

(Beifall bei der AfD)

Stefan Marzischewski-Drewes (AfD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Verehrte Kollegen! Sicherheit für unsere Bürger und Landsleute - das ist staatliche Daseinsvorsorge. Dafür steht die AfD wie keine andere Partei.

Vor zehn Jahren, am 5. September 2015, Herr Bock, Frau Hermann, fand der Dammbruch durch die illegale Grenzöffnung durch die CDU statt, die unsere Polizei tagtäglich überfordert und zum Kontrollverlust im öffentlichen Raum und zur Erosion unserer Sicherheitslage führt. Zur Wahrheit gehört dazu: Die CDU ist Teil des Problems und keine Lösung. Ohne die CDU hätte es Friedland nie gegeben.

(Beifall bei der AfD - Michael Lühmann [GRÜNE]: Das ist genauso unverschämt!)

Zum Antrag: Das Wesen von Kriminellen ist es, die Sicherheitslücken des Rechtsstaates für ihr kriminelles Handeln aufzuspüren und zu nutzen. Sie nutzen dazu alle Möglichkeiten aus und sind leider nur allzu oft mit besserem technischen Equipment als unsere Polizei ausgestattet. Der marode Zustand der Polizeidienststelle in Wittingen in meinem Wahlkreis steht dafür bespielhaft und zeigt die fehlende Wertschätzung seitens der SPD für unsere Polizisten. In einer Zeit, in der die digitalen Technologien unser Leben bestimmen und es dynamisch verändern, ist es notwendig, dass auch unsere Sicherheitsbehörden mit dieser Entwicklung Schritt halten. Die Polizei muss in der Lage sein, große Datenmengen effektiv und zielgerichtet zu verarbeiten, um Kriminalität im Keime zu ersticken und die Sicherheit der Bürger zu gewährleisten.

Sehr geehrte Frau Behrens, das Hissen von Regenbogenflaggen vor Dienstgebäuden ist sehr gut für ein Foto in Ihrem Poesiealbum, ersetzt aber keine moderne IT-Ausstattung. Andere Bundesländer sind uns, wie so oft, weit voraus. Hier sei auch nur an die fehlenden Taser für unsere Polizisten erinnert.

Moderne Analysesoftware, die in Echtzeit verfahrensübergreifende Daten auswerten kann, ist dabei kein Luxus, sondern eine unverzichtbare Notwendigkeit. Dies ermöglicht es, Bedrohungen schneller

zu erkennen und Straftaten bereits im Vorfeld zu verhindern. Hierbei stellt sich jedoch die Frage einer klaren Rechtsgrundlage für den Einsatz solcher Technologien, damit es nicht zu Missbrauch kommt. Ohne diese können weder Effektivität noch Rechtssicherheit gewährleistet werden. Die Schaffung einer entsprechenden Grundlage ist unumgänglich, um den Handlungsspielraum der Polizei auszubauen, aber dabei zugleich auch die Rechte der Bürger zu schützen. Nur so kann gewährleistet werden, dass Sicherheit und Freiheit in einem ausgewogenen Verhältnis stehen.

Über 50 % der Menschen in Deutschland haben Angst, frei ihre Meinung zu sagen. Sie müssen fürchten, dass morgens die Polizei kommt und sie im Bademantel abholt. Die Bürger haben zu Recht Angst vor einem orwellschen Überwachungsstaat mit chinesischen Verhältnissen.

(Michael Lühmann [GRÜNE]: Das ist euer Traum von der Zukunft!)

Unsere Position ist klar: Die Einführung einer modernen Analysesoftware ist ein grundlegend erforderlicher Schritt zur Modernisierung unserer Polizeiarbeit.

(Michael Lühmann [GRÜNE]: Dann können wir mal die Nazi-Netzwerke aufdecken! - Gegenruf von Sebastian Lechner [CDU]: Auch das! Wir schaffen die Rechtsgrundlage!)

Sie dient dem Schutz vor Kriminalität unter Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung. Sicherheit, ohne die Freiheit aufzugeben, ist möglich, jedenfalls dann, wenn die AfD hier in Niedersachsen den Innenminister stellt.

Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Präsidentin Hanna Naber:

Vielen Dank. - Für die Fraktion der SPD hat sich zu Wort gemeldet: der Abgeordnete Alexander Saade.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

Alexander Saade (SPD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Überschrift des vorliegenden Antrags, nämlich "Polizeiarbeit in das Zeitalter der Digitalisierung überführen - verfahrensübergreifende Datenanalysen in Echtzeit ermöglichen", kann ich nur zustimmen. Ich freue mich auch schon auf die

Beratung im Ausschuss. - So einfach könnte es sein. Aber keine Angst, ein Aber kommt natürlich noch.

Ich erspare uns jetzt die Aufzählung, für welche Zwecke die Sicherheitsbehörden eine solche Analysesoftware nutzen können, und werde es ganz allgemein halten, denn Kollege Bock hat das gerade eben schon alles korrekt aufgeführt.

Im Kern ist es so: Wer große Datenbestände sinnvoll verknüpft, der kann Ermittlungen beschleunigen und Ressourcen zielgerichtet einsetzen. Aber Fakt ist auch, dass der Einsatz solcher Systeme einen erheblichen Grundrechtseingriff verlangt. Und er verlangt eben auch die bestmögliche rechtliche, technische und organisatorische Absicherung. Mit Blick auf die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts stimme ich der CDU ebenso zu, dass wir eine spezielle Rechtsgrundlage zur Datenanalyse benötigen. Aber Sie kennen den Entwurf des NPOG bereits, und deshalb wissen Sie ja, dass wir auf dem Weg sind.

Ich stimme Ihrem Antrag bis zu der Stelle zu, dass der Landtag zur Kenntnis nimmt, dass andere Bundesländer die Analysesoftware Palantir nutzen. Aber eben nur bis zu diesem Punkt. Von da an muss ich Ihnen widersprechen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

Ich hatte den Eindruck, das Thema ist sehr gut gewählt. Bei dem Antrag hat man sich aber irgendwann keine Mühe mehr gemacht. Man hatte vielleicht Angst: Wir sind in der Opposition, das interessiert hier vielleicht eh keinen.

Ich könnte jetzt ein eigenständiges Referat über die Köpfe hinter Palantir halten. Ich verzichte darauf. Aber allein deshalb hätte ich schon genug Gründe, das Ganze abzulehnen. Aber auch da halte ich mich knapp.

Ihre Absicht, Niedersachsen in die Hände eines zweifelhaften Unternehmens zu legen, kann ich einfach nicht teilen. Meine Damen und Herren, unsere digitale Souveränität dürfen wir nicht aufgeben. Aber genau das würden wir machen, wenn wir diesem Antrag so folgen. Wir würden riskieren, dass wir Palantir, einem amerikanischen Unternehmen, höchst sensible Daten unserer Bürger und somit auch höchst sensible Daten in die Hände der Vereinigten Staaten geben.

(Sebastian Lechner [CDU]: Das ist weder in Hessen noch in Bayern noch in

Baden-Württemberg noch in Nordrhein-Westfalen der Fall!)

 Ich verstehe Ihren Kommentar nicht. Sie können sich gerne zu Wort melden, dann verstehen wir alle Ihre Frage.

Ich sage nur: US-Anbieter unterliegen dem Cloud Act. Das bedeutet, dass Behördenzugriffe auch auf Daten, die physisch in Europa liegen - der Speicherort allein hilft da nämlich nicht -, möglich sind. Allein aus unserer Verantwortung heraus dürften wir bei solch hochsensiblen polizeilichen Daten gar keine US-Anbieter in Erwägung ziehen. Nein, wir müssten hier ganz klar sagen: Europe first!

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN - Zuruf von Sebastian Lechner [CDU])

- Herr Lechner, ich kann Sie nicht verstehen. Sie können eine Zwischenfrage stellen, dann können wir das alle gemeinsam diskutieren. Aber so bringt das hier nichts.

(Sebastian Lechner [CDU]: Die kommt gleich! Keine Angst!)

Ich sage Ihnen: Besondere Gefahr droht, weil der Quellcode der Software einfach nicht bekannt ist.

(Nadja Weippert [GRÜNE]: Genau!)

Kurz gesagt heißt das, dass weder Staat noch Öffentlichkeit sehen können, was hinter Palantir passiert. Das ist eine Blackbox.

(Nadja Weippert [GRÜNE]: Genau!)

Keiner kann prüfen, wie diese Software zu Ergebnissen kommt. Keiner kann prüfen, ob es wirklich Sicherheitslücken gibt, ob es unzulässige Funktionen gibt oder ob es schlichtweg rechtswidrig ist, was da passiert.

(Sebastian Lechner [CDU]: Das ist wirklich totaler Quatsch!)

Wir machen uns also abhängig von einem Unternehmen - mit allen dazugehörigen Risiken: technisch, rechtlich und politisch. Wenn eine Software auf unbekannte Art Daten sammelt und verknüpft, wir aber nicht wissen, wie dieses Resultat am Ende zusammenkommt, dann ist das eine Gefahr für unseren Rechtsstaat und für unsere Demokratie. Hier könnten sehr wohl unbescholtene Bürger zu Tatverdächtigen oder Beschuldigten werden.

Dass eine eigenständige menschliche Prüfung externer Softwareresultate sehr wichtig ist, beweist Ihr Antrag. Ihr Antrag ist der beste Beweis dafür! In der Begründung Ihres Antrags wird nämlich behauptet, dass es möglich ist, die Software so einzusetzen, dass ein nicht autorisierter Datenabfluss an Dritte ausgeschlossen werden kann. In Ihrem Antrag verlinkt ChatGPT aber auf einen Zeitungsartikel, aus dem das gar nicht hervorgeht.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Also hat entweder ein Mitarbeiter der CDU beim Kopieren einen Fehler gemacht oder die künstliche Intelligenz.

Wir dürfen der Technik nicht blind vertrauen!

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

Gerade deshalb ist es wichtig, dass wir nachvollziehen können, wie bestimmte Resultate zustande kommen.

In Ihrer Begründung steht außerdem, dass der Quellcode vom Fraunhofer-Institut geprüft wurde. Folgt man dem ChatGPT-Link in Ihrem Antrag, erfährt man aber auch, dass dieses Gutachten eine Verschlusssache ist, dass eine Veröffentlichung oder auch nur eine Einsichtnahme des Gutachtens nicht zulässig und auch nicht vorgesehen ist. Wir wissen also de facto gar nicht, was da geprüft wurde.

(Michael Lühmann [GRÜNE]: Hört, hört! - Sebastian Lechner [CDU]: Sie können beim Fraunhofer-Institut doch Akteneinsicht beantragen! Dann können Sie sich das angucken! - Zuruf von der SPD: Tolle Arbeitsweise!)

Ohne Codeeinsicht bleiben potenzielle Schwachstellen. Wir verlieren unsere digitale Souveränität und riskieren einen Komplettausfall.

(Sebastian Lechner [CDU]: Totaler Quatsch!)

Denn der Hersteller kontrolliert die Lizenzen, die Updates und die Signaturen. Ohne Mitwirkung des Herstellers funktioniert diese Software einfach nicht.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN - Nadja Weippert [GRÜNE]: Der Hersteller kann es jederzeit ändern!) Die Software könnte jederzeit zum Stillstand kommen, auch wenn sie sich auf deutschen Servern befindet.

Ein weiterer schwerwiegender Faktor ist die fehlende Kontrollmöglichkeit. Wenn die Polizei nämlich nur Nutzer ist und das Herzstück beim Anbieter bleibt, wie kann eine demokratische Kontrolle dann überhaupt erfolgen? Das ist nicht möglich.

(Nadja Weippert [GRÜNE]: Genau!)

Meine Damen und Herren, meine Schlussfolgerung lautet daher: Wir brauchen eine Analysesoftware - ja! -, aber ohne verfassungsrechtliche Grauzonen und ohne Abhängigkeit vom Konzernrecht. Auch wenn es gerne anders behauptet wird: Es gibt leistungsfähige europäische Alternativen - vielleicht nicht im Sinne einer eierlegenden Wollmilchsau, die alles kann. Aber statt eines Systems wie von Palantir hätte ich dann doch lieber verschiedene Softwarelösungen parallel nebeneinander. Denn die europäische Tech-Industrie bietet diese Bausteine.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

Wir können eine leistungsfähige, auditierbare und souveräne Lösung aufbauen. Deshalb, denke ich, wäre das der richtige Weg.

(Unruhe bei der CDU)

- Ich höre Ihr Murmeln. Der Hinweis zu ChatGPT findet sich in Ihrem Antrag in der letzten Zeile. Da ist als Quelle ChatGPT angegeben.

Noch mal ganz kurz zu Palantir: Welches Unternehmen dahintersteckt, zeigt übrigens die eigene Werbung von Palantir - nur als kleiner Nachtrag. Dort heißt es, aus dem Englischen übersetzt:

"Wir haben Palantir gegründet, um Amerikas Zukunft zu sichern, nicht um an Randbereichen herumzubasteln. In der Fabrikhalle, im Operationssaal, auf dem Schlachtfeld - wir entwickeln, um zu dominieren."

(Nadja Weippert [GRÜNE]: Genau!)

Aber ich möchte nicht, dass Palantir Niedersachsen dominiert. Daher lassen Sie uns lieber einen anderen Weg gehen!

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

Präsidentin Hanna Naber:

Herr Kollege Saade, es gibt eine KI auf Ihren Beitrag - was in diesem Fall nicht für künstliche Intelligenz, sondern für Kurzintervention steht.

(Heiterkeit bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Herr Abgeordneter Bock, bitte!

(Beifall bei der CDU)

André Bock (CDU):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Vielen Dank. Es wirkt offensichtlich, dass wir das heute hier debattieren.

Herr Saade, Sie haben gerade ausgeführt, und wir haben gehört: keine US-Anbieter und Europe first! Als Mitglied des Innenausschusses werden Sie sich sicherlich erinnern, dass wir am 14. Juli 2025 aufgrund eines CDU-Antrags in Sachen Kindesmissbrauch eine schriftliche Unterrichtung vom MI erhalten haben. Ich darf daraus kurz zitieren: "Zu den extern einsendenden Stellen zählt insbesondere das US-amerikanische 'National Center for Missing and Exploited Children'." - Stichwort "Kinderpornografie".

(Nadja Weippert [GRÜNE]: Das ist eine NGO!)

- Ja, aber auf diese eingesendeten Daten, um sie dann im Rahmen von Ermittlungsarbeiten weiterzuverarbeiten, sind wir hier in Niedersachsen offensichtlich angewiesen!

(Zuruf von der SPD: Alle!)

- Genau, alle!

(Nadja Weippert [GRÜNE]: Alle in Europa!)

Frau Ministerin, wie Sie wissen - offensichtlich sind Sie ja auch im Film; das kann jeder nachvollziehen, der sich mal über dieses Center informiert -, sind die schon seit 2013 Großkunden von Palantir, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU - Sebastian Lechner [CDU]: So ist es! Es ist so lächerlich, was Sie hier machen!)

Wissen Sie, wie ich das, was Sie hier vortragen, nenne? Eine unglaublich perfide Doppelmoral, die Sie hier an den Tag legen!

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU - Sebastian Lechner [CDU]: Es ist so lächerlich! Keine Ahnung von den Voraussetzungen, wie das mit der Vernetzung funktioniert, usw.! Es gibt keinen Abfluss von Daten! Dass es den gibt, behaupten Sie wider guten Wissens!)

Präsidentin Hanna Naber:

Herr Saade möchte erwidern. Bitte schön!

(Zuruf von der CDU: Besser nicht!)

- Wer immer aus der CDU-Fraktion das gerade war - ich weiß es nicht -: Das ist unanständig! Herr Saade hat das Recht zu erwidern, und das tut er jetzt.

Bitte schön, Herr Saade!

Alexander Saade (SPD):

Herr Bock, der Unterschied ist: Ich bin durchaus bereit, Informationen von anderen zu bekommen.

(André Bock [CDU]: Von Palantir!)

Aber ich bin nicht bereit, die Daten niedersächsischer Bürger in die Hände eines fragwürdigen Unternehmens zu geben, insbesondere weil wir nicht wissen, was mit diesen Daten passiert.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

Gestatten Sie mir noch einen kleinen Nachtrag! Auf Nachfrage hat das Innenministerium in Wiesbaden bestätigt, dass die hessischen Behörden das Programm ohne Unterstützung von Palantir nicht dauerhaft betreiben können.

(Sebastian Lechner [CDU]: Ja, klar!)

Um einen sicheren Betrieb gewährleisten zu können, erfolgt eine stetige Aktualisierung des Systems. Somit sind sämtliche Länder, welche auf Palantir setzen, auf den Support von außen angewiesen.

(Ulf Thiele [CDU]: Dann machen wir besser alles mit IT.Niedersachsen! Dann passiert zwar nichts mehr, aber dann sind Sie an der Stelle safe!)

Und das bedeutet: Wenn wir in Ungnade fallen, ist das System aus. Wie rechtsstaatlich das Geschehen in Amerika ist, wie willkürlich dort Entscheidungen getroffen werden - Stichwort "Zölle" -, das sehen wir ja gerade. Ich bin nicht bereit, unsere Sicherheit und die Daten Niedersachsens in die

Hände eines fragwürdigen Unternehmens zu geben

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN - André Bock [CDU]: Sie wollen die Kohlen wieder aus dem Feuer holen! - Sebastian Lechner [CDU]: Jede Drohne, die von der Polizei gekauft wird, kommt von DJI - von den Chinesen!)

Präsidentin Hanna Naber:

Vielen Dank, Herr Saade. - Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat sich zu Wort gemeldet: der Abgeordnete Michael Lühmann.

(Beifall bei den GRÜNEN - Ulf Thiele [CDU]: Sie haben sich echt verrannt! - Sebastian Lechner [CDU]: Herr Saade, jede Drohne, die Sie kaufen, kommt von DJI! Ihre Argumentation ist abenteuerlich! - Ulf Thiele [CDU]: Aber das ist ja nicht Trump, das ist DJI! DJI ist ja nicht so schlimm!)

- Einen Moment! - Herr Thiele, wir verstehen uns, nicht?

(Ulf Thiele [CDU]: Fast immer, ja!)

Herr Lühmann, bitte!

Michael Lühmann (GRÜNE):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleg*innen! Chapeau, liebe CDU: auf einer Party sehr, sehr spät auftauchen und dann für das vegetarische Buffet rheinische Schlachtplatten mitbringen - das muss man auch wollen. Anders ist der vorliegende Antrag jedenfalls nicht zu verstehen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

So fordern Sie uns ernsthaft auf, eine Rechtsgrundlage für den Einsatz einer Recherche- und Analysesoftware zu schaffen. Dabei hat die Landesregierung Ihnen doch auf Ihre Anfrage vom 1. August am 19. August geantwortet, dass im Rahmen der NPOG-Novelle genau eine solche Regelung gerade geschaffen wird, dass die Verbandsbeteiligung läuft, bei der im Übrigen der Landesdatenschutzbeauftragte natürlich involviert ist. Insofern: Gern geschehen, erledigt!

Bleibt also noch die Aufforderung, Palantir in Niedersachsen einzuführen, die - Chapeau! - gerade von Datenschützer*innen kritisiert wird: kein Zugang zum Quellcode, keine Kontrolle bei Updates,

Palantir-Mitarbeitende in Sicherheitsbehörden. Wer bei all dem vorliegenden Wissen die Zuführung von Palantir fordert, der verabschiedet sich, ehrlich gesagt, von jeder seriösen Sicherheitsdebatte.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Ich staune vielmehr immer wieder, woher die Vermutung rührt, dass Innenpolitik bei der CDU in guten Händen wäre.

Präsidentin Hanna Naber:

Einen Moment, bitte, Herr Lühmann! Es liegt der Wunsch nach einer Zwischenfrage vor: von der Abgeordneten Butter. Lassen Sie die zu?

Michael Lühmann (GRÜNE):

Gerne.

(André Bock [CDU]: Da hat er aber lange überlegt!)

- Nein, Herr Bock, ich weiß, was jetzt kommt!

Präsidentin Hanna Naber:

Frau Butter, Sie dürfen jetzt sehr gerne Ihre Zwischenfrage stellen. Bitte schön!

Birgit Butter (CDU):

Frau Präsidentin! Herr Lühmann, herzlichen Dank für das Zulassen der Zwischenfrage.

Herr Lühmann, Hessen wird von Schwarz-Grün regiert.

(Michael Lühmann [GRÜNE]: Nein!)

- Es wurde zu dem Zeitpunkt von Schwarz-Grün regiert. Entschuldigung!

(Jens-Christoph Brockmann [AfD]: Ja, Grüne und SPD kann man schon mal durcheinanderbringen!)

Schwarz-Grün hat dort die Analysesoftware Palantir eingeführt. NRW: Schwarz-Grün, Baden-Württemberg: Grün-Schwarz. Auch dort wird die Palantir-Software genutzt. Was sagen Sie zu den grünen Koalitionspartnern in diesen Bundesländern, in denen die Palantir-Software eingeführt wurde?

(Beifall bei der CDU - Sebastian Lechner [CDU]: Ihr habt gelernt! Ihr habt das gerade erst in Nordrhein-Westfalen eingeführt!)

Michael Lühmann (GRÜNE):

Ich sage dazu zwei Dinge, liebe Kollegin Butter. Das eine ist: Da sehen Sie, welchen Charme Rot-Grün und nicht Schwarz-Grün hat.

> (Heiterkeit und Beifall bei den GRÜ-NEN und bei der SPD - Ulf Thiele [CDU]: Das sind nicht die Grünen, sondern die Sozialdemokraten machen das Problem!)

Das Zweite ist: Ich werde nicht meinen Kolleg*innen in anderen Bundesländern Vorhaltungen machen. Ansonsten fangen wir damit nämlich an jeder Stelle an.

(André Bock [CDU]: Ach so! - Weitere Zurufe von der CDU)

- Sie müssen schon mal zuhören! Sie stellen eine Frage, dann müssen Sie die Antwort schon aushalten. Ich stelle mal eine Gegenfrage: Wollen wir jetzt auch über Ihre CDU-Leute reden?

(Birgit Butter [CDU]: Wir reden gerade über das Thema Palantir!)

Wir haben gerade Drohnen in Polen gesehen, und Ihr stellvertretender Bundesvorsitzender Michael Kretschmer sagte vor zwei Wochen im *Spiegel*, dass die Öl- und Gassanktionen gegen Russland falsch seien. Herr Lechner, Sie sitzen zusammen im Präsidium. Klären Sie das doch mal mit dem Kollegen Kretschmer!

Wollen wir es jetzt immer so machen, dass wir über andere Bundesländer sprechen?

(Sebastian Lechner [CDU]: Wir waren bei Palantir, Herr Lühmann!)

- Ich rede gleich wieder über Palantir! Aber Sie führen Ablenkungsdebatten, weil Sie diese Debatte hier nicht aushalten. Und deswegen mache ich jetzt einfach weiter.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD - Sebastian Lechner [CDU]: Sie haben Ihre eigenen grünen Koalitionen in Nordrhein-Westfalen und in Baden-Württemberg als sicherheitspolitisches Risiko bezeichnet! - Gegenruf von Heiko Sachtleben [GRÜNE]: Das war ja keine fachliche Frage! - Sebastian Lechner [CDU]: Natürlich! - Heiko Sachtleben [GRÜNE]: Nein, das war überhaupt keine fachliche Frage! Das war eine Ablenkungsfrage! - Sebastian

Lechner [CDU]: Nein! - Heiko Sachtleben [GRÜNE]: Aber hallo! - Glocke der Präsidentin)

Liebe Kolleg*innen der CDU, das sicherheitspolitische Risiko sehen wir gleich. Man kann doch nicht vor hybriden Bedrohungen warnen und zugleich die größte hybride Sicherheitslücke inmitten unserer sensibelsten Daten schaffen, Herr Lechner.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD - Unruhe bei der CDU)

Präsidentin Hanna Naber:

Herr Lühmann, einen Moment! - Lieber Herr Fraktionsvorsitzender der CDU, bitte stellen Sie die Gespräche quer über alle Bänke ein! Sie sind herzlich eingeladen, eine Zwischenfrage zu stellen oder die Möglichkeit einer Kurzintervention zu nutzen. Aber so geht es jedenfalls nicht!

Herr Lühmann, weiter!

Michael Lühmann (GRÜNE):

Danke.

Ich muss es leider wiederholen: Liebe Kolleg*innen der CDU, man kann doch nicht ernsthaft vor hybriden Bedrohungen warnen und dann die größte hybride Sicherheitslücke inmitten unserer sensibelsten Daten platzieren. Wie viele Artikel und Dokumentationen über Peter Thiel brauchen Sie eigentlich,

(Nadja Weippert [GRÜNE]: Genau!)

um mal kurz darüber nachzudenken, dass "einer der einflussreichsten Vordenker der amerikanischen Rechten ... mit Geld, Technologie und Netzwerken politische Grenzen verschiebt" - Focus, nicht Lühmann -, dass ein rechtsradikalisierter Demokratieverächter aus dem Trump-Umfeld nicht der beste Partner für sensibelste Sicherheitsarchitektur ist

Es ist das Hoheitsrecht der Opposition, vollkommen verantwortungslos und naiv zu sein. So weit, so gut. Nur so kann ich nachvollziehen, dass Sie es dem Putin-nahen Trump-Umfeld ermöglichen wollen, sich in die deutsche Sicherheitsarchitektur einzunisten, während Putin Drohnen nach Polen schickt. Sie tragen schließlich keine Verantwortung, und ich kann nur sagen: Das ist gut so.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Und das gilt, ehrlich gesagt, auch für diesen ganzen ChatGPT-Antrag.

Die Debatten auf Bundesebene und im Rahmen der IMK zur Datenanalyse? Fehlanzeige! Eine Bezugnahme zum im Bund koordinierten Programm P20 zur Harmonisierung und Modernisierung der polizeilichen IT-Architektur? Fehlt im Antrag!

Die Behauptung, eine vergleichbare Alternativlösung zu Palantir existiere nicht, stimmt nicht. "So alternativlos, wie behauptet, ist das Programm nicht", schreibt die *Frankfurter Allgemeine Zeitung*. Ein Problem sind vielmehr die Ausschreibungsmodalitäten, die systematisch Alternativen behindern. Kein Wort dazu im Antrag! Stattdessen: "Soweit ersichtlich, ist das Softwareprodukt des Unternehmens Palantir aktuell die beste und effizienteste Lösung auf dem Weltmarkt." Den Werbejingle hören auch Sie. Woher haben Sie das denn, wie belegen Sie das denn, liebe CDU? Ein Hinweis wäre hilfreich! Oder haben Sie das mal eben in der Fraktion geprüft, und deshalb hatten Sie keine Zeit für einen konsistenten Antrag?

Und warum eigentlich reden Sie europäische und deutsche Produkte madig - was in Anbetracht hybrider Bedrohungen auf der einen und eines gigantischen Marktpotenzials für KI made in Europe auf der anderen Seite nicht nur wirtschaftspolitisch verantwortungslos, sondern innenpolitisch und sicherheitspolitisch regelrecht gefährlich ist? Warum wehren Sie sich eigentlich gegen deutsche und europäische Lösungen, obwohl große Konsortien an die Tür klopfen, die unsere Polizei selbst entwickelt?

(Nadja Weippert [GRÜNE]: Genau! Das würde ich auch gerne wissen!)

Wo ist denn Ihr Mantra von der Technologieoffenheit, wenn man es mal brauchen könnte, liebe Union?

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN - Sebastian Lechner [CDU]: Sobald die das Gleiche können, ordern wir! Kein Problem!)

Oder ist künstliche Intelligenz jetzt der nächste Gegner nach Wärmepumpe und E-Auto? Halleluja, dann sind wir weit gekommen!

Wie kann es sein, dass die großen Debatten dieser Zeit um digitale europäische Souveränität in Ihrem Antrag mit keinem Wort Erwähnung finden? Wie kann es sein, dass Sie uns auffordern, mit unseren Kolleg*innen in Baden-Württemberg Palantir zu nutzen, obwohl die in Baden-Württemberg nicht mal

eine Rechtsgrundlage dafür haben? Informieren Sie sich doch bitte mal über die Fakten, statt solche sinnlosen Anträge zu schreiben!

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD - Sebastian Lechner [CDU]: Wer ist denn in Baden-Württemberg Ministerpräsident?)

Liebe Kolleg*innen, das wäre ja alles lustig, wenn es nicht um so ein ernstes Thema ginge wie digitale Souveränität und hybride Bedrohung, wirtschaftliche und sicherheitspolitische Herausforderungen, wichtige Weichenstellungen künftiger Sicherheitsarchitektur, große Herausforderungen beim Datenschutz und Bürger*innenrechte.

Kurzum: Wir werden eine Rechtsgrundlage für die Datenanalyse entlang der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts schaffen. Wir werden Palantir in Niedersachsen nicht anschaffen, liebe CDU. Und ich kann Sie nur bitten, bis zur Debatte um das NPOG Ihre Hausaufgaben zu machen. Dann können wir vernünftige Debatten führen. Das hier war keine.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Präsidentin Hanna Naber:

Vielen Dank, Herr Lühmann. - Zu Ihrem Beitrag gibt es eine Kurzintervention: aus der CDU-Fraktion der Kollege Bock. Bitte schön, Herr Bock!

(Beifall bei der CDU)

André Bock (CDU):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Drei Punkte zum Beitrag von Herrn Lühmann:

Erstens. Herr Lühmann, weil europäische Entwicklungen noch nicht so weit sind wie die Möglichkeiten, die Palantir bietet.

Zweitens. Weil wirklich alle Experten sagen, dass Palantir trotz aller in Teilen vielleicht auch berechtigter Kritik wirklich ein gutes Analysesoftwaresystem ist, das man einsetzen kann und sollte, weil es weitgehend und seit vielen Jahren gut erprobt ist und viele Erfahrungen vorliegen.

Drittens. Vor allem an die Damen und Herren auf den Rängen dort oben, an das Publikum, die Zuschauer gerichtet: Sie haben gerade miterleben dürfen, was es heißt, wenn Grüne in einer Landesregierung oder vielleicht auch Bundesregierung mitregieren.

Präsidentin Hanna Naber:

Herr Bock! Herr Bock!

André Bock (CDU):

Das ist perfide Doppelmoral.

Präsidentin Hanna Naber:

Herr Bock, Herr Bock!

André Bock (CDU):

Geschützte Daten von US-Unternehmen nutzen, aber keine Software selbst einsetzen wollen, was wir kritisieren - das ist Ihre perfide Doppelmoral.

(Beifall bei der CDU - Widerspruch bei der SPD und bei den GRÜNEN - Nadja Weippert [GRÜNE]: Das weisen wir zurück!)

Präsidentin Hanna Naber:

Herr Bock, eine Adressierung des Publikums ist dem Präsidium, der Präsidentin oder dem Präsidenten, vorbehalten.

(André Bock [CDU]: Das ging an die Niedersachsen da draußen! Ich dachte, wir sprechen die Menschen an! - Unruhe - Zurufe von der SPD, von der CDU und von den GRÜNEN)

- Wir haben uns auf Grußformeln geeinigt. Das war ein Hinweis. Wir sind hier im Parlament.

(Zuruf von den GRÜNEN)

- Frau Viehoff!

Herr Lühmann hat jetzt die Gelegenheit, auf die Kurzintervention zu erwidern. Bitte schön, Herr Lühmann!

Michael Lühmann (GRÜNE):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Lieber Kollege Bock, vielleicht ist es doch besser, wenn ChatGPT Ihre Reden schreibt, denn das war gerade wirklich unterirdisch.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD - Ulf Thiele [CDU]: Warum werden Sie jetzt persönlich?)

Ich möchte noch einmal darauf hinweisen, dass Sie am Anfang, Herr Bock - was unanständig ist -, uns Grünen die Verantwortung für schwerste Gewalttaten in Niedersachsen unterstellt haben. Das ist unanständig! Das Gleiche hat danach die AfD mit Ihnen als CDU gemacht. Sie hat Ihnen den mutmaßlichen Mord von Friedland unterstellt. Auch das ist unanständig. Damit das hier klargestellt ist. Das ist extrem unanständig.

(Zuruf von Ulf Thiele [CDU])

Herr Bock, der Unterschied ist, ob wir Daten aus den USA bekommen oder ob unsere Daten in die USA abfließen.

(Nadja Weippert [GRÜNE]: Genau!)

Der Unterschied an dieser Stelle ist nicht zu komplex, um ihn zu verstehen.

Ansonsten empfehle ich Ihnen einfach mal, sich mit Peter Thiel zu befassen. Gucken Sie sich diesen Mann an! Er hat ein großes Faible für "Der Herr der Ringe". Wenn Ihnen das Buch zu lang ist, dann gucken Sie einfach nur den Film und gehen Sie zu der Stelle mit dem Palantir. Er guckt in die Zukunft, und ich halte diese Pre-Crime-Dystopien für gefährlich. Er guckt in die Zukunft, aber er guckt auch in dich, er sieht alles, er nimmt alles auf.

Peter Thiel macht damit keine Scherze. Peter Thiel meint das sehr, sehr ernst. Es ist kein Scherz, dass das Ding "Palantir" heißt, sondern das ist seine Dystopie-Idee, das ist seine Idee, Demokratie durch Sicherheitsarchitektur zu beherrschen. Das sagt dieser Mann offen.

Und diesem Mann geben wir keine Daten, und das bleibt so in Niedersachsen!

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Deswegen ist es gut, dass wir Grünen hier mitregieren und dass wir das gemeinsam mit der SPD machen.

Danke schön.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD - Ulf Thiele [CDU]: Ihr fahrt jetzt auch alle keinen Tesla mehr! Habt ihr jetzt auch ein Smartphone- und Teslaverbot? Das meine ich ernst! Der Datenverkehr über Tesla nach Amerika ist viel größer!)

Präsidentin Hanna Naber:

Vielen Dank, Herr Lühmann. - Herr Thiele!

Auch die Landesregierung hat sich in dieser Besprechung zu Wort gemeldet. Selbiges erteile ich jetzt Frau Innenministerin Daniela Behrens. Bitte schön!

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

Daniela Behrens, Ministerin für Inneres, Sport und Digitalisierung:

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Ich würde gerne zur Sachlichkeit zurückkommen und auf diesen Antrag schauen.

Ich finde, geehrte Kolleginnen und Kollegen der CDU, dieser Antrag, den Sie heute eingebracht haben, ist ein innenpolitischer Offenbarungseid.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN - Zurufe von der CDU)

Er zeigt, dass Sie nicht auf Ballhöhe sind, und er zeigt auch, dass Sie irgendwie sehr blank sind. Das zeigt auch Ihre Aufregung, wenn es um Innenpolitik geht. Daher will ich mich der drei Punkte, die Sie in Ihrem Antrag ganz konkret fordern, gerne annehmen.

Erstens sagen Sie, wir sollen eine Rechtsgrundlage im NPOG für den Einsatz einer verfahrensübergreifenden Recherche- und Analysesoftware schaffen.

Sie wissen ganz genau - weil wir den Landtag informiert haben, als wir die Verbandsbeteiligung gestartet haben -, dass diese Rechtsgrundlage im NPOG schon vorliegt, und zwar sehr umfangreich. So umfangreich, dass im Sinne der Zukunftsfähigkeit der Polizei der Umgang mit solcher Software gelingt und andere Länder inzwischen angefragt haben, ob sie diese Passagen für ihre eigenen Gesetze nutzen können. Daher ist der Punkt 1 durch Regierungshandeln erledigt.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

Zu Punkt 3: Wir sollen zur Klärung datenschutzrechtlicher Fragestellungen frühzeitig den Kontakt mit dem Landesbeauftragten für Datenschutz aufnehmen.

Es ist Standard in all unserem Arbeiten - in allen Häusern übrigens -, dass wir uns in einem sehr klaren Verfahren natürlich immer mit dem Landesdatenschutzbeauftragten gut austauschen - weil wir

seine Expertise schätzen und weil wir seine Anregungen berücksichtigen. Deswegen ist Punkt 3 auch durch Regierungshandeln erledigt. Nullnummer, Herr Bock, Nullnummer!

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Zuruf von André Bock [CDU])

Jetzt komme ich zu Punkt 2. Da geht es darum, dass wir Palantir einführen sollen.

Sie tun hier so, als sei das irgendwie so ein rot-grüner Spleen, dass wir das hier in Niedersachsen nicht machen wollen. Herr Bock, Sie waren doch auch zu Gast auf der Innenministerkonferenz in Bremerhaven. Sie waren am letzten Tag nicht mehr dabei, als die Beschlüsse gefasst wurden. Daher möchte ich Ihnen sagen: Schauen Sie sich doch mal die Beschlüsse der Innenministerkonferenz an, die einstimmig, mit den Stimmen von Nordrhein-Westfalen, Bayern und Hessen, getroffen wurden!

(Zuruf von André Bock [CDU])

- Darf ich Ihnen das zitieren? Sie haben sie offensichtlich nicht gelesen.

Die Innenministerkonferenz hat einstimmig und ohne Protokollanmerkungen von Bayern, von Nordrhein-Westfalen oder Hessen - alle 16 Bundesländer waren einhellig dafür - Folgendes beschlossen:

"Die IMK stellt fest, dass die digitale Souveränität auch für IT-Produkte der automatisierten Datenanalyse anzustreben ist. Nicht nur die derzeitige geopolitische Gesamtlage erfordert im Sicherheitsbereich eine zunehmende europäische Eigenständigkeit und Unabhängigkeit bei der Auswahl entsprechender IT-Produkte, um deren zuverlässige Beherrschbarkeit und die Rechtskonformität zu gewährleisten sowie die strukturellen Einflussmöglichkeiten außereuropäischer Staaten ... auszuschließen."

Das war der Beschluss der IMK, von allen 16 Ländern.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

Ein weiterer Beschluss war, dass wir die Erkenntnisse, die Bayern, Nordrhein-Westfalen und Hessen jetzt mit Palantir sammeln - - - Das System ist natürlich ein gutes System, aber es ist nicht beherrschbar. Deswegen wollen wir es in Niedersachsen nicht einführen. Auch in allen anderen Bundesländern soll es übrigens nicht eingeführt werden. Fragen Sie

einmal die Kollegin aus Schleswig-Holstein! Sie gehört Ihrer Partei an. Sie will das auch nicht einführen

(Zurufe von der CDU - Sebastian Lechner [CDU] meldet sich)

Präsidentin Hanna Naber:

Frau Behrens!

Daniela Behrens, Ministerin für Inneres, Sport und Digitalisierung:

Daher haben wir in dieser Beschlussformel gesagt: Wir nehmen natürlich die Erkenntnisse herein, aber das sind Übergänge. Wir wollen ein anderes gemeinsames System.

Das ist der Weg, und alles andere sind hier Nebelkerzen. Sie sind innenpolitisch blank.

> (Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

Präsidentin Hanna Naber:

Frau Behrens, lassen Sie eine Zwischenfrage zu? -Nein. Frau Behrens lässt keine Zwischenfrage mehr zu.

(Ulf Thiele [CDU]: Zusätzliche Redezeit!)

- Jetzt mal ruhig bleiben! Der Wunsch nach zusätzlicher Redezeit wird mit einem Zettelchen angemeldet. Das ist die Gepflogenheit.

Der Kollege Saade von der SPD-Fraktion hat das bereits getan. Ich gewähre ihm eine zusätzliche Redezeit von anderthalb Minuten. Bitte schön, Herr Saade!

> (Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

Alexander Saade (SPD):

Vielen Dank. - Frau Landtagspräsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Nur ein kurzer Auszug: Es gibt sehr wohl Alternativen zu Palantir.

Das Besondere an Palantir ist, dass es sehr viele Module in einem vereint. Aber es gibt europäische Alternativen, sehr wohl eben im Baukasten. Wie schon gesagt: Ich habe lieber einen Baukasten, der sicher ist und in europäischen Händen ist, als ein Komplettpaket, das in den Händen Fragwürdiger ist.

Mögliche europäische Alternativen sind unter anderem - keine abschließende Aufzählung -: DataWalk aus Polen, Linkurious, bekannt geworden durch die

Panama Papers, GraphAware Hume, Airbus Fortune Massive Intelligence, Maltego, das übrigens auch schon das BKA nutzt, OpenCTI. Das ist keine abschließende Aufzählung, aber es gibt zahlreiche Unternehmen.

(Sebastian Lechner [CDU]: Aber das ist ein Baukasten, Herr Saade!)

Ich denke, das ist ein ganz wichtiger, relevanter Sicherheitsfaktor für ganz Europa.

Ich hätte auch gar kein Problem damit, wenn Europa sagen würde: Wir müssen eine solche Sicherheitsstruktur in eigenen Händen haben. Das müssen wir auch entsprechend fordern und fördern.

Wie gesagt, ich denke, das ist der richtige Weg. Aber Palantir? Dann können wir gleich bei Putin anfragen, ob er vielleicht auch noch ein sicheres System für uns hat. Das würden wir ja auch nicht machen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN - Ulf Thiele [CDU]: Haben Sie gerade Amerika mit den Russen verglichen?)

Präsidentin Hanna Naber:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter Saade. - Zusätzliche Redezeit begehrt ebenfalls die AfD-Fraktion. Zu Wort hat sich gemeldet: der Abgeordnete Marzischewki-Drewes. Anderthalb Minuten!

(Beifall bei der AfD)

Stefan Marzischewski-Drewes (AfD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Vielen Dank für die gewährte zusätzliche Redezeit.

Sehr geehrte Frau Ministerin Behrens, eigentlich wollte ich Sie ja etwas fragen - das ist die alles entscheidende Frage, die unsere Landsleute beantwortet haben möchten, die unsere Polizei beantwortet haben möchte -: Wann findet eine reale Einführung einer Analysesoftware in Niedersachsen statt, damit Bearbeitung und Analyse wirklich stattfinden und wir die Organisierte Kriminalität bekämpfen können?

(Vizepräsident Marcus Bosse übernimmt den Vorsitz)

Das ist die alles entscheidende Frage, das möchten die Menschen wissen. Sie möchten keine erneuten Ankündigungen, keinen schönen Konferenzen. Vielleicht können Sie uns ja sagen: Wann rechnen Sie mit der konkreten Einführung einer Analysesoftware?

Vielen Dank für Ihre Antwort.

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsident Marcus Bosse:

Die nächste Wortmeldung: der Fraktionsvorsitzende der CDU-Fraktion, der Kollege Sebastian Lechner. Bitte schön, Herr Lechner!

(Beifall bei der CDU)

Sebastian Lechner (CDU):

Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Frau Ministerin, es ist schon abenteuerlich, dass Sie uns einen Offenbarungseid vorwerfen und dann hier vorne am Pult stehen und nichts dazu sagen, wie Sie in den nächsten Monaten in Niedersachsen vorgehen wollen. Was für eine Analysesoftware wollen Sie denn einführen? Was beabsichtigen Sie denn für unsere Sicherheitsbehörden? Wie wollen Sie denn die Rechtsgrundlage, die Sie schaffen, mit Leben füllen?

Das Einzige, was wir gehört haben, war, dass Sie auf irgendetwas warten, was bundeseinheitlich eingeführt wird. Aber bis dahin ist unser Land leider blank. Bis dahin ist es blank!

(Beifall bei der CDU)

Ich habe heute so viel Abenteuerliches gehört. Es ist per EU-Recht verboten, dass Daten nach Amerika abfließen! Das dürfen auch die anderen vier Bundesländer, in denen die Software eingeführt ist, nicht zulassen, und das wissen Sie auch.

Im Übrigen möchte ich Ihnen zu Ihrer Argumentation in Bezug auf Palantir folgenden Hinweis geben: Jede Drohne in diesem Land wurde von DJI hergestellt, einem chinesischen Hersteller. Wenn der ein Update aufspielt, besteht das Risiko, dass die alle vom Himmel fallen. Solche Drohnen setzen Sie bei Polizei und Feuerwehr ein, und dann kommen Sie hier mit dem Argument, dass wir darauf achten sollten, wer der Hersteller ist! Ist Ihnen Xi Jinping lieber als ein Amerikaner?

Das, was Sie heute hier vorgetragen haben, ist so abenteuerlich, dass es mir wirklich an die Nerven geht. Abenteuerlich!

(Starker Beifall bei der CDU und bei der AfD)

Vizepräsident Marcus Bosse:

Die nächste Wortmeldung mit zusätzlicher Redezeit: vom Kollegen Michael Lühmann. Bitte schön, Herr Lühmann!

(Volker Bajus [GRÜNE]: Jetzt mal zur Versachlichung!)

Michael Lühmann (GRÜNE):

Vielen Dank, Herr Präsident, und sorry für meine Ungeduld!

Herr Lechner, Sie werfen mit Nebelkerzen. Vielen Dank, dass Sie damit noch einmal gezeigt haben, dass Datenschutz, Bürgerrechte und Grundrechte bei Ihnen an dieser Stelle nicht in guten Händen sind!

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Über wen reden wir? Sie blicken immer nur dann über die Grenzen Niedersachsens hinaus, wenn Sie das für Ihr Argument brauchen. Aber gucken wir einmal gemeinsam nach Alaska! Wer hat sich dort mit wem getroffen? Wir nehmen zur Kenntnis, dass Donald Trump gesagt hat: Ach, das mit Polen war vermutlich nur ein Unfall. Und solchen Leuten, dem Umfeld dieses Donald Trump, wollen Sie ernsthaft unsere Daten geben? Sie können gar nicht kontrollieren, ob die Daten abfließen. Das ist doch die Realität.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Sie erzählen uns hier, dass wir das einmal riskieren sollten. Damit Sie einen kleinen innenpolitischen Erfolg feiern können! Das ist wirklich komplett lächerlich.

(Ulf Thiele [CDU]: Was machen wir denn jetzt mit unseren iPhones?)

An dieser Stelle möchte ich der Innenministerin danken. Das ist halt der Unterschied zu Baden-Württemberg.

(Ulf Thiele [CDU]: Jetzt mal ohne Scheiß: Was machen Sie, wenn Sie diese Position einnehmen, mit den ganzen iPhones? Alle in die Tonne?)

Der Innenminister von Baden-Württemberg hat, ohne die Grünen zu fragen, Palantir angeschafft. Wir würden das mit unserer Innenministerin diskutieren, und sie würde mit uns darüber sprechen und das nicht einfach über unsere Köpfe hinweg entscheiden.

Sie wollen doch immer eine wirtschaftspolitisch starke Partei sein. Wieso reden Sie dann Deutschland und Europa als KI-Standort so schlecht? Warum machen Sie ihn kaputt? Warum wollen Sie unbedingt amerikanische Produkte haben, statt hier auf Europa und Deutschland zu vertrauen?

Es geht um eine Zukunftstechnologie. Da sind Milliarden über Milliarden zu verdienen. Sie haben es schon geschafft, die E-Autos kaputtzureden. Sie haben es geschafft, die Wärmepumpen kaputtzureden. Hier haben Sie eine neue Chance. Nutzen Sie sie!

Danke.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Vizepräsident Marcus Bosse:

Weitere Wortmeldungen liegen zu diesem Tagesordnungspunkt nicht vor. Wir kommen somit zur Ausschussüberweisung.

Federführend soll der Ausschuss für Inneres und Sport sein, mitberatend der Ausschuss für Haushalt und Finanzen. Wer dafür ist, den bitte ich ums Handzeichen. - Ich frage der Form halber nach Gegenstimmen. - Enthaltungen? - Das ist somit einstimmig beschlossen.

Wir kommen zu:

Tagesordnungspunkt 40:

Erste Beratung:

Niedersachsen darf nicht weiter Schlusslicht sein: Medizinstudienplätze endlich konsequent ausbauen - Ärztemangel in Niedersachsen langfristig bekämpfen! - Antrag der Fraktion der CDU - Drs. 19/8215

Zur Einbringung hat sich die Kollegin aus der CDU-Fraktion, Cindy Lutz, gemeldet.

(Unruhe)

- Frau Lutz, Sie warten bitte noch, bis in den Reihen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Ruhe einkehrt!

(Zurufe und Gegenrufe von Volker Bajus [GRÜNE] und Ulf Thiele [CDU])

- Herr Bajus!

Bitte schön, Frau Lutz!

(Beifall bei der CDU)

Cindy Lutz (CDU):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Stellen Sie sich vor, ein junger Mensch aus Niedersachsen will Medizin studieren, am liebsten bei uns in Niedersachsen! Doch er oder sie bekommt keinen Studienplatz, muss vielleicht sogar nach Ungarn, nach Bulgarien oder in die Niederlande ausweichen. Ein späterer Wechsel zurück nach Niedersachsen? Ungewiss!

Nun könnte man sagen: So ist das Leben; man kann halt nicht immer da studieren, wo man möchte. Wenn die medizinische Versorgung in Niedersachsen rundliefe, wenn wir genügend Ärztinnen und Ärzte hätten, dann wäre das ein Befund, den man politisch akzeptieren könnte. Aber es läuft nicht rund, Herr Minister, und das wissen Sie auch. Trotzdem tun Sie seit Amtsantritt viel zu wenig.

Meine Damen und Herren, die Zahlen sprechen eine klare Sprache. In Niedersachsen sind derzeit rund 550 Hausarztsitze unbesetzt. Die Kassenärztliche Vereinigung warnt seit Jahren vor der drohenden Versorgungslücke. Das Statistische Bundesamt weist darauf hin, dass rund ein Drittel unserer Ärztinnen und Ärzte bereits älter als 55 Jahre ist. In den kommenden Jahren werden viele in den Ruhestand gehen. Der Marburger Bund spricht davon, dass die Not in Niedersachsen "sehr groß" sei und "an allen Kliniken Ärzte" fehlten.

Exakt diese Folgen sehen wir doch überall im ganzen Land: Praxen schließen, Familien müssen immer weitere Wege zu Kinderärzten auf sich nehmen, die Wartezimmer sind vielerorts überfüllt, Wartezeiten auf Facharzttermine ziehen sich über Monate, Kliniken müssen Stationen zusammenlegen, weil einfach das Personal fehlt. Das ist kein Randproblem, das ist eine akute Gefahr für die Gesundheitsversorgung in ganz Niedersachsen.

Gleichzeitig gibt es Tausende junge Menschen, die Medizin studieren wollen, aber in Niedersachsen keinen Platz finden. Das ist absurd.

(Beifall bei der CDU)

Gerade in der Medizin gilt der sogenannte Klebeeffekt: Wer hier studiert, bleibt mit hoher Wahrscheinlichkeit hier. Jeder Studienplatz ist also nicht nur eine Zahl in der Statistik, sondern ein Baustein für die Gesundheitsversorgung vor unserer Haustür. Deshalb gilt: Jeder Studienplatz, den wir heute schaffen, bringt uns morgen einen Arzt oder eine Ärztin für die Menschen in Niedersachsen. Genau das dürfen wir uns nicht länger entgehen lassen.

Meine Damen und Herren, im August kam die neue Auswertung des Centrums für Hochschulentwicklung. Das Ergebnis ist vernichtend: 10 Medizinstudienplätze pro 100 000 Einwohner in Niedersachsen. Weniger schafft kein anderes Flächenland. Schleswig-Holstein etwa liegt bei 14, Bayern bei 15 und Hessen bei 18.

In einer NDR-Meldung mussten wir lesen, die Medizinstudienplätze reichen "nicht aus, um den Mangel an Ärztinnen und Ärzten zu beheben". Niedersachsen ist bezogen auf die Einwohnerzahl "bundesweit das Schlusslicht". Ich will es noch einmal wiederholen: bundesweit das Schlusslicht. Das kann doch nicht der Anspruch dieser rot-grünen Landesregierung sein!

(Beifall bei der CDU)

Diese Zahlen belegen, dass wir uns anstrengen müssen, dass wir besser werden müssen. Aber leider reiht sich das Schlusslicht bei den Medizinstudienplätzen nahtlos in das Bild dieser rot-grünen Landesregierung ein: Ambitionslosigkeit, Mutlosigkeit und Stillstand. Bei den Medizinstudienplätzen, beim Bildungsmonitor, wir sprachen erst gestern darüber, bei der Digitalisierung, beim Wohnungsbau, bei der Dauer von Verwaltungsgerichtsverfahren - überall ist Niedersachsen schlechter als der Bundesschnitt.

Herr Ministerpräsident Lies, Sie sind doch in Ihrem neuen Amt gerade erst gestartet! Wo sind Ihre Ziele? Wo ist Ihre Leidenschaft? Wo sind Ihre Ambitionen für dieses Land?

(Ulf Thiele [CDU]: Im Moment ist er nicht da!)

Nehmen Sie endlich Ihre Fachminister in die Pflicht! Niedersachsen kann mehr - und Sie bleiben weit darunter.

(Beifall bei der CDU)

Eine Landesregierung ohne Ambitionen verliert nicht nur Zeit, sie verliert auch die Zukunft dieses Landes.

Meine Damen und Herren, in der vergangenen Wahlperiode haben wir als große Koalition mit Wissenschaftsminister Thümler und Finanzminister Hilbers gezeigt, dass es anders geht. Wir haben die Zahl der Medizinstudienplätze um 30 % erhöht - um 30 %!

(Beifall bei der CDU)

Das war ein Kraftakt, aber er hat sich gelohnt.

Diesen Weg hätte Rot-Grün seit November 2022 einfach konsequent weitergehen müssen. Aber von dieser Landesregierung kommt zu wenig. Dabei stehen die medizinischen Fakultäten sogar dafür bereit. Wir haben gleich zu Beginn der Legislatur in einem Antrag gefordert, 200 zusätzliche Medizinstudienplätze zu schaffen. Rot-Grün hat diesen Antrag aber leider im August 2024 abgelehnt. Stattdessen wollen Sie gerade einmal 80 Plätze schaffen. Das, meine Damen und Herren, ist ein Aufwuchs von 10 %. Das wird doch den Bedürfnissen, die wir im Land haben, nicht gerecht! Die neue CHE-Auswertung ist doch ein klarer Weckruf!

Meine Damen und Herren, genau deshalb legen wir Ihnen heute erneut einen Entschließungsantrag zum Thema Medizinstudienplätze vor. Denn wir sind der festen Überzeugung, dass wir jetzt einen Zahn zulegen müssen. Deshalb schlagen wir eine Taskforce "Medizinstudienplätze Niedersachsen" vor, die noch in diesem Herbst eingesetzt werden soll. Gemeinsam mit den Universitäten, den Kommunen und der Ärzteschaft könnte dort ein kurzund mittelfristiger Fahrplan erarbeitet werden.

Wir sagen: 200 zusätzliche Studienplätze sind machbar - nicht irgendwann, nicht vielleicht, sondern verbindlich und konkret. Jetzt, in dieser Wahlperiode, müssen die Grundlagen dafür geschaffen werden.

(Beifall bei der CDU)

Wir fordern, dass im Haushalt 2026 Mittel umgeschichtet werden, um jetzt sofort zu starten. Wir wollen außerdem mehr Professuren für Allgemeinmedizin schaffen. Denn wer mehr Studierende ausbildet, braucht auch mehr Lehrkapazität. Qualität darf hier nicht auf der Strecke bleiben. Die Chancen, die sich jetzt bieten, müssen beherzt ergriffen werden.

In Osnabrück planen Stadt und Landkreis eine neue medizinische Fakultät mit bis zu 500 Plätzen. Das ist ein großartiges Projekt für Niedersachsen. Doch die Landesregierung zieht sich zurück. Minister Mohrs gibt sich skeptisch und stellt öffentlich klar, dass sich das Land finanziell nicht beteiligen wird. Ich fordere Sie auf: Unterstützen Sie diese einmalige Initiative mit allen Kräften, Herr Minister!

(Beifall bei der CDU)

Schließlich sollten wir zur Überbrückung kurzfristig auch europäische Kooperationen prüfen. Sachsen macht es vor: Studium in Europa - Zukunft in Sachsen. Studierende werden im Ausland ausgebildet, kehren aber zurück, verpflichten sich zur Tätigkeit im Land. Warum nicht auch in Niedersachsen, Herr

Minister? Sie tragen die Verantwortung dafür, dass Niedersachsen beim Thema Medizinstudienplätze auf dem letzten Platz steht. Die Hochschulen sind bereit, die Kommunen sind bereit, nur Sie bremsen. Wer jetzt zaudert, nimmt sehenden Auges in Kauf, dass die Versorgungslücken immer größer werden - das ist politisch unverantwortlich!

(Beifall bei der CDU)

Sehr geehrte Damen und Herren, am Ende müssten wir uns doch eigentlich einig sein: Niemand kann wollen, dass Niedersachsen beim Thema Medizinstudienplätze Schlusslicht bleibt, niemand kann wollen, dass der Ärztemangel planbar immer schlimmer wird, und niemand kann wollen, dass Niedersachsen den Anschluss verliert. Ja, es wird teuer, ja, es wird anstrengend. Aber die rot-grüne Landesregierung darf sich mit dem Verweis auf hohe Kosten nicht länger aus der Verantwortung stehlen.

Ein Medizinstudienplatz ist zweifellos teuer, aber der Preis für fehlende Ärztinnen und Ärzte ist wesentlich höher.

(Beifall bei der CDU)

Es braucht jetzt das klare Signal: Niedersachsen will nicht länger Schlusslicht bei den Studienplätzen sein. Das wäre der Auftrag, den Rot-Grün jetzt zu erfüllen hätte. Räumen Sie diesem Thema endlich den Stellenwert ein, den es verdient, und fangen Sie an, ambitioniert dieses Land zu regieren!

Danke schön.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Marcus Bosse:

Vielen Dank. - Die nächste Wortmeldung: aus der Fraktion der SPD der Kollege Ulf Prange. Bitte schön, Herr Prange!

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

Ulf Prange (SPD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! In der Tat, den Ärztemangel in Deutschland kann und will niemand bestreiten. Wir alle sehen die Realität und stehen da vor großen Herausforderungen. Das Ganze gehen wir an - und müssen wir auch angehen.

Ein Punkt ist natürlich, zusätzliche Medizinerinnen und Mediziner auszubilden. Das allein greift aber zu kurz. Wir brauchen ein Bündel an Maßnahmen. Wir

müssen auch dafür sorgen, dass Menschen, die hier Medizin studieren, im Land bleiben und wir Menschen, die in anderen Bundesländern oder im Ausland leben und dort Medizin studieren, nach Niedersachsen holen. Zudem müssen wir uns im Gesundheitssystem angucken, wo wir durch Synergien und Entlastung von ärztlichem Personal schlagkräftiger werden können.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

Sie haben einen Punkt aufgegriffen, bei dem wir gar nicht so weit auseinander sind. Wir haben schon im Rahmen der Beratung Ihres vorangegangenen Antrags festgestellt, dass wir zusätzliche Studienplätze brauchen. Deshalb gibt es jetzt in Oldenburg 200 Studienplätze.

> (Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

Ich bin Minister Falko Mohrs sehr dankbar, dass er das umgesetzt hat.

Und ja: Unter Rot-Grün investieren wir so viel Geld wie noch nie in die medizinische Ausbildung. Das wüssten Sie, wenn Sie gestern zugehört hätten.

(Ulf Thiele [CDU]: Wir haben euch ganz schön treiben müssen!)

Von den Investitionsmitteln, die hier gerade von dem Kollegen Ulf Thiele sehr kritisch diskutiert wurden

(Ulf Thiele [CDU]: Die Finanzierung haben wir diskutiert!)

fließen 0,75 Milliarden Euro zusätzlich in die beiden Standorte Göttingen und Hannover, damit es dort mit dem Ausbau weitergehen kann.

(Ulf Thiele [CDU]: Das Geld kommt doch aus dem Bundeshaushalt!)

Wir waren kürzlich mit der SPD-Fraktion bei der MHH vor Ort und haben uns das Baufeld angeguckt. Das sind die Investitionen, die wir brauchen! Studienplätze zu schaffen, ist eine Sache, aber ohne die Infrastruktur, die mitwachsen muss, funktioniert das nicht.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

Ich bin da ein bisschen ein gebranntes Kind; ich komme aus Oldenburg. Seit 13 Jahren bin ich hier im Landtag, und seither kämpfen wir in der ganzen Region dafür, dass wir diese Studienplätze bekommen.

Sie haben den Klebeeffekt genannt. Die Universitätsmedizin Oldenburg, unsere UMO, ist diesbezüglich mit einem großen Praxisnetzwerk vorbildlich. Ganz viele Praxen, Landarztpraxen und mittlerweile sogar eine JVA; sind darin aktiv. Die bilden aus, indem sie Praktika anbieten. Diese Praktika finden nicht am Ende oder in der Mitte des Studiums statt, sondern sie begleiten die Mediziner*innenausbildung von Anfang an. Und das führt natürlich dazu, dass man die Arbeit in Landarztpraxen kennenlernt, dass man als junger Mensch aber auch eine Bindung zu der Region aufbaut. Die ersten Zahlen zeigen, dass das funktioniert.

Das ist ein Modell, das man auch an anderen Standorten stärker in den Fokus rücken und stärker mit der Allgemeinmedizin kombinieren muss, auf der in Oldenburg ein Schwerpunkt liegt. Das ist das Rückgrat unserer medizinischen Versorgung: dass wir Allgemeinmediziner*innen haben, die genau diese wichtige Arbeit leisten.

Wenn Sie auf die letzten fünf Jahre zurückblicken: Ja, da haben wir einiges geschafft, das will ich nicht bestreiten. Wir von der SPD haben ja auch viel Druck auf die beiden genannten Minister gemacht, dass es vorangeht.

Aber es ist auch ein bisschen ein verklärtes Bild. Oldenburg zum Beispiel hatte mal 40. In der letzten Legislaturperiode haben wir auf 120 erhöht. Wir haben die Finanzmittel zur Verfügung gestellt, oft auch über die Politische Liste, weil das vonseiten der CDU-Minister, die dafür verantwortlich waren, doch nicht so gut funktioniert hat.

Aber dann hat man noch Leerstellen gehabt, der Bau war nicht durchfinanziert. Das hat Falko Mohrs im Haushalt 2025 bis 2028 mit 150 Millionen Euro abgesichert.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

Und wir sind zum ersten Mal in die Finanzierung der Krankenhäuser eingestiegen, im ersten Jahr über die Politische Liste, im Haushalt 2025 mit einem Betrag von 8 Millionen Euro, der auf 11 Millionen Euro aufwächst und der es überhaupt erst möglich macht, dass dauerhaft Mediziner*innenausbildung in der Größenordnung in Oldenburg stattfinden kann.

Das heißt, Sie haben Plätze auf dem Papier geschaffen, diese aber nicht ausfinanziert. Deswegen sage ich - und das kann man auch zu Recht tun -: Ohne diesen Minister wären noch nicht einmal die

120 abgesichert, und jetzt haben wir noch 80 dazu. Das ist schon ein großer Aufwuchs.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

Dann sagen Sie, die CHE-Studie sagt, wir sind Schlusslicht. Aber welche Zahl steht da für 2024 drin? Da sind die neuen 80 Studienplätze in Oldenburg noch gar nicht dabei.

Sie wissen auch - das ist so oft schon aus dem Ministerium kommuniziert worden -, dass wir weitere Studienplätze aufbauen wollen. Es gibt ja die Gespräche an jedem der drei Standorte - Oldenburg, Göttingen, Hannover -, um weitere 50 aufzubauen. Aber wir sind in der Mitte der Legislaturperiode, und das ist ein schwieriges Projekt.

Sie haben auf die Kosten hingewiesen, und Sie brauchen ja auch die Partner vor Ort. Ich habe eben beschrieben, was der Aufbau einer neuen Universitätsmedizin bedeutet. Ich würde mich sehr freuen, wenn das in Osnabrück gelänge. Ich will nur aus der Oldenburger Erfahrung sagen, was es für kommunale Haushalte, die ja zurzeit durchaus angespannt sind, bedeutet, wenn eine Stadt mit einem Klinikum die erheblichen Kosten für diese Ausbildung selber tragen muss. Das kann man mittelfristig über einen gewissen Zeitraum machen. Aber natürlich muss man solche Strukturen und Kooperationsmittel langfristig in ein Modell wie in Göttingen oder Hannover überführen - was noch weitere Landesmittel nach sich zieht.

Das gehört zur Wahrheit dazu, wenn man über neue Standorte spricht. Das muss man sich gut überlegen und mit Partnern vor Ort absprechen.

Ich habe gesagt, wir brauchen auch den Klebeeffekt, wir müssen dafür sorgen, dass die Leute hierbleiben, wir müssen dafür sorgen, dass die Leute in die Fläche kommen. Die Landarztquote ist da ein Stichwort. Die wollen wir weiterentwickeln. Das war auch etwas, bei dem die SPD die CDU jahrelang hier im Haus antreiben musste, damit das endlich mal auf den Weg gebracht wurde. Die ersten Erfolge sind da. Das sind wirklich wirksame Instrumente, um dem Praxensterben in der Fläche zu begegnen.

Dann geht es um etwas, was wir im Wissenschaftsbereich begleiten können, aber was federführend natürlich im Sozialbereich, im Gesundheitsbereich passieren muss. Es gibt den Zehn-Punkte-Plan des Sozialministers mit den Akteuren aus dem Gesundheitswesen, der noch ganz stark auf die Entlastung von Ärztinnen und Ärzten abstellt. Wichtige Themen

sind da der Bürokratieabbau, der verstärkte Einsatz von Digitalisierung und KI, die Delegation und Übertragung von Aufgaben auf nichtärztliches Personal, um die Ärzt*innen für die richtige ärztliche Versorgung vorzuhalten und sie nicht mit Arbeiten und Aufgaben zu betrauen, die auch andere machen können.

Daran müssen wir arbeiten. Da gibt es einen Konsens, da gibt es dieses Zehn-Punkte-Papier, das eine sehr gute Grundlage ist. Darum geht es: mehr Mediziner*innen ausbilden.

Mit Oldenburg haben wir da einen weiten Schritt gemacht, einen Meilenstein gesetzt. Es muss gelingen, die Menschen, die hier Medizin studieren, im Land zu halten, und es muss gelingen, die Arbeit von Ärztinnen und Ärzten attraktiver zu gestalten, auch Arbeitsmodelle anzustreben, die für junge Absolvent*innen attraktiv sind, weil die natürlich andere Anforderungen an den Beruf haben als die Generationen davor.

Vizepräsident Marcus Bosse:

Kollege Prange, ein letzter Satz!

Ulf Prange (SPD):

Ich glaube, mit diesem Dreiklang wird es in Niedersachsen gelingen, für eine gute ärztliche Versorgung zu sorgen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

Vizepräsident Marcus Bosse:

Die nächste Wortmeldung: aus der Fraktion der AfD die Abgeordnete Klages. Bitte schön, Frau Klages!

(Beifall bei der AfD)

Delia Klages (AfD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Niedersachsen darf nicht länger Schlusslicht bei den Medizinstudienplätzen sein. Für eine verlässliche ärztliche Versorgung reichen die derzeitigen Plätze nicht aus. Uns läuft die Zeit davon - eine Folge jahrelanger verfehlter Politik. Die Verantwortlichen von gestern liefern uns auch heute keine akzeptablen Lösungen.

200 zusätzliche Medizinstudienplätze, verbindlich finanziert, sowie der Ausbau einer echten Fakultät in Osnabrück sind ein guter Ansatz. Wer konsequent ausbaut, investiert in die Versorgung von morgen.

Die Bundesvertretung der Medizinstudenten mahnt zu Recht: Qualität vor Quantität. Das Praktische Jahr, die faire Aufwandsentschädigung, die Novelle der Approbationsordnungen müssen mitfinanziert werden. Sonst produzieren wir Abbrüche und keine zusätzlichen Ärzte für Niedersachsen.

Wir von der AfD unterstützen die Forderung nach 200 zusätzlichen Studienplätzen. Eine weitere Taskforce ist aber überflüssig, denn Arbeitskreise schaffen keine Ärzte für unser Bundesland.

(Beifall bei der AfD)

Die Landesregierung blockiert, denn der SPD-Wissenschaftsminister hat ein Landesengagement für Osnabrück ausgeschlossen. Eine Absage an zukünftige Ärzte und an die Patienten! Das Sachsen-Modell ist noch problematischer: Studium in Ungarn, vom Steuerzahler ermöglicht, mit ungewissem Rücklauf. Teuer, rechtlich fragwürdig und keine Garantie für Rückkehr - anders als der Klebeeffekt bei manchem Abgeordneten hier im Haus!

Während Sie Geld für Studienplätze ins Ausland lenken wollen, schaffen private deutsche Hochschulen bereits zusätzliche Studienplätze, zum Teil Numerus-clausus-frei und staatlich anerkannt. Beispiel: Die HMU in Erfurt bietet Humanmedizin mit Staatsexamen. Auch die EU erweitert schnell ihr Angebot. Warum also Studienplätze im Ausland zahlen, wenn es auch, wie an den Beispielen Nordrhein-Westfalen und Thüringen zu sehen ist, funktionierende und kostengünstige private Hochschulstudiengänge gibt?

Zusätzlich muss Niedersachsen natürlich eigene Kapazitäten ausbauen. Es dauert 10 bis 15 Jahre bis zum Facharzt. Laut Kassenärztlicher Vereinigung sind 34 % aller Ärzte in Niedersachsen über 60 Jahre alt. Diese Tatsache ist das Ergebnis Ihrer politischen Arbeit. Gratulation!

Mehr Studienplätze sind aber nur ein Teil der Lösung. Würde man die Bürokratie halbieren, entstünden bundesweit zusätzlich sofort 30 000 Arztvollzeitstellen. Wir brauchen natürlich den Ausbau der Studienplätze, Entlastung durch Strukturreformen und echte Anreize für Niederlassungen im ländlichen Raum. Wir freuen uns ganz besonders, wenn der Wissenschaftsminister umdenkt, und wir freuen uns auf die Beratungen im Ausschuss.

Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsident Marcus Bosse:

Die nächste Wortmeldung: von dem fraktionslosen Abgeordneten Rakicky. Bitte schön!

MUDr. PhDr. / Univ. Prag Jozef Rakicky (fraktionslos):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Gute Medikamente wirken schnell und präzise. Das aber, was uns die CDU hier verschreibt, ist höchstens ein Placebo. Der Antrag ist ein guter Ansatz, er ist aber auch ein gutes Beispiel für einen Tunnelblick auf das komplexe Problem Ärztemangel.

Sie geben sich von der Meldung aufgeschreckt, dass es in Niedersachsen pro 100 000 Einwohner am wenigsten Medizinstudienplätze gibt - was eigentlich so nicht stimmt, weil Brandenburg und Bremen gar keine haben. Dennoch: 10 Studienplätze pro 100 000 Einwohner ist ein erbärmlicher Wert. Da stimme ich Ihrer Diagnose zu.

Daraus eine Anklageschrift gegen Rot-Grün zu basteln, ist aber schon deshalb unredlich, weil Gesamtdeutschland im internationalen Vergleich grottenschlecht dasteht - die CDU-Länder eingeschlossen. 2021 befand sich Deutschland im OSZE-Vergleich nur auf Platz 27. Mit 12,4 ärztlichen Studienplätzen auf 100 000 Einwohner lagen wir weit hinter Ländern wie Rumänien, Bulgarien, der Slowakei oder Tschechien. Hinzu kommt, dass ca. 20 000 Interessenten keinen Studienplatz bekommen und mindestens 9 100 deutsche Medizinstudenten an ausländischen Hochschulen eingeschrieben sind - die meisten in Österreich und Ungarn. Nicht alle kehren nach Deutschland zurück.

Die Gründe für diese Situation sind vielfältig. Da wären die Abschaffung von Wartesemestern für Menschen ohne Top-Abitur zugunsten von nicht wirklich hilfreichen Eignungstests und das völlig vernachlässigte Wohnortprinzip.

Mit Kritik an der Anzahl der Studienplätze und der Studentenauswahl ist es aber nicht getan. Wir müssen auch über die Rahmenbedingungen für den medizinischen Nachwuchs reden, zum Beispiel über die teils katastrophalen Verhältnisse im Praktischen Jahr. In dieser Zeit sollen Medizinstudenten vor Abschluss des Medizinstudiums eigentlich auf die Berufspraxis vorbereitet werden. Stattdessen werden sie - ich zitiere den WDR - "in vielen Lehrkrankenhäusern als billige Arbeitskräfte missbraucht, für wenige hundert Euro im Monat." Zitat Ende.

PJIer büßen für den eklatanten Personalmangel, ob in der Pflege oder der OP-Assistenz. Sie halten stundenlang die Haken an der offenen Wunde oder nehmen tagelang Blut ab. Sie sind Lückenfüller und vor allem billig. Das, meine Damen und Herren, ist keine Ausbildung - das ist Ausbeutung! Die meisten fühlen sich nach ihrem Praktischen Jahr entsprechend nicht auf ihren späteren Berufsalltag vorbereitet. Nicht wenige müssen neben der 40-Stunden-Woche noch einen Nebenjob machen, um das Ganze zu finanzieren. Die Bezahlung ist nämlich ein einziges Armutszeugnis.

Ein Beispiel: Niedersachsens Leuchtturm, das Uniklinikum Hannover, hat erst kürzlich eine einheitliche Aufwandsentschädigung im Praktischen Jahr von 550 Euro beschlossen. Ein Minijobber beim Textildiscounter bekommt 6 Euro mehr. Darüber lesen wir im Antrag der CDU, die mit einer Taskforce einfach nur Medizinstudienplätze aus dem Boden stampfen will, kein Wort.

Über den Grund für diese Verhältnisse habe ich schon oft vorgetragen. Alle Verantwortlichen weigern sich aber, an die Wurzel des Problems zu gehen und das Gesundheitssystem nicht länger als Kostenfaktor zu betrachten. Die Folge ist nicht nur ein Aderlass deutscher Medizinstudenten, sondern auch deutscher Ärzte ins Ausland, die Sie dann oft mit Drittländerärzten ohne EU-Ausbildung ersetzen müssen. Ist das wirklich das, was Deutschland anstrebt?

Wir müssen die Studienplatzzahl erhöhen, ja. Wir müssen aber auch die Zulassungsregeln anpassen, das Wohnortprinzip stärken und die Arbeitsbedingungen des Praktischen Jahres und seine Entschädigung entschieden verbessern. Wir müssen auch die Rahmenbedingungen des Ärzteberufs deutlich verbessern, damit nicht jedes Jahr Hunderte und Tausende fertige Ärzte der Medizin oder sogar Deutschland den Rücken kehren.

Meine Damen und Herren, aus meiner über 40-jährigen ärztlichen Tätigkeit weiß ich, dass Medizin ein wunderschöner Beruf voller Freude sein kann. Fragen Sie sich aber, warum jetzt so viele Ärzte freudig ihrem Rentenalter entgegensehen oder sogar vorher ihren Beruf verlassen! Nämlich deshalb, weil die Politik die richtigen Rahmenbedingungen zerstört.

Vielen Dank.

Vizepräsident Marcus Bosse:

Die nächste Wortmeldung: aus der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen die Kollegin Eva Viehoff.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Eva Viehoff (GRÜNE):

Herr Präsident! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Erst im August letzten Jahres haben wir einen CDU-Antrag zur Erhöhung der Zahl von Medizinstudienplätzen hier mit großer rot-grüner Mehrheit abgelehnt.

(Cindy Lutz [CDU]: Das ist ja die große Katastrophe!)

Von daher hat man den Eindruck: Und täglich grüßt das Murmeltier.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Der Grund für den heute eingebrachten Antrag ist die CHE-Studie. Man muss zumindest sagen: Niedersachsen steht darin nicht gut da. Aber - und da muss ich Herrn Rakicky tatsächlich mal Recht geben -: "Letzter Platz" stimmt nicht! Denn Bremen und Brandenburg bieten keine staatlich finanzierten Humanmedizinstudienplätze, Brandenburg hat eine Privatuniversität.

(Cindy Lutz [CDU]: Man kann doch nicht Bremen mit Niedersachsen vergleichen!)

Deshalb sind wir - als Fußballfan finde ich das auch nicht toll - auf einem Relegationsplatz, wenn wir ehrlich sind.

Die Landesregierung hat aber sehr wohl erkannt, dass sie handeln muss. Der Kollege Prange hat das für die UMO schon ausgeführt: Es reicht nicht aus, 200 Studienplätze an der UMO einfach herbeibeten zu wollen. Es müssen Investitionen getätigt werden, auch um den von Ihnen beschlossenen Aufwuchs auf 120 Studienplätze zu schaffen. Denn es braucht Gebäude, es braucht Infrastruktur. Diese rot-grüne Regierung und dieser Wissenschaftsminister haben in 2025 diese Investitionsmittel für die UMO bereitgestellt. Nur deshalb ist es möglich, auf 200 Studienplätze zu erhöhen. Auch Herr Prange wies darauf hin: Die 80 Plätze, die damit jetzt noch geschaffen werden, sind nicht in die CHE-Studie eingeflossen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Beim gestrigen Parlamentarischen Abend der Ärztekammer habe ich mit Herrn Professor Schneider von der MHH gesprochen und ihn gefragt: Was ist eigentlich der Klebeeffekt? Der Klebeeffekt bedeutet nicht, dass ich an einer medizinischen Hochschule in irgendeinem Bundesland studiere und dann dort bleibe. Der wirksamste Klebeeffekt ist, dass ich wieder dorthin zurückgehe, wo ich zu Hause bin. Denn Medizinstudierende haben überhaupt nicht die Wahl, zu sagen: Ich möchte nur in Niedersachsen studieren. Auch da wiederhole ich meine Rede aus dem August: Da würden sie Jahrzehnte warten, bis sie einen Studienplatz bekommen.

(Zuruf von Jörg Hillmer [CDU])

Wenn wir uns einmal Mecklenburg-Vorpommern, das sagenumwobene 25 Humanmedizinstudienplätze pro 1 000 Einwohner*innen aufweist, als Beispiel anschauen, dann muss man, wenn man die Presse liest, feststellen: Es gibt einen eklatanten Ärztemangel in Mecklenburg-Vorpommern sowohl bei Hausärzten als auch bei Fachärzten. Es geht also nicht allein um den Studienplatz, sondern um die Frage, welche Bedingungen man anbietet.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Richtig ist: Wir müssen schauen, wie wir die Zulassungsregelungen ändern. Bei einem Anteil der Frauen unter den Studienanfängern von 70 % gibt es eine hohe Teilzeitquote. Dagegen können wir gar nicht ausbilden, sondern wir müssen auch gesellschaftliche Bedingungen verbessern, damit höhere Teilzeitquoten erreicht werden, also mehr gearbeitet wird.

Ich selber - - -

(Zuruf von Jörg Hillmer [CDU])

- Herr Hillmer, Sie schon wieder!

(Heiterkeit bei der SPD)

Wir müssen bedenken - ich mache jetzt einfach mal weiter -, dass die Einrichtung eines Medizinstudienplatzes bis zu 350 000 Euro kostet. Von daher, glaube ich, muss man sich sehr genau anschauen, ob man dafür eine Taskforce braucht. Ihr Antrag suggeriert, dass wir Studienplätze mal so eben backen können. Das ist nicht der Fall.

Wir arbeiten daran, mehr Angebote zu machen. Zum anderen müssen wir, wenn wir uns Niedersachsen als Hochschulstandort insgesamt anschauen, die Situation von Studierenden deutlich

verbessern, damit auch unsere Landeskinder wieder Lust haben, nicht nur Medizin, sondern auch andere Studiengänge in Niedersachsen zu studieren.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Vizepräsident Marcus Bosse:

Weitere Wortmeldungen zu diesem Tagesordnungspunkt liegen uns nicht vor. Die Beratung ist somit abgeschlossen. Wir kommen zur Ausschussüberweisung.

Federführend soll der Ausschuss für Wissenschaft und Kultur sein, und mitberatend sollen der Ausschuss für Haushalt und Finanzen sowie der Ausschuss für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Gleichstellung sein. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Ich frage auch hier der Form halber nach Gegenstimmen. - Enthaltungen? - Das war einstimmig.

Wir kommen somit zu:

Tagesordnungspunkt 41:

Erste Beratung:

Fachkräftegewinnung und -sicherung braucht regionale Netzwerke und Willkommenskultur: Nachhaltige Strukturen für die Förderung der Fachkräfteeinwanderung und Arbeitsmarktintegration in Niedersachsen sichern und ausbauen - Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 19/8229

Zur Einbringung hat sich die Kollegin Julia Retzlaff gemeldet. Bitte schön, Frau Retzlaff!

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei den GRÜNEN)

Julia Retzlaff (SPD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Pflegeeinrichtungen oder ganze Heime schließen Flure - nicht, weil der Bedarf nicht da wäre, sondern weil schlichtweg Pflegekräfte fehlen. Kita-Gruppen schließen oder öffnen eingeschränkt, weil kein Ersatz für erkrankte Fachkräfte da ist. Ein Handwerker für kleinere Reparaturen wird gebraucht, und es ist fast nicht möglich, einen Termin zu bekommen, weil Mitarbeitende fehlen.

Diese Reihe lässt sich von jedem von uns aus eigenen Erfahrungen beliebig fortsetzen und zeigt auf: Wir sind mittendrin in einer der größten gesell-

schaftlichen und wirtschaftlichen Herausforderungen von heute und der kommenden Jahre: dem Arbeitskräfte- und Fachkräftemangel.

Wir wissen, dass bis 2036 fast 13 Millionen Menschen in Deutschland in Rente gehen werden: knapp ein Drittel unserer heutigen Erwerbsbevölkerung. Gleichzeitig schrumpft die Zahl der Menschen im erwerbsfähigen Alter drastisch. Diese Entwicklung trifft auch Niedersachsen schon heute in voller Härte: in Pflege, in Handwerk, in Industrie, Gastronomie oder Tourismus. Ohne gute Strategien droht Stillstand und gerät der Wohlstand unseres Landes in Gefahr.

Doch wir haben auch Chancen, und die wollen wir mit Nachdruck nutzen. Viele Menschen, die zu uns geflüchtet oder aus anderen Ländern zugewandert sind, bringen wertvolle Qualifikationen mit. Es braucht passende Unterstützungsstrukturen, damit sie am Arbeitsmarkt teilhaben und dazu beitragen können, unsere Arbeitskräfteproblematik zu lösen.

Sehr geehrte Damen und Herren, Niedersachsen hat in den letzten Jahren wichtige Schritte unternommen. Ich nenne drei Beispiele:

Die Regionalen Fachkräftebündnisse. Sie vernetzen Akteure vor Ort, bringen Projekte voran und schaffen Strukturen.

Die Welcome Center. Sie bieten Unternehmen wie internationalen Fachkräften Beratung und Begleitung, und sie helfen, ein Umfeld zu schaffen, das ein dauerhaftes Bleiben der zu uns kommenden Menschen und ihrer Familien ermöglicht.

Die Start-Guide-Projekte. Sie haben bereits Tausende Zugewanderte und Betriebe zusammengebracht und reguläre Beschäftigungsverhältnisse geschaffen. Dazu kommen Modellprojekte wie "¡Adelante! Colombia", in denen gezielt Fachkräfte aus Drittstaaten gewonnen werden.

Seit Juli dieses Jahres gibt es in Osnabrück die Zentralstelle für das beschleunigte Fachkräfteverfahren. Mit der Einrichtung dieser Zentralstelle an der LAB hat die Niedersächsische Landesregierung einen wichtigen und zukunftsweisenden Schritt getan. Auf Grundlage des Fachkräfteeinwanderungsgesetzes des Bundes erhalten Unternehmen nun eine zentrale Anlaufstelle, die sie bei der Gewinnung von qualifizierten Fachkräften aus dem Ausland tatkräftig unterstützt.

All diese Maßnahmen zeigen Wirkung. Niedersachsen ist bereits auf dem richtigen Weg. Aber wir können uns nicht zurücklehnen. Strukturen, die wirken,

müssen dauerhaft gesichert und ausgebaut werden.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

Angesichts der skizzierten demografischen Entwicklung und ihrer Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt muss das Ziel vorausschauende Politik sein. Dazu gehört vor allem, die Projekte der Regionalen Fachkräftebündnisse, die Welcome Center und die Start-Guide-Projekte langfristig abzusichern.

Und wir wollen weitere Aspekte noch stärker in den Blick nehmen:

Wir wollen es Arbeitgebenden vereinfachen, Berufsabschlüsse in nicht reglementierten Berufen festzustellen. Hier fehlen klare Bewertungsmaßstäbe. Ein niedrigschwelliges Feststellungsverfahren in Niedersachsen würde Transparenz schaffen und Einstellungshemmnisse abbauen.

Die stärkere Einbindung der Sozial- und Gesundheitswirtschaft: Sie soll künftig in den Steuerungsgruppen der Regionalen Fachkräftebündnisse vertreten sein, damit dem besonderen Fach- und Arbeitskräftebedarf in dieser Branche noch zielgerichteter und vernetzter Rechnung getragen werden kann.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

Die Sozial- und Gesundheitswirtschaft gilt es auch zu berücksichtigen, wenn, wie in Punkt 3 unseres Antrags gefordert, eine Fortsetzung der "¡Adelante!"-Projekte überprüft wird. Denn der Fachkräftemangel und -bedarf ist vor allen Dingen in der Pflegebranche besonders hoch.

Und dann ist da die Zielgruppe Frauen mit Migrations- und Fluchthintergrund. Der aktuelle Bericht des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung zeigt: Während heute 76 % der Männer der in 2015 nach Deutschland zugezogenen Schutzsuchenden einer Beschäftigung nachgehen, liegt die Quote bei Frauen nur bei 35 %. Fast jede dritte geflüchtete Person im erwerbsfähigen Alter ist eine Frau. Doch ihr Zugang zum Arbeitsmarkt bleibt oft versperrt. Die Gründe sind vielfältig: die starke Belastung durch Familienarbeit, aber auch geringere Chancen bei der Anerkennung von Qualifikationen sowie die Konzentration auf reglementierte Berufe, in denen Einstiege schwerer möglich sind.

Wenn es uns gelingt, die Erwerbsbeteiligung dieser Frauen zu steigern, stärken wir ihre Chancen auf Teilhabe und Selbstbestimmung und lindern gleichzeitig den Fachkräftemangel.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

Unsere Gesellschaft braucht ihr Können, und die Frauen brauchen faire Chancen, es einbringen zu können.

Sehr geehrte Damen und Herren, wir wissen auch, viele zentrale Stellschrauben liegen auf Bundesebene. Darum bitten wir die Landesregierung in unserem Antrag zusätzlich, sich dort weiterhin für Verbesserungen starkzumachen:

Für einen rechtssicheren, praktikablen Spurwechsel: Noch zu viele Menschen mit Arbeitsmarktperspektive hängen im Asylsystem fest. Ein rechtssicherer, praktikabler Spurwechsel in eine Aufenthaltserlaubnis zu Erwerbszwecken ist überfällig und nur auf Bundesebene möglich. Niedersachsen hatte eine entsprechende Initiative bereits im April 2023 in den Bundesrat eingebracht - leider ohne Mehrheit. Aber die Ausweitung der Regelungen auf weitere Personenkreise sollte aus gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Gesichtspunkten auf Bundesebene unbedingt weiterhin geprüft werden.

Die Anerkennung von Qualifikationen verbessern: Verfahren dauern noch viel zu lange. Wir brauchen bundesweite Standards, digitale Lösungen und KI-gestützte Dokumentenprüfungen, damit Abschlüsse schneller anerkannt werden. Und wir müssen Kompetenzen stärker an Fähigkeiten messen, nicht an formalen Ausbildungsbezeichnungen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

Die Regelungen der Chancenkarte nach § 20 a Aufenthaltsgesetz sollten auf Anwendbarkeit und Nutzen für die Einwanderung von Fachkräften aus Drittstaaten überprüft werden. So zeigen Erfahrungsberichte immer wieder, dass der ermöglichte Aufenthaltszeitraum zu kurz bemessen ist, um in qualifizierte Beschäftigungsverhältnisse zu kommen, und dass die Möglichkeiten dieser Visa-Form bei Unternehmen noch nicht ausreichend bekannt sind.

Visa-Prozesse digitalisieren: Noch immer sind viele Verfahren papierbasiert, dauern Monate und schrecken Fachkräfte ab. Wir brauchen eine vollständige Digitalisierung inklusive englischsprachiger Kommunikation, damit die besten Köpfe nicht an Formalitäten und Formularen scheitern.

Sehr geehrte Damen und Herren, bereits heute leisten Menschen mit Einwanderungsgeschichte in vielen Berufen einen wichtigen Beitrag auf dem deutschen Arbeitsmarkt. In Branchen wie Gastronomie, Reinigungsgewerbe, Verkehrsgewerbe, in der Logistikbranche sowie in Hoch- und Tiefbauberufen stellen sie einen überdurchschnittlichen Anteil. Die Förderung weiterer qualifizierter Zuwanderung sowie die schnelle Integration bereits hier lebender Menschen in den Arbeitsmarkt sind Voraussetzung für die Sicherung der wirtschaftlichen Stabilität des Landes.

Mit diesem Antrag bauen wir auf vorhandenen Strukturen auf und wollen diese stärken, damit Niedersachsen in den kommenden Jahren Fachkräfte gewinnt, hält und integriert - fair und nachhaltig und zukunftsorientiert - und damit die Menschen, die zu uns kommen, echte Chancen auf Teilhabe in unserer Gesellschaft haben.

Ich freue mich auf die Beratungen im Ausschuss.

Danke schön.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

Vizepräsident Marcus Bosse:

Die nächste Wortmeldung: aus der Fraktion der AfD die Abgeordnete Behrendt.

(Beifall bei der AfD)

Vanessa Behrendt (AfD):

Vielen Dank. - Herr Präsident! Meine Damen und Herren! SPD und Grüne versuchen ernsthaft, im Jahr 2025 das Märchen von der Fachkräfteeinwanderung zu reanimieren, zehn Jahre nach der Grenzöffnung, zehn Jahre nach "Wir schaffen das". Ich weiß nicht, ob ich das angesichts der Fakten für dreist oder kurz nach dem Mord an Liana in Friedland für pietätlos halte.

(Unruhe bei der SPD - Thore Güldner [SPD]: Was Sie machen, ist pietätlos!)

Tatsache ist: Fachkräfte kommen nicht mit dem Schlauchboot, meine Damen und Herren. Und um es mit den Worten meines Kollegen Alfred Dannenberg zu sagen: Hier kommt die Stimme aus der Wirklichkeit.

(Alfred Dannenberg [AfD]: Genau!)

Wir haben rund 1,8 Millionen Ausländer im Land, die arbeitslos bzw. arbeitsuchend sind. Die Beschäftigungsquote liegt hier bei 55 %, also deutlich

schlechter als in der Gesamtbevölkerung. Noch mal unterboten wird das, wenn wir nur auf Asylstaaten als Herkunftsländer schauen. Hier gehen nur 46 % einer Beschäftigung nach, viele von ihnen in Geringqualifizierten-Jobs.

Im Antrag von SPD und Grünen liest sich das dann so:

"Viele dieser Personen bringen Qualifikationen und Erfahrungen mit, die auf dem deutschen Arbeitsmarkt dringend benötigt werden."

(Stephan Christ [GRÜNE]: So ist es!)

Deshalb sei Deutschland auf

"die gezielte Integration bereits hier lebender Menschen mit Flucht- und Migrationsgeschichte angewiesen".

Meine Damen und Herren, Hut ab! Das ist Politik Marke Major Tom: völlig losgelöst von den Fakten.

(Beifall bei der AfD)

Ausländer machen knapp 15 % der Bevölkerung aus, stellen aber 47 % der Bürgergeldempfänger.

Vizepräsident Marcus Bosse:

Frau Behrendt, lassen Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Kurku zu?

Vanessa Behrendt (AfD):

Nein, danke. Ich möchte gerne ausführen.

Ausländer machen knapp 15 % der Bevölkerung aus, stellen aber 47 % der Bürgergeldempfänger. Ihr Anteil hat sich damit seit "Wir schaffen das" - und jetzt sind sie nun mal da - mehr als verdoppelt. Das Bürgergeld droht ganz offiziell zum Nichtbürgergeld zu werden. Und das ist ein untragbarer Zustand.

(Dr. Dörte Liebetruth [SPD]: Zur Sache haben Sie nichts zu sagen, oder?)

Eine Studie des renommierten Ökonomen Bernd Raffelhüschen zeigte: Ihre Zuwanderung kostet Deutschland 6 Billionen Euro. Wer sich das nicht vorstellen kann: Das ist eine Zahl mit zwölf Nullen, also so viele, wie die Landesregierung Kabinettsmitglieder hat.

Nein, meine Damen und Herren, Deutschland ist nicht auf diese Leute angewiesen, sondern darauf, dass sie unsere Sozialsysteme so schnell wie möglich verlassen.

(Beifall bei der AfD - Stephan Christ [GRÜNE]: Das ist doch vermessen!)

Und offen gesprochen: Zu behaupten, wir hätten kaum bis gar nicht qualifizierte Bürgergeldempfänger dringend nötig, ist ein Schlag ins Gesicht der vielen fleißigen Menschen hier im Land, und zwar ganz egal, woher sie kommen.

Sie wollten uns weismachen, wir brauchen Flüchtlinge, um unsere Renten zu bezahlen. Und jetzt? Jetzt brauchen wir Rentner, um die Flüchtlinge zu bezahlen - und das am liebsten bis 70, wenn es nach Ihren Parteifreunden in Berlin geht.

Fakt ist und bleibt: Jeder dritte Langzeitarbeitslose hat keinen deutschen Pass. Das sind 317 000 Personen - mehr als die 288 000 Einwanderer, die Sie jedes Jahr ins Land holen wollen.

(Dr. Dörte Liebetruth [SPD]: Das sind übrigens Fachkräfte!)

Und dann rühmen Sie sich dafür, dass Sie mit staatlichen Förderprogrammen in vier Jahren über 1 000 sozialversicherte Arbeits- und weit mehr als 300 Ausbildungsverhältnisse vermitteln konnten. Halten wir mal fest: Das ist eines pro Tag. Meine Damen und Herren, bevor Sie mit diesem Tempo eine nennenswerte Anzahl Flüchtlinge in Jobs vermittelt haben, ist Niedersachsen schon längst ein Kalifat.

(Unruhe)

Vizepräsident Marcus Bosse:

Frau Behrendt, lassen Sie eine Zwischenfrage der Kollegin Prell zu?

Vanessa Behrendt (AfD):

Nein, danke. Ich möchte gerne ausführen.

(Dr. Dörte Liebetruth [SPD]: Sie hat nichts zur Sache zu sagen!)

Leistungsträger wandern aus, Leistungsbezieher wandern ein - das kann nicht gut enden. Echte Fachkräfte machen um Deutschland einen großen Bogen. Und das ist ja auch klar: Aktuell ist es in Deutschland leichter für illegale Einwanderer, Bürgergeld zu beziehen, als für ausländische Mediziner, bei uns zu arbeiten.

Rot-Grün heißt: Illegale rein, Fachkräfte raus. AfD heißt: Illegale raus und Fachkräfte rein!

(Beifall bei der AfD - Volker Bajus [GRÜNE]: Außer Phrasen kommt hier nichts! Mal zur Sache!)

Mit uns wird Deutschland wieder attraktiv für inländische und echte ausländische Fachkräfte -

(Volker Bajus [GRÜNE]: Keine konkrete Maßnahme! - Stephan Christ [GRÜNE]: Was wäre denn Ihr Vorschlag?)

weil sich Arbeit wieder lohnt, und zwar nicht nur für den Staat, weil wieder Gerechtigkeit herrscht, und zwar für alle, weil Deutschland wieder sicher ist.

Elon Musk hat es vor zwei Wochen gesagt: Entweder Deutschland wählt die AfD, oder es ist das Ende Deutschlands.

Der Überweisung stimmen wir zu.

Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD - Stephan Christ [GRÜNE]: Schon wieder eine Wahlkampfrede!)

Vizepräsident Marcus Bosse:

Es gibt eine Kurzintervention des Abgeordneten Deniz Kurku.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN - Julia Retzlaff [SPD] meldet sich zu einer Kurzintervention)

- Frau Retzlaff, ich kann nur eine Kurzintervention pro Fraktion zulassen.

Deniz Kurku (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Nachdem Sie hier erneut versucht haben, nicht nur den Untergang Niedersachsens, sondern sogar den Untergang Deutschlands herbeizureden, stelle ich mir schon die Frage - bei allen Schwierigkeiten und auch Herausforderungen, die wir durchaus haben -, wie Sie es bewerten, dass in Niedersachsen alleine 1 100 Medizinerinnen und Mediziner aus Syrien - die aus anderen Nationen lasse ich jetzt weg - dafür sorgen, dass unser Gesundheitssystem am Laufen bleibt,

(Beifall bei der SPD, bei den GRÜNEN und vereinzelt bei der CDU)

was gerade für den ländlichen Raum eine ganz besondere Bedeutung hat.

Das ist etwas, was uns alle hier im Hause interessieren sollte. Deshalb verstehe ich diese immer wieder erfolgenden Einwürfe der AfD nicht und bitte Sie, das hier zu unterlassen.

(Beifall bei der SPD, bei den GRÜNEN und vereinzelt bei der CDU - Zurufe von der AfD)

Vizepräsident Marcus Bosse:

Frau Behrendt möchte nicht antworten.

(Zuruf von der SPD: Das war doch klar!)

Die nächste Wortmeldung: aus der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen der Kollege Nicolas Mülbrecht Breer. Bitte schön!

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Nicolas Mülbrecht Breer (GRÜNE):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Ja, Frau Behrendt, wir wollen, dass geflüchtete Menschen einen besseren Zugang in den Arbeitsmarkt erhalten. Insbesondere sollen Ausbildungs- und Erwerbstätigkeit zugewanderter und geflüchteter Frauen verbessert und die Förderung der Start-Guide-Projekte sowie der Welcome Center langfristig abgesichert werden.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Warum ist die schnelle Einbindung in den Arbeitsmarkt für Geflüchtete so wichtig? Arbeit gibt uns die Möglichkeit, unsere Fähigkeiten einzusetzen, zur Gemeinschaft beizutragen und das Selbstwertgefühl zu steigern. Arbeit trägt wesentlich dazu bei, einen sozialen Status und eine Rolle zu entwickeln. Arbeit gibt unserem Tag Struktur. Arbeit hilft beim Aufbau sozialer Kontakte und beim Erlernen von Sprache. Da könnte man doch glatt denken: Was sind wir für gute Menschen, dass wir den Geflüchteten diese Möglichkeiten geben?

Lassen Sie mich bitte die Perspektive wechseln. Bis 2036 werden deutschlandweit etwa 12,9 Millionen Erwerbspersonen das gesetzliche Rentenalter erreicht haben. Das sind knapp 30 % der aktuellen Erwerbsbevölkerung. Gleichzeitig fehlt uns aufgrund des demografischen Wandels der notwendige Nachwuchs. Experten würden sagen, dass wir ziemlich am Arsch sind,

(Zurufe von der CDU und von der AfD: Unparlamentarisch!)

wenn wir nicht gegensteuern und die Integration in den Arbeitsmarkt vereinfachen.

Wir sind es, die auf Zuwanderung angewiesen sind. Wir brauchen Menschen, die medizinisch versorgen.

Vizepräsident Marcus Bosse:

Herr Kollege Breer, ich wurde gerade darauf hingewiesen, dass Sie einen Begriff aus dem Fäkalbereich verwendet haben. Bitte überdenken Sie, ob man das im Parlament machen sollte!

Nicolas Mülbrecht Breer (GRÜNE):

Tut mir leid, Herr Präsident.

Wir brauchen Menschen, die Häuser bauen. Wir brauchen Menschen, die unterrichten. Wir brauchen Menschen, die sich ehrenamtlich einbringen. Wir brauchen Menschen, die Nachbarn sind und zu Freunden werden.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Die Integration von Fachkräften gelingt am besten, wenn Menschen nicht nur einen Arbeitsplatz finden, sondern auch in ihrer neuen Umgebung gut unterstützt werden. Die Welcome Center in Niedersachsen spielen dabei eine zentrale Rolle. Sie bieten nicht nur Hilfe bei bürokratischen Hürden wie Anerkennung von Abschlüssen und Arbeitserlaubnissen, sondern begleiten die Zugewanderten auch in sozialen und kulturellen Fragen. Ob bei der Wohnungssuche, dem Zugang zu Sprachkursen oder der Vernetzung mit lokalen Gemeinschaften - diese Anlaufstellen schaffen eine Brücke zwischen der neuen Heimat und den Bedürfnissen der Fachkräfte und ihrer Familien. So entsteht nicht nur eine schnelle Integration in den Arbeitsmarkt, sondern auch ein Gefühl von Zugehörigkeit, das langfristig für eine stabile und erfolgreiche Zusammenarbeit sorgt.

Deshalb setzen wir auf die Förderung weiterer qualifizierter Zuwanderung sowie die schnelle Integration bereits hier lebender Menschen mit Flucht- und Migrationshintergrund in den Arbeitsmarkt. Und das tun wir nicht allein, sondern mit großer Unterstützung der Unternehmens- und Handelsverbände in Niedersachsen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Ich danke Ihnen herzlich für Ihre Aufmerksamkeit und freue mich auf die Beratung im Ausschuss.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Vizepräsident Marcus Bosse:

Die nächste Wortmeldung: aus der Fraktion der CDU der Kollege Thomas Uhlen.

(Beifall bei der CDU)

Thomas Uhlen (CDU):

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin sehr dankbar, dass der Kollege Mülbrecht Breer mit seiner Rede den Weg zurück zur Sachdebatte gefunden hat. Denn das, was wir vorher von der Kollegin Behrendt gehört haben, war in der Tat völlig losgelöst von der Erde, der Sachlichkeit und auch von dem demokratischen Diskurs, den wir normalerweise hier im Parlament führen.

(Beifall bei der CDU, bei der SPD und bei den GRÜNEN - Zuruf von Stephan Bothe [AfD])

Das, liebe Kolleginnen und Kollegen, sage ich jetzt auch in der Erkenntnis, dass Frau Behrendt den Saal schon wieder verlassen hat. Nachdem sie hier Hasstiraden abgefeuert und anscheinend den TikTok-Beitrag eingestellt hat, ist sie nicht bereit, sich weiter an der Sachdebatte zu beteiligen. Ich bin sehr dankbar, dass wir diese mit den anderen Fraktionen im Landtag geregelt führen können.

(Beifall bei der CDU, bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, in Kolumbien sagt man: Del dicho al hecho hay mucho trecho - vom Gesagten zum Getanen ist es ein weiter Weg. Liebe Kolleginnen und Kollegen, leider steht das auch sprichwörtlich für das, was wir bei der Antragstellung hier wieder sehen müssen. Denn ein fast wortgleicher Antrag wurde durch SPD und Grüne vor zwei Jahren, am 5. September 2023, eingebracht: "Integration von zugewanderten Fach- und Arbeitskräften in den Arbeitsmarkt nachhaltig und regional fokussiert stärken". Heute reden wir über einen Antrag, in dem es darum geht, nachhaltige Strukturen zu sichern und auszubauen. Anscheinend müssen wir hier regelmäßig die Wiedervorlagemappe der Regierungsfraktionen diskutieren, weil ansonsten aus dem Blick gerät, um welche Themen man sich kümmert.

(Beifall bei der CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, in den letzten zwei Jahren ist durchaus einiges passiert, wobei ich mich gefragt habe, ob SPD und Grüne Welcome Center und Start Guides noch im Fokus hatten. Das betrifft

zum Beispiel den Antrag zu den Willkommenszentren, der zwischenzeitlich gestellt worden ist. In der Unterrichtung bzw. insbesondere in der Anhörung ist er von allen Partnern zerrissen worden, von denen man weiß, dass sie sich wirklich an der Basis für das Thema Fachkräfteintegration einsetzen - ob es Kommunen sind, ob es IHKs sind -, und die alle in diesem Bündnis, in den Netzwerken mitarbeiten.

(Djenabou Diallo Hartmann [GRÜNE]: Das stimmt nicht!)

Sie haben ihre Verwirrung darüber geäußert, dass es auf der einen Seite diese Willkommenszentren geben soll, während es auf der anderen Seite die Welcome Center gibt. Wie soll das jemand verstehen, der als Zugewanderter in dieses Land kommt und sich mit diesen Strukturen auseinandersetzen muss?

(Djenabou Diallo Hartmann [GRÜNE]: Sie haben es nicht verstanden!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, mit Blick auf diesen Antrag und dieses Themengebiet ist durchaus festzustellen, dass auch innerhalb der Regierung nicht immer ganz klar ist, welche Wertschätzung man dem Thema beimessen möchte, insbesondere auch, was die Ausstattung mit Haushaltsmitteln betrifft. In diesem Haushalt gibt es wieder eine Kürzung des Ansatzes um 2,5 Millionen auf dann wieder 4,95 Millionen im Bereich der Arbeitskräfte- und Fachkräfteintegration. Wenn Sie wirklich nachhaltige Strukturen schaffen wollen, dann ist das nicht dauerhaft nur über die politische Liste oder über irgendwelche weiteren Willensbekundungen zu schaffen, sondern dann müssen Sie das auch aus Überzeugung tun und dauerhaft absichern, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CDU)

Offensichtlich wissen Sie nicht genau, was Sie wollen. Welche Wirkung sollen Welcome Center, welche Wirkung sollen die Start Guides wirklich erzielen? Was ist mit der Rollenabgrenzung zu unseren Industrie- und Handelskammern, mit der Rollenabgrenzung zur Bundesagentur für Arbeit, zu den Zentralstellen, zu allen Akteuren, die dort unterwegs sind? Was wird doppelt gemacht? Das sind die Strukturen, mit denen wir uns auseinandersetzen müssen. Ansonsten treiben wir immer nur neue Säue durchs Dorf und sind nicht in der Lage, wirklich eine verlässliche Struktur für die Menschen, die zu uns kommen, zu entwickeln.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, in diesem Zusammenhang ist es auch wichtig, die Zentralstelle - sie wurde von Ihnen angesprochen, Frau Kollegin Retzlaff - nachhaltig mit Kapazitäten auszustatten. Ich höre jetzt schon wieder vor Ort, dass die ersten Akteure den Rat bekommen, die Anträge doch wieder bei der kommunalen Ausländerbehörde zu stellen, da der Flaschenhals Zentralstelle schon jetzt, Wochen nach dem Start, nicht vernünftig arbeiten kann, sodass die Verfahren schon wieder drohen, aus dem Ruder zu laufen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir müssen hier verlässliche Strukturen schaffen: Wer macht was? Wer macht was wo? Und wie schaffen wir es hier, den Menschen einen konkreten Fahrplan anzubieten, statt immer wieder nur neue Flickenteppiche? Wir haben kein vernünftiges Fundament. Weil durch immer neue parlamentarische Initiativen immer neue Baustellen aufgemacht werden, haben wir hier oftmals leider nur Fassade.

(Djenabou Diallo Hartmann [GRÜNE]: Verstehen Sie nicht, worum es geht?)

Dass Start Guides und Welcome Center eine gute Sache sind, wissen wir alle. Unser damaliger Wirtschaftsminister Bernd Althusmann hat sie in der jetzigen Form auf den Weg gebracht.

(Beifall bei der CDU)

Wer immer neue Schaufensterpolitik macht, liebe Kolleginnen und Kollegen, muss dahinter auch ein vernünftig sortiertes Warenangebot anbieten und nicht nur leere Regale. Das ist das, was wir bei der Politik von Rot-Grün feststellen. Dann muss man sich am Schluss auch nicht wundern, dass keiner mehr kommt, dass keiner mehr bei uns durch die Tür möchte, sondern die Fachkräfteentwicklung an unserem Land vorbeiläuft.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir brauchen Verlässlichkeit, klare Strukturen und vor allem eine aufgeweckte Verwaltung. Denn - so besagt ein anderes kolumbianisches Sprichwort -: Die Garnele, die einschläft, wird von der Strömung mitgerissen.

Herzlichen Dank.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Marcus Bosse:

Weitere Wortmeldungen liegen uns zu diesem Tagesordnungspunkt nicht vor. Wir kommen somit zur Ausschussüberweisung.

Federführend soll der Ausschuss für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Gleichstellung sein, mitberatend der Ausschuss für Haushalt und Finanzen. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Damit ist das erforderliche Quorum erreicht.

Wir kommen somit zu:

Tagesordnungspunkt 42:

Erste Beratung:

Subsidiäre und korporative Kulturpolitik stärken - Bürgerkultur statt Soziokultur - Antrag der Fraktion der AfD - Drs. 19/8216

Zur Einbringung hat sich die Abgeordnete Jessica Schülke gemeldet.

(Beifall bei der AfD)

Jessica Schülke (AfD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Werte Herren und Damen! Konservative Kulturpolitik bedeutet, in den Traditionen einer stolzen Bürgerlichkeit zu leben, die vor allem im 19. Jahrhundert unseren heutigen kulturellen Grundstock aufgebaut hat. Sie ist fest in unserer niedersächsischen Geschichte verwurzelt. Konservative Kulturpolitik pflegt das Kulturerbe und fördert Kulturschaffen.

(Volker Bajus [GRÜNE]: Damit haben Sie ja nichts zu tun! Das wollen Sie ja abschaffen!)

Beides ist geprägt von Eigenverantwortlichkeit und Freiheitlichkeit.

Damit diese Werte politisch stärker umgesetzt werden, legen wir heute einen Entschließungsantrag mit dem Titel "Subsidiäre und korporative Kulturpolitik stärken - Bürgerkultur statt Soziokultur" vor.

Werte Kollegen, Niedersachsen legt Wert auf seine Kulturstaatlichkeit. Dafür stehen Artikel 6 unserer Verfassung und das Kulturfördergesetz. Der Landeshaushalt unterstützt und schützt Kulturerbe, Kultureinrichtungen und Kunst, die für das Land Niedersachsen und auch für Deutschland bedeutsam sind. Dazu gehören zum Beispiel Kulturgutschutz, Denkmalpflege, Landesmuseen, Staatstheater und Staatsorchester, Landesbibliotheken und vieles mehr. Diese zu fördern, ist die Kernaufgabe des Landes Niedersachsen und seiner Regierung.

Weitere entscheidende Akteure unserer Kulturförderung vor Ort sind zum Beispiel die niedersächsischen Landschaften und Landschaftsverbände. Zusammen mit Landkreisen, Städten und Gemeinden pflegen diese das kulturelle Erbe in den verschiedenen Landesteilen Niedersachsens. Gemeinsam bilden sie eine wichtige Brücke für die Kultur im städtischen und ländlichen Raum.

Diese Selbstorganisation ist prägend für die deutsche und niedersächsische Kultur. Deshalb ist es wichtig, sich auf eine ausgewogene Förderung nach dem Grundgedanken des Binnenföderalismus zu fokussieren. So sollte es sein. Dabei gilt insbesondere: Kultur darf nicht von einer politischen Lenkung vereinnahmt werden. Genau das unterscheidet die Kulturpolitik der AfD maßgeblich von der sozialdemokratisch-grünen Kulturpolitik, die sich am Kulturalismus der Linken orientiert.

(Eva Viehoff [GRÜNE]: Ich glaube, da verstehen Sie etwas falsch!)

Dieser Kulturalismus nimmt wenig bis gar keine Rücksicht auf Geschichte und Tradition. Im Gegenteil: Er zerstört sie. Ausgehend von der 68er-Bewegung entstanden ab den 1970er-Jahren Forderungen nach einer neuen Kulturpolitik, die als linke Soziokultur klar gegen die mehrheitlich bürgerliche Hochkultur in Stellung gebracht wurde. Unter der Vorgabe einer Demokratisierung der Kultur wurden Politik, Ökonomie, Kunst, Bildung und damit die gesamte Gesellschaft von einer radikal linken Programmatik regelrecht durchdrungen.

Obwohl der Begriff "Soziokultur" noch immer diffus ist, sind ihre Akteure heute fest verankert in sozialdemokratisch-politischen Vorfeldorganisationen. Viele der sogenannten soziokulturellen Zentren gehören zu einem weit gespannten Netz von Institutionen, die sich selbst als Nichtregierungsorganisationen bezeichnen. Diese sogenannten NGOs setzen mit Staats- bzw. Steuergeldern knallharte linke Politik durch.

Unser Antrag stellt einen entschlossenen Gegenentwurf zur postmarxistischen Kulturrevolution der letzten Jahrzehnte dar.

Werte Kollegen, auch im Hinblick auf zukünftige Veränderungen der Wählerzustimmungen und der parlamentarischen Mehrheiten stellen wir mit diesem Antrag die Kulturpolitik in Niedersachsen schon einmal vorsorglich vom Kopf auf die Füße,

(Beifall bei der AfD)

indem Kulturförderung - so, wie es sein sollte - wieder strikt an dem Leitbild bewährter Körperschaften ausgerichtet wird und nach dem Grundsatz der Subsidiarität erfolgt.

In unserem Antrag fordern wir unter anderem:

Erstens. Die Ausgaben für Kultur im Landeshaushalt sollen sich auf das hoheitliche und gesetzlich geschützte Kulturerbe und dessen Institutionen konzentrieren.

Zweitens. Die niedersächsischen Landschaften und Landschaftsverbände sollen als Träger und Hüter der regionalen Kulturförderung vor allem im ländlichen Raum finanziell und personell gestärkt werden.

Drittens. Die Förderung des Landesverbandes Soziokultur soll eingestellt werden. Landesmittel sollen nicht mehr an soziokulturelle Zentren gehen.

Viertens. Unsere Landeskultur soll zusammen mit der deutschen Leitkultur die Grundlage der kulturellen Bildung für Jugendliche und Erwachsene bilden.

Was die Landkreise, Städte und Gemeinden betrifft, fordern wir die Landesregierung auf: Belasten Sie diese nicht länger mit den Folgen Ihrer Fehlpolitik! Denn durch ausufernde Mehrausgaben für zum Beispiel Sozialleistungen oder Klimaträumereien - - -

(Volker Bajus [GRÜNE]: Vorlesen ist noch keine Kulturleistung! - Gegenruf von Klaus Wichmann [AfD]: Erst mal lesen können, Herr Bajus!)

- Ich verstehe gerade mein eigenes Wort nicht mehr.

(Wiard Siebels [SPD]: Wir verstehen Sie auch nicht!)

Es wäre schön, wenn ich hier noch weiter ausführen könnte.

(Glocke des Präsidenten)

- Vielen Dank, Herr Präsident.

Denn durch ausufernde Mehrausgaben für zum Beispiel Sozialleistungen oder Klimaträumereien können diese ihren kulturellen Aufgaben nicht mehr nachkommen. Unser Antrag sorgt für eine klarere, schlankere und effizientere Gliederung der Verantwortlichkeiten innerhalb der Kulturförderstrukturen.

Vizepräsident Marcus Bosse:

Frau Schülke, lassen Sie eine Zwischenfrage zu?

Jessica Schülke (AfD):

Nein, ich würde jetzt gerne zum Ende kommen. Danke.

(Eva Viehoff [GRÜNE]: Natürlich nicht! Insta und TikTok warten!)

Unser Antrag sorgt für eine klarere, schlankere und effizientere Gliederung der Verantwortlichkeiten innerhalb der Kulturförderstrukturen. Er fördert Eigenverantwortung, Souveränität und Pluralität. Und das Wichtigste: Unser Antrag stärkt die Identität unseres Landes und unserer Kulturregionen. Konservative Kulturpolitik ist ein Bekenntnis zu immer bestehenden Grundwerten und zur Zukunft unseres Landes.

(Dr. Silke Lesemann [SPD]: Sie sind nicht konservativ! Sie schüren Ressentiments! Nicht anderes!)

Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsident Marcus Bosse:

Die nächste Wortmeldung: aus der Fraktion der SPD der Kollege Ulf Prange.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

Ulf Prange (SPD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Antrag, der gerade vorgestellt worden ist - ich sage das gleich zu Beginn -, ist ein Angriff auf die freie Kultur in Niedersachsen, auf das, was unser Land stark, lebendig und vielfältig macht.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

Er ist der negative Höhepunkt einer Geschichte, die wir hier seit drei Jahren im Landtag verfolgen. Ich kann mich erinnern, dass von der AfD versucht worden ist, Kultur und Kulturschaffende mit einer Kleinen Anfrage einzuschüchtern, die darauf abzielte, diejenigen, die sich an der Aktion "Die Vielen" beteiligt haben, in den Fokus zu rücken.

(Jens-Christoph Brockmann [AfD]: Einschüchtern, weil man was nachfragt?)

Aber es ist nicht so, dass Sie nur die freie Kultur in den Fokus nehmen. Auch das Oldenburgische Staatstheater musste sich in diesem Jahr mit einer Anfrage auseinandersetzen, in der Sie die Sparte 7, mit der sich dieses Theater auch im Sinne der Soziokultur öffnet und soziokulturelle Angebote macht, kritisch hinterfragen. Und es ist ja nicht so, dass Sie nur kritisch hinterfragen, sondern hinter diesen Sätzen steht auch immer die Streichung von Fördermitteln. Das haben Sie beim letzten Haushalt gemacht, indem Sie für einzelne Kulturinstitutionen und Verbände Kürzungen vorgeschlagen haben. Jetzt ist es der Frontalangriff auf die Soziokultur mit diesem Antrag.

Ich finde es schon bemerkenswert, dass Sie unsere Landesverfassung zitieren. Im Grundgesetz sind übrigens die Kultur und Kunst auch geschützt. Aber wenn Sie das so verstehen, dass Sie festlegen, was Kultur ist, dann haben Sie die Verfassung gründlich falsch verstanden.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

Das legt nicht die Politik fest, sondern es ist ein Schutz, der sich aus dem Gesetz ableitet.

(Klaus Wichmann [AfD]: Was ist das denn anderes als eine Festlegung durch die Politik?)

Wenn Sie meinen, dass Sie das so machen können, dann überrascht mich das nicht, denn mit der Verfassung tun Sie sich ja auch an anderer Stelle schwer.

> (Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

Sie greifen hier die Initiative "Kultur für alle" aus den 1970er-Jahren, geprägt von Hilmar Hoffmann, auf. Dabei ging es ja nicht darum, Staatstheater, Oper oder Museum abzuschaffen oder einzuschränken. Es ging nicht um das Gegeneinander, sondern es ging um eine Öffnung der Kultur. Es ging darum, Orte zu schaffen - in Stadtteilzentren, in Jugendhäusern, in freien Theatergruppen -, an denen Menschen unabhängig von Herkunft, Bildung und Geldbeutel Zugang zu Kunst und Kultur finden. Dieser öffnende Ansatz ist mittlerweile Realität in Niedersachsen. Er findet sich ja nicht nur in der freien Kultur. Es gibt ihn in den Staatstheatern, in den Landesmuseen und in vielen anderen Kultureinrichtungen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN) Sie versuchen jetzt zu spalten, indem Sie sagen, die Landschaftsverbände und die Landschaften, die Staatstheater und alles, was Sie eben alles noch aufgezählt haben und bei dem Sie von Burgen und Schlössern träumen, sind die gute Kultur. Aber das ist nicht die Realität in diesem Land.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

Uns hat ein offener Brief der AllviN erreicht, die Sie auf Ihre Seite ziehen wollen - die sich natürlich davon distanziert, weil sie seit vielen Jahren mit den anderen Kulturverbänden in Niedersachsen zusammenarbeitet und auch ganz deutlich gesagt hat: Die Soziokultur gehört zu Niedersachsen.

Das Gleiche hat der akku gemacht. Der akku ist ein Zusammenschluss aller Kulturverbände in Niedersachsen. Alle sind dabei: der Museumsverband, die Soziokultur, die freien Theater, die LAG Rock. Diese Menschen arbeiten seit vielen Jahren spartenübergreifend für ein gutes Kulturangebot in Niedersachsen zusammen. Sie arbeiten mit AllviN, also mit den Landschaften und Landschaftsverbänden, zusammen und lassen sich nicht von Ihnen vereinnahmen. Sie stehen solidarisch an der Seite der Soziokultur.

Soziokultur ist ja kein Selbstzweck. Es geht darum, einen niederschwelligeren Zugang zur Kultur zu schaffen. In der Realität bedeutet Soziokultur in Niedersachsen aber auch, dass es im ländlichen Raum überhaupt kulturelle Angebote gibt.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

Was würden denn die Menschen im ländlichen Raum machen, wenn es diese Orte nicht gäbe, wo sie ein Kulturangebot in Anspruch nehmen können, wo sie zusammenkommen können, wo es einen Ort des Austausches und des Diskurses gibt? Wir haben im ganzen Land verteilt soziokulturelle Zentren, die sich ganz stark engagieren und einbringen. Das tun sie mit dem kleinen Museum vor Ort, der Bibliothek und anderen Kultureinrichtungen. Soziokultur ist eben auch Sicherstellung eines breiten, vielfältigen Kulturangebots im Flächenland Niedersachsen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

Und Sie? Anstatt Kultur als freien Raum der Vielfalt und der kritischen Auseinandersetzung zu akzeptie-

ren, wollen Sie Kultur einschränken und Kultur letztlich auch zu einem Propagandainstrument machen, um Ihr ideologisches Weltbild zu zeichnen.

> (Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

Freie Kultur fragt, zweifelt, öffnet Horizonte. Propaganda hingegen missbraucht Kunst, um Menschen zu lenken und zu bevormunden. Ich kann es auch mal mit einem klassischen Dichter versuchen. Friedrich Schiller kennen wir alle. Er hat gesagt: "Die Kunst ist eine Tochter der Freiheit." Das sollte uns allen Ansporn und Verpflichtung sein, für eine breite Kulturlandschaft in Niedersachsen zu sorgen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

Ihre Angriffe auf die Kultur lassen wir Ihnen nicht durchgehen. Wir stehen an der Seite der Kultureinrichtungen und der Kulturschaffenden im Land, die dazu beitragen, dass Niedersachsen ein gutes, vielfältiges Kulturangebot hat und ein Land ist, in dem demokratische Werte gelebt werden.

Vielen Dank.

(Starker Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Marcus Bosse:

Herr Prange, auf Ihren Beitrag gibt es eine Kurzintervention der Abgeordneten Schülke. Bitte schön, Frau Schülke! Anderthalb Minuten!

(Beifall bei der AfD)

Jessica Schülke (AfD):

Vielen Dank, Herr Präsident. - Herr Kollege Prange, es ist unser Recht und unsere Pflicht als Opposition, hier Fragen an die Landesregierung zu stellen und kritisch zu hinterfragen. Das ist die eine Sache. Aber mich hat tatsächlich auch die Geschwindigkeit überrascht, mit der die Positionierungen und Stellungnahmen von Fach- und Dachverbänden zu unserem Antrag - bereits vor der heutigen Einbringung - erfolgt sind.

(Eva Viehoff [GRÜNE]: Die lesen das im Internet! - Glocke des Präsidenten)

Dass die Parteien der Regierungsfraktionen diese Stellungnahmen heute für ein parteipolitisches Scharmützel missbrauchen,

(Lachen bei der SPD und bei den GRÜNEN)

ist dem Wert unserer niedersächsischen Kultur und deren Institutionen wahrlich nicht angemessen.

Liebe Kollegen von der SPD und auch von den Grünen, hören Sie bitte auf, die Belange unserer Kulturträger für Ihre Parteitaktiken einzuspannen und dienstbar zu machen!

(Christian Schröder [GRÜNE]: Unterhalten Sie sich doch mal mit denen!)

Zwingen Sie die Kultur nicht länger - das ist unsere Bitte -, im Gegenzug für staatliche Förderungen Ihre abgedroschenen Lieder zu singen und sich in eine links-grüne Kulturhegemonie zu zwängen.

(Britta Kellermann [GRÜNE]: Niemand wird gezwungen! Die wollen das ganz frei so! - Dr. Dörte Liebetruth [SPD]: Schon mal etwas von Kulturfreiheit gehört?)

Das ist es nämlich, was Sie tun. Den Verbänden bin ich allerdings dankbar.

Ich freue mich auf die Beratungen im Ausschuss. Ich denke, wir können vielleicht auch eine Anhörung zu unserem Antrag vereinbaren. Dann können wir uns dazu gerne auch weiterhin intensiver mit den Verbänden auseinandersetzen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsident Marcus Bosse:

Herr Kollege Prange wird antworten.

Ulf Prange (SPD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Frau Schülke, Vereinnahmung von Kultur durch Rot-Grün - oder wen auch immer - gibt es schlichtweg nicht. Das ist wieder solch eine Erzählung.

(Lachen und Widerspruch bei der AfD)

Sie haben doch gerade eben bewiesen, wie Sie es machen: Sie vereinnahmen. Sie wollen entscheiden: Töpfchen gute Kultur, Töpfchen schlechte Kultur.

Wir fördern Kultur in ihrer Breite. Das ist genau das, was es ausmacht. Wir wollen ja diese kritische Auseinandersetzung. Für uns ist es okay, wenn eine Kultureinrichtung auch mal den Finger in die Wunde legt. Und das tun sie auch im demokratischen Spektrum, davon können Sie ganz sicher ausgehen. Ich empfinde das eher als positive Kritik, damit

ich Positionen vielleicht auch noch einmal überdenken kann.

(Evrim Camuz [GRÜNE]: Freie Meinung!)

Sie haben Angst. Deswegen versuchen Sie, die Kultur, die Ihnen unliebsam ist und Ihnen den Spiegel vorhält, einzuschränken. Das ist, glaube ich, heute hier sehr deutlich geworden.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

Dass sich Verbände zu solch einem Antrag äußern oder vielleicht auch äußern müssen, ist doch selbstverständlich. Die lesen tatsächlich, was hier im Landtag auf der Tagesordnung steht, und setzen sich damit auseinander. Wenn Sie so etwas aufschreiben, dann können Sie sicher davon ausgehen, dass die sich dazu äußern.

(Evrim Camuz [GRÜNE]: Zu Recht!)

Das ist nicht von uns in irgendeiner Weise initiiert oder unterstützt. Das ist ja auch ihre Aufgabe. Da das natürlich Verbände sind, die sich für die Kultur einsetzen, stellen sie sich natürlich auch vor die Kultur und sind solidarisch miteinander. Das ist doch gut und positiv. Das ist ein Gesellschaftsbild, das sehr gut ist. Das, was Sie hier zeigen, ist, glaube ich, von vorgestern.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

Vizepräsident Marcus Bosse:

Die nächste Wortmeldung: aus der Fraktion der CDU die Kollegin Martina Machulla.

(Beifall bei der CDU)

Martina Machulla (CDU):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kollegen und Kolleginnen Abgeordnete! Den Antrag der AfD haben wir gehört. Auf den ersten Blick mag er harmlos erscheinen. Es geht um Kultur, Erbe und Subsidiarität. Aber wenn man sich die Zahlen genauer anschaut, dann wird schnell klar: Das ist kein Programm zur Stärkung der Kultur - das ist eine Kampfansage an die Vielfalt in unserem Land.

(Beifall bei der CDU, bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Die AfD will die Soziokultur in Niedersachsen abschaffen. Punkt. Kein Geld mehr für die Landesarbeitsgemeinschaft, keine Förderung mehr von soziokulturellen Zentren. Damit würden aber genau

die Orte verschwinden, an denen Demokratie lebendig wird, an denen Menschen zusammenkommen, die sonst vielleicht nie miteinander ins Gespräch kommen würden. Soziokultur ist ein Begriff, der sich aus "sozial" und "Kultur" zusammensetzt. Er bedeutet kulturelle und gesellschaftliche Teilhabe und Alltagskultur.

(Evrim Camuz [GRÜNE]: Ja, und das macht ihnen Angst!)

Wir alle wissen: Kultur ist mehr als Steine, mehr als Schlösser und mehr als Museen. All das ist wichtig, gar keine Frage. Wir als Union haben uns immer für den Schutz unseres kulturellen Erbes eingesetzt. Aber Kultur lebt von Menschen. Sie lebt davon, dass Menschen ihre Kreativität entfalten, dass sie gemeinsam Projekte auf die Beine stellen, dass sie Kunst schaffen, diskutieren und streiten. Genau dafür bedarf es der Soziokultur.

(Beifall bei der CDU, bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Die AfD spricht von Bürgerkultur. In Wahrheit meint sie aber eine Kultur für wenige, eine Kultur, die ausschließt. Das wird ganz deutlich, wenn man den Antrag liest. Sie reduzieren Kultur auf Leitkultur, auf Tradition und auf Vergangenheit. Sie wollen nicht sehen, dass Kultur immer auch Gegenwart und Zukunft ist.

(Beifall bei der CDU, bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Kultur verändert sich. Sie wird neu ausgehandelt, sie ist bunt, sie ist vielfältig. Wenn Sie behaupten, die Soziokultur sei ein ideologisches Projekt der 1970er-Jahre, dann sage ich Ihnen: Das ist völliger Unsinn. Ja, die Soziokultur hat ihre Wurzeln damals. Aber heute sind diese Zentren längst im Alltag angekommen. Dort proben Theatergruppen. Dort finden interkulturelle Begegnungen statt. Dort gibt es Sprachcafés, Jugendkultur und Seniorennachmittage. Kurz gesagt: Dort passiert Demokratie im Alltag.

(Beifall bei der CDU, bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, die AfD macht aus dem Prinzip der Subsidiarität einen Kampfbegriff. Sie sagen: Was lokal ist, sollen gefälligst die Kommunen alleine bezahlen.

(Jessica Schülke [AfD]: Richtig!)

Das ist in der Praxis aber schlicht weltfremd. Wir alle wissen doch, wie angespannt die Finanzlage in vielen Städten und Gemeinden ist. Wenn wir diese Kommunen bei der Kulturförderung alleinlassen, dann heißt das am Ende nur eines: weniger Angebote im ländlichen Raum und weniger Teilhabe und weniger Chancen für Kinder und Jugendliche - genau das Gegenteil dessen, was wir als Kulturstaat wollen.

(Beifall bei der CDU, bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Ein paar Zahlen: Im Jahr 2024 hat der Landesverband Soziokultur gerade einmal 62 Projekte fördern können. In einem Flächenland wie Niedersachsen ist das kein Moloch, wie dies die AfD darstellt, sondern eine gezielte Unterstützung. Diese Projekte erreichen Menschen, die nie ein Opernhaus besuchen würden, die sich in klassischen Strukturen überhaupt nicht wiederfinden. Gerade deshalb sind sie auch so wichtig.

Was die AfD hier vorschlägt, ist kein Konzept für Kulturpolitik, sondern ein ideologischer Kahlschlag. Die Muster kennen wir: Man beruft sich auf das Eigene, um Vielfalt zu delegitimieren. Man spricht von Tradition, um Zukunft zu verhindern. Man redet von Bürgerkultur und meint damit Ausgrenzung. Wir aber sagen: Niedersachsen ist stark, weil es vielfältig ist, weil es Schlösser und Soziokulturzentren gibt, weil es Museen und Festivals auf dem Land gibt, weil unser kulturelles Leben ein Mosaik ist, und jedes Teilchen gehört dazu.

(Beifall bei der CDU, bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Wer Steine aus diesem Bild herausbricht, zerstört das Ganze.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen Abgeordnete, dieser Antrag ist ein Angriff auf unsere kulturelle Infrastruktur. Er ist ein Angriff auf gelebte Demokratie, und er ist ein Angriff auf das Selbstverständnis Niedersachsens als Kulturstaat. Deshalb sage ich sehr klar: Diesem Antrag werden wir nicht zustimmen.

(Beifall bei der CDU, bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Wir stehen zu einer Kulturpolitik, die bewahren und gestalten verbindet, die Tradition ernst nimmt und gleichzeitig Offenheit fördert - eine Kulturpolitik, die nicht spaltet, sondern zusammenführt.

Niedersachsen bleibt Kulturstaat - mit Erbe und mit Zukunft, mit Vielfalt, mit Offenheit und mit Demokratie.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU, bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Marcus Bosse:

Die nächste Wortmeldung: aus der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen die Kollegin Eva Viehoff.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Eva Viehoff (GRÜNE):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Unsere Kultur in Niedersachsen ist bunt und vielfältig. Das Land fördert Kultur nach seinen Möglichkeiten in dieser Breite. Gerade die Soziokultur ist mehr als Kultur. Soziokultur ist Teilhabe und Zugang unabhängig von Herkunft, Alter, Bildung, Geschlecht und weiteren Voraussetzungen.

(Evrim Camuz [GRÜNE]: Das ist ihnen ein Dorn im Auge!)

Die Soziokultur bietet Menschen die Möglichkeit, aktiver Teil kreativer Prozesse zu sein. Sie bildet Erfahrungsräume für Demokratie, Teilhabe und Selbstwirksamkeit, für Resilienz und Zusammenhalt und für neue Perspektiven. Sie ist ein zentraler Baustein für eine gelingende Demokratie.

(Beifall bei den GRÜNEN, bei der SPD und bei der CDU)

Das alles, was die Soziokultur ausmacht, ist das genaue Gegenteil von dem, was die AfD hier und eigentlich immer will. Deshalb scheint der AfD - und nur der AfD - die Soziokultur ein Dorn im Auge zu sein.

Denn Sie hätten ja gegebenenfalls - Herr Prange hat schon darauf hingewiesen - mal bei Ihren hochgelobten Landschaften nachfragen können, ob die Ihre Hilfe überhaupt brauchen. Ehrlicherweise nein, sie brauchen sie überhaupt nicht. Die Landschaften und Landschaftsverbände in Niedersachsen arbeiten mit der Soziokultur zusammen, und zwar in der Tradition und in der Moderne mit einem Kulturbegriff, der zurückschaut, der aber auch nach vorne in die Zukunft schaut. Das macht die Landschaften und Landschaftsverbände in Niedersachsen aus. Sie fördern ländliche Kultur in ihrer gesamten Breite und nicht nur eingeschränkt für das, was der AfD gerade gefällt.

(Beifall bei den GRÜNEN, bei der SPD und bei der CDU)

Deshalb offenbart dieser Antrag sehr deutlich, dass nicht wir, sondern Sie Kunst und Kultur für Ihre politischen Zwecke instrumentalisieren wollen und sich um die Kunstfreiheit nicht einen Deut scheren.

Deshalb bleibt es zu hoffen, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass dieser Antrag so schnell wie möglich in der Versenkung verschwindet.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN, bei der SPD und vereinzelt bei der CDU)

Vizepräsident Marcus Bosse:

Weitere Wortmeldungen liegen uns zu diesem Tagesordnungspunkt nicht vor. Damit ist die Beratung abgeschlossen. Wir kommen somit zur Ausschussüberweisung.

Federführend soll der Ausschuss für Wissenschaft und Kultur sein und mitberatend der Ausschuss für Haushalt und Finanzen. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Ich frage trotzdem nach Gegenstimmen. - Enthaltungen? - Das war einstimmig. Vielen Dank.

Wir kommen zu:

Tagesordnungspunkt 43:

Erste Beratung:

Einführung einer effektiven Informations- und Beratungspflicht der Kita zu Inhalt, Ziel und Umsetzung ihres Konzepts zur Sexualpädagogik -Antrag der Fraktion der AfD - Drs. 19/8217

Zur Einbringung hat sich der Abgeordnete Rykena aus der AfD-Fraktion gemeldet. Bitte schön!

(Beifall bei der AfD)

Harm Rykena (AfD):

Vielen Dank. - Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Ole kam völlig verstört nach Hause, wollte nicht reden, wollte nichts essen, wollte niemanden sehen. Am nächsten Tag wollte er nicht in den Kindergarten, schrie und klammerte sich an der Tür fest. Auf Berührung der Mutter, die ihn in den Arm nehmen wollte, reagierte er mit Abwehr. Erst nach Tagen erzählte er, was passiert war: Ein Mann war im Kindergarten zu ihm gekommen, hatte unter

seine Kleidung gefasst und hatte schließlich seinen Penis in Oles Poloch gesteckt.

Diese Geschichte ist natürlich ausgedacht.

(Colette Thiemann [CDU]: Wie immer bei euch!)

Aber so ähnlich ist es in Deutschland mehrfach passiert, nachweisbar, auch in Niedersachsen. Die wenigen öffentlich bekannt gewordenen Fälle wurden verfolgt, die Täter nach der Tat von der Kita entfernt und auch bestraft.

Wie häufig kommt so etwas nun vor? Das ist schwierig zu sagen. Für Niedersachsen wurden laut Presseveröffentlichung allein für das Jahr 2022 sage und schreibe 27 Fälle von sexuellen Übergriffen durch Kita-Personal gemeldet. Dabei ist die Dunkelziffer hoch. Schätzungen zufolge könnte die tatsächliche Zahl der Fälle von sexuellem Missbrauch an Kindern in Deutschland zehn- bis hundertfach höher sein, als es die Zahlen der in der PKS erfassten Fälle ausweisen.

Unser Antrag ist die dringend notwendige Antwort auf diese alarmierenden Entwicklungen. Sexualerziehung ist eine äußerst sensibel umzusetzende Materie. Aus diesem Grunde wurde unter § 96 des Niedersächsischen Schulgesetzes extra der Absatz 4 eingeführt, um die Informationsrechte der Eltern und die Informationspflichten der Schulen festzuschreiben. Ähnliches wünschen wir uns für die Kindertagesstätten. Da gibt es das nämlich nicht.

Wir fordern daher eine Erweiterung des Niedersächsischen Gesetzes für Kindertagesstätten, um die elterlichen Rechte nach Artikel 6 Abs. 2 des Grundgesetzes zu stärken, nämlich das natürliche Recht und die Pflicht der Eltern zur Pflege und Erziehung ihrer Kinder.

Lassen Sie uns direkt zum Kern kommen. Seit 2012 haben alle Kindertagesstätten in Niedersachsen ein Kinderschutzkonzept zu erstellen, das auch sexualpädagogische Aspekte integriert. Als verpflichtende Grundlage für diese Konzepte dient einerseits der Orientierungsplan für Bildung und Erziehung im Elementarbereich, herausgegeben vom Niedersächsischen Kultusministerium. Im Bereich Persönlichkeitsentwicklung und soziales Lernen wird die psychosexuelle Entwicklung von Kindern angesprochen mit Fokus auf Körperwahrnehmung, Grenzen setzen, Schutz vor Übergriffen. So weit, so gut.

Eine weitere Grundlage für die Kinderschutzkonzepte sind die Standards für die Sexualaufklärung in Europa, herausgegeben von der Bundeszentrale

für gesundheitliche Aufklärung in Kooperation mit der WHO - ein sehr sperriger Titel; deswegen werde ich das um der Kürze willen ab jetzt als "BZgA-Standards" bezeichnen. Die Verwendung ist freiwillig, aber sie ist erlaubt, und viele Kitas in Niedersachsen nutzen diese auch bei der Erstellung ihrer einrichtungseigenen Konzepte. Wie viele das genau tun, weiß die Landesregierung selber nicht, wie sich auf unsere Nachfrage herausstellte.

Laut diesen BZgA-Standards wird Sexualpädagogik als Schutz vor Übergriffen formuliert - doch nichts könnte falscher sein! Tatsächlich sind diese Standards zur Sexualaufklärung ein ideologischer Angriff auf die natürliche Entwicklung unserer Kinder.

(Evrim Camuz [GRÜNE]: Das ist so ein Unsinn! Ehrlich!)

Die BZgA-Standards empfehlen bereits ab dem Alter von 0 bis 4 Jahren Kindern Themen wie Vergnügen und Lust beim Berühren des eigenen Körpers und die Entdeckung der eigenen Genitalien nahezubringen. Sie fördern, und zwar an der Kita, Doktorspiele als angeblich normales Verhalten

(Evrim Camuz [GRÜNE]: Bla, bla, bla!)

und zielen auf eine positive Haltung zum eigenen Körper ab - die in Wahrheit die natürliche Schamschwelle unserer Kinder absenkt.

Kinder, die früh sexualisiert werden, lernen nicht, Grenzen zu setzen. Im Gegenteil!

(Kirsikka Lansmann [SPD]: Doch, genau das lernen sie! Darum geht es: Grenzen zu setzen! - Eva Viehoff [GRÜNE]: Genau das Gegenteil! - Weitere Zurufe von den GRÜNEN)

Sie werden desensibilisiert, ihre Instinkte werden unterdrückt. Und was ist das Ergebnis? Sexualisierte Kinder besitzen eine niedrigere Schamschwelle und sind somit besonders gefährdet, Opfer sexueller Übergriffe zu werden.

(Beifall bei der AfD)

Studien und Expertenberichte, die wir in unserer Begründung zitieren, bestätigen: Solche Konzepte, inspiriert von fragwürdigen Theorien wie der "Sexualpädagogik der Vielfalt" von Helmut Kentler und Uwe Sielert, öffnen die Türen für Missbrauch, statt ihn zu verhindern.

Noch schockierender ist die Rolle externer Akteure. Die BZgA-Standards fordern explizit Kooperation mit Nichtregierungsorganisationen, religiösen Gruppen und anderen externen Vereinen, die in Kitas

eintreten und Körpererfahrungsspiele mit unseren Kindern durchführen dürfen. Wer überprüft diese Personen?

(Volker Bajus [GRÜNE]: Zum Glück nicht die AfD!)

Nein, unsere Kitas müssen Orte des Schutzes sein, nicht Experimentierfelder für ideologische Vereine von außen.

(Beifall bei der AfD - Kirsikka Lansmann [SPD]: Was Sie da alles sagen - unglaublich, ungeheuerlich!)

Eltern werden systematisch ausgeschlossen, während Fremde Zugang zu den sensibelsten Bereichen der kindlichen Entwicklung erhalten.

(Volker Bajus [GRÜNE]: Das ist doch überhaupt nicht wahr! - Glocke des Präsidenten)

Das verstößt gegen das elterliche Erziehungsprimat und öffnet Missbrauch Tür und Tor.

Eltern müssen wissen, wenn an der Kita unserer Kinder Räume für Doktorspiele eingeführt werden sollen. Sie müssen bei der Anmeldung an der Kita darauf hingewiesen werden, sollten solche Räume bereits aus früheren Jahren bestehen. Ohne Kenntnis der Eltern darf es keine diesbezüglichen Aktivitäten an der Kita geben.

Vizepräsident Marcus Bosse:

Herr Rykena, bitte letzter Satz!

Harm Rykena (AfD):

Ja, letzter Satz.

(Evrim Camuz [GRÜNE]: Jeder Satz ist einer zu viel!)

Nur wenn unbedingte Offenheit und unbedingtes Vertrauen zwischen Einrichtung und Elternhaus bestehen, kann ein sicheres Umfeld für unsere Kinder gewährleistet werden.

Ich möchte Sie bitten, unseren Antrag zu unterstützen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsident Marcus Bosse:

Die nächste Wortmeldung: aus der Fraktion der SPD die Kollegin Karola Margraf.

(Beifall bei der SPD)

Karola Margraf (SPD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Versorgung von Kindern und Jugendlichen mit hochwertigen pädagogischen Angeboten war und ist ein zentrales Ziel der SPD Niedersachsen. Diese Versorgung fördert die Entwicklung der künftigen Generationen und stärkt die Chancen von jedem und jeder, entsprechende Bildung zu erhalten und erleben zu dürfen. Besonders profitiert die Gleichstellung der Geschlechter von den in den letzten Jahren ausgebauten Betreuungsangeboten in der Kita oder im Ganztagsbereich der Schule.

(Vizepräsidentin Barbara Otte-Kinast übernimmt den Vorsitz)

Frauen stemmen bis heute den Großteil der familiären Care-Arbeit. Der Ausbau unterstützt diese Frauen und schafft notwendige Freiräume. Eine qualitativ hochwertige Bildungsarbeit mit pädagogisch exzellent qualifiziertem Personal für alle Kinder und Jugendlichen bleibt daher das Ziel der SPD und dieser Landesregierung.

> (Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

Heute können wir sagen, dass Tausende Kinder und Jugendliche und mit ihnen ebenso viele Familien von dieser Bildungsexpansion profitiert haben. Ich bedanke mich bei den Zigtausenden Mitarbeitenden, die sich täglich in Krippen und Kitas, Grundund weiterführenden Schulen dafür einsetzen, dass unsere Kinder die bestmögliche Bildung erhalten.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

Im Zuge des stetigen Ausbaus der Bildungsangebote in Niedersachsen hat der Landtag immer wieder wegweisende Beschlüsse gefasst. Zuletzt waren es der kostenfreie Besuch des Kindergartens, die dritte Kraft in Kita-Gruppen oder der Ausbau des Ganztags an Grundschulen. Das Parlament hat die Rahmenbedingungen und die Finanzierung der Bildungsangebote beraten und beschlossen.

Was dem Parlament allerdings nicht obliegt, ist, jeder einzelnen Bildungseinrichtung vorzuschreiben, wie sie ihre Arbeit inhaltlich im Detail auszugestalten hat. In Anbetracht von ca. 6 000 Kindertagesstätten in Niedersachsen wäre dieser Versuch auch mehr als vermessen. Es ist das pädagogische Personal, das vor Ort mithilfe der Behörden sein jewei-

liges Konzept ausarbeitet. Die Expertinnen und Experten in Kita und Schulleitung machen hierbei landauf und landab großartige Arbeit.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

Die Vielfalt der Konzepte ist dabei kein unkoordiniertes Durcheinander, sondern spiegelt die Vielfalt der Lebensrealitäten, der baulichen Bedingungen und der pädagogischen Überzeugungen der Mitarbeitenden und Eltern vor Ort wider. Die Standards für alle Bildungseinrichtungen sind dabei gut ausgearbeitet und werden laufend überprüft und angepasst.

Die AfD offenbart mit diesem Antrag einmal mehr ihren Kontrollzwang, den sie für ihr autoritär-rückwärtsgewandtes Gesellschaftsbild benötigt.

> (Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

Die AfD hat in verschiedenen Anfragen und Anträgen bereits gezeigt, dass sie kein Interesse an einer vielfältigen Bildungslandschaft hat, die mündige Kinder und Jugendliche ermächtigt, eigene Positionen zu beziehen und ihre eigenen Lebensentwürfe frei auszuleben. Aber das sollte ja niemanden mehr überraschen.

In einem Interview in der Süddeutschen Zeitung weist Herr Professor Dr. Fuß, Direktor am Institut für Forensische Psychiatrie und Sexualforschung der Uni Duisburg-Essen, darauf hin, wie wichtig es ist, dass Kinder schon früh ein Verständnis für Sexualität entwickeln. Sie müssen begreifen, dass sie eine Grenze setzen dürfen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

Sexualerziehung wird oft als Frühsexualisierung kritisiert. Das ist falsch, denn ausgerechnet die Tabuisierung der Sexualität begünstigt sexuelle Gewalt.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

Wenn Kinder keine Worte dafür finden, was mit ihnen geschieht, verstummen sie. Das macht sie zu leichten Opfern.

(Beifall bei der SPD, bei den GRÜNEN und von Christian Fühner [CDU])

Bereits im Jahr 2020 diagnostizierte eine Studie der Universität Hamburg der AfD, Kinder und Jugendliche in eine Strategie in Richtung einer autoritär-nationalistisch verfassten Gesellschaft einzubinden.

Bereits damals pickte sich die AfD absolute Einzelfälle heraus und leitete davon eine angstgetriebene Hetzkampagne ab.

Dieses Muster hat sich seitdem weiter ins Extreme entwickelt. Die AfD will, wie es autoritär denkende Parteien weltweit machen, die Bildung polemisieren und politisieren, um ihr Weltbild von klein auf zu etablieren. Das dürfen alle demokratischen Parteien nicht zulassen.

(Beifall bei der SPD, bei den GRÜNEN und von Christian Fühner [CDU])

Und auch in ihrem neuesten Versuch, Angst und Hetze in der Gesellschaft zu verbreiten, beziehen sie sich auf einen Einzelfall, der medial hochgespielt wurde.

In den ca. 6 000 niedersächsischen Kindertagesstätten machen sich Erzieherinnen und Erzieher, Eltern, Behörden und externe Fachleute jeden Tag Gedanken, wie Kinder sich sicher und geschützt entfalten und entwickeln können. Die inhaltliche Ausrichtung obliegt der Expertise der Verantwortlichen vor Ort. In den seltenen Fällen, in denen die Verantwortlichen vor Ort nicht einer Meinung sind oder das Wohl der Kinder infrage gestellt ist, begleiten Behörden die Kitas und lösen das Problem. Kinderwohlgefährdungen werden, wo sie auftreten, von den Jugendämtern aufgeklärt. Auf die Rettung durch autoritäre Pläne der AfD in Niedersachsen wartet niemand!

(Beifall bei der SPD, bei den GRÜNEN und von Christian Fühner [CDU])

Wir stehen fest an der Seite aller Kindertagesstätten in Niedersachsen. Wir werden nicht zulassen, dass die AfD unsere Bildungseinrichtungen polemisiert und spaltet. Wir werden ihren Versuchen, die freiheitliche demokratische Grundordnung anzugreifen, mit voller Entschlossenheit entgegenstehen. Wir werden auch künftig dafür sorgen, dass allen Kindern qualitative, kostenfreie und freiheitliche Bildung zugutekommen wird.

Danke schön.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

Vizepräsidentin Barbara Otte-Kinast:

Vielen Dank, Frau Kollegin Margraf. - Auf Ihren Redebeitrag gibt es eine Kurzintervention des Kollegen Rykena. Bitte sehr!

(Beifall bei der AfD)

Harm Rykena (AfD):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Liebe Kollegin, Sie haben der AfD Kontrollzwang vorgeworfen. Wir fordern in diesem Antrag nichts weiter, als dass die Eltern informiert werden. Was, bitte schön, wollen wir da kontrollieren? Im Gegenteil: Sie wollen Transparenz an den Kitas unterbinden,

(Beifall bei der AfD)

Sie wollen nicht, dass die Eltern erfahren, was an der Kita passiert.

Des Weiteren haben Sie gesagt, wir würden uns Einzelfälle heraussuchen. Ich habe gerade eben ausgeführt: Allein für das Jahr 2022 sind 27 Fälle sexuellen Missbrauchs durch Kita-Personal bekannt geworden. Sind das Einzelfälle? - Erstens. Zweitens. Jeder Einzelfall ist ein zerstörtes Leben. Das ist Ihnen offensichtlich egal.

(Beifall bei der AfD - Volker Bajus [GRÜNE]: Unglaublich! Was für eine Frechheit!)

Vizepräsidentin Barbara Otte-Kinast:

Die Kollegin Margraf möchte erwidern. Bitte! Auch Sie haben anderthalb Minuten.

Karola Margraf (SPD):

Frau Präsidentin! Herr Rykena, Sie haben vor ungefähr einem Jahr eine Kleine Anfrage zur schriftlichen Beantwortung an die Landesregierung gerichtet, mit genau diesen Themen. Dort sind Sie detailliert informiert worden, wie die Situation ist, wie Konzepte entwickelt werden, wie die Eltern eingebunden werden. Natürlich führen Eltern, die sich eine Kita aussuchen, mit den Kitas Gespräche und werden auch über die Konzepte der Kita informiert. Das haben Sie alles bekommen. Die Antworten liegen Ihnen bereits vor.

(Thore Güldner [SPD]: Nicht gelesen!)

Natürlich ist jeder Einzelfall furchtbar. Deswegen ist es ganz wichtig, dass Kinder verstehen: Was bedeutet es eigentlich, wenn mich jemand anfasst? Darf ich auch sagen: "Nein, ich will das nicht"?

(Volker Bajus [GRÜNE]: So ist es!)

Ich habe auf die Studie und auf den Professor hingewiesen. Das sind ja Erhebungen, die ich mir nicht ausgedacht habe.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

Vizepräsidentin Barbara Otte-Kinast:

Vielen Dank. - Von der Fraktion der CDU hat nun das Wort: der Kollege Fühner. Bitte schön!

(Beifall bei der CDU)

Christian Fühner (CDU):

Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Es ist immer gut, wenn wir in diesem Landtag über Kinderschutz sprechen. Wenn ich mir Ihren Antrag so durchlese, muss ich grundsätzlich sagen: Es wäre gut, wenn wir öfter mal priorisieren würden, wie wichtig Bildungspolitik in diesem Land ist, wie wichtig es ist, Bildung zu genießen. Ich würde angesichts dessen, Herr Rykena, was Sie hier von sich gegeben haben und was im Antrag steht, auch fachlich - ich werde das gleich noch ein bisschen einsortieren – sagen: Ihnen hätte ein bisschen Bildung an dieser Stelle auch nicht geschadet.

(Beifall bei der CDU, bei der SPD und bei den GRÜNEN - Zuruf von der AfD: Wie schlecht ist das denn? Junge, Junge!)

Ich erkläre Ihnen das gleich.

Ich würde mal sagen, es ist gut, sich intensiv mit dem Thema auseinanderzusetzen. Herr Kollege Holsten hat gestern unseren Antrag "Kinderschutz neu denken" eingebracht. Hier ist keiner, der alles schönredet, weil wir wissen, dass im Kinderschutz noch einiges verbessert werden kann. Wir sagen, dass Kinderschutzzentren ausgebaut werden müssen, damit Kinder und Familien in Not schnelle und professionelle Hilfe bekommen. Es braucht verbindliche Schutzkonzepte an Schulen und Kitas, natürlich auch gegen sexualisierte Gewalt, um da vorbeugen zu können. Wir brauchen Konzepte, die sitzen, Konzepte, die schützen, Konzepte, die mit Leben gefüllt werden.

Wir wollen frühe Hilfen und Babylotsen stärken, damit Familien schon von Geburt an eng begleitet werden können. Wir wollen Kinderschutz in die Ausbildung unserer Erzieherinnen und Erzieher und unserer Lehrkräfte noch stärker integrieren, damit alle Beteiligten kompetent handeln können. Wir wollen, dass sich das Landesjugendamt auch mit den Konzepten befasst, dass auch klar ist, welche Rahmenbedingungen in den Kitas gelten. Und wir wollen, dass die Umsetzung dieser Konzepte engmaschig durch gut ausgebildete Fachberaterinnen und Fachberater weiter gestärkt wird.

Das sind Bausteine eines wirksamen Kinderschutzes. Aber, Herr Rykena - das gilt übrigens auch für Frau Behrendt, die hier im Parlament ja schon ähnliche Reden gehalten hat -, es geht um Prävention, es geht um klare Strukturen, es geht um starke Fachkräfte, um echte Unterstützung. Es geht darum, Kindern beizubringen, Nein zu sagen, Kinder stark zu machen.

(Beifall bei der CDU, bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Von Ihnen habe ich zu all diesen Themen noch nie etwas gehört - noch nie!

(Beifall bei der CDU, bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Ihr Antrag, den Sie jetzt ins Parlament gebracht haben, gibt vor, den Kinderschutz im Blick zu haben. In Wahrheit ist dieser gesamte Antrag - sehr, sehr dünn geschrieben - nichts anderes als ein Dokument des Misstrauens: des Misstrauens gegenüber den Kitas, des Misstrauens gegenüber den Fachkräften, des Misstrauens am Ende auch gegenüber den Eltern.

Aber Ihr Antrag ist nicht nur einfach schlecht geschrieben, er ist auch völlig substanzlos. Denn Fakt ist: Elternarbeit und Mitsprache sind längst gesetzlich abgesichert, Herr Rykena. Wenn Sie Ihre Arbeit einmal ordentlich machen würden, dann würden Sie auch mal die Gesetze durchlesen, die Sie hier nicht zitiert haben: SGB VIII § 1, § 5, § 9, § 22, § 22a, niedersächsisches Kitagesetz § 4, § 16 Abs. 4.

Die AfD tut so, als hätten die Eltern in diesem Land keine Mitspracherechte, als hätten die Kitas keine Informationspflichten. Sie können all die Paragrafen - das wird alles sauber im Protokoll notiert - mal nachlesen. Herr Rykena, machen Sie endlich mal Ihre Arbeit! Das, was Sie hier vorgelegt haben, ist wirklich substanzlos.

(Beifall bei der CDU, bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Das ist der erste Fehler in Ihrem Antrag.

Der zweite Fehler: Es ist völlig klar, Kinderschutz ist rechtlich bindend. Kinder haben das Recht, in einer respektvollen, vorurteilsfreien Umgebung aufzuwachsen. Dafür müssen Kita-Konzepte vorgelegt werden. Das sind auch nicht irgendwelche geheimnisvollen Papiere, wie Sie hier suggerieren. Sie sprechen hier von "willigen Vollstreckern". Allein diese Wortwahl, Erzieher als "willige Vollstrecker" zu bezeichnen, zeigt die ganze Absurdität, mit der Sie diese Debatte führen.

(Beifall bei der CDU, bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Nun hat Herr Rykena gerade das Thema Transparenz angesprochen. Die AfD ist jetzt eine Partei, die mit Transparenz gesegnet ist? Sie sind die Partei, die ihre Parteitage verhüllt, die Journalisten auslädt, die immer irgendwelche Geheimtreffen plant. Tun Sie nicht so, als würden Sie für Transparenz einstehen. Sie sind genau das Gegenteil von einer Partei, die Transparenz lebt!

(Beifall bei der CDU, bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Ich finde - das sage ich Ihnen in aller Klarheit, das müssen die Menschen in diesem Land wissen -: Das, was Sie hier von sich gegeben haben, Herr Rykena, ist grober Unfug gewesen. Sie stellen im Ausschuss nicht einen einzigen Antrag, Sie arbeiten überhaupt nicht mit, Sie stellen nur Fragen, die überhaupt nicht zur Sache gehören. Die Bildungspolitik in diesem Land ist Ihnen bisher völlig egal gewesen. In den letzten drei Jahren ist im Kultusausschuss, in der Bildungspolitik nichts von Ihnen gekommen.

(Zuruf von der SPD: Genau so ist es!)

Jetzt kommen zwar mal Anträge, aber die sind fachlich so was von schlecht und inhaltlich erschreckend dünn.

Ich sage es auch ganz ehrlich: Sie spielen sich hier in diesem Parlament auf, als seien Sie die obersten Kinderschützer. Die Wahrheit ist erstens, dass Sie Ihre Arbeit nicht anständig machen, zweitens, dass die Anträge, die Sie vorlegen, inhaltlich und fachlich völlig falsch, völlig schlecht sind und dass Sie überhaupt nicht wissen, was Kinderschutz wirklich bedeutet, wie Kinderschutz auszusehen hat. Sie kennen nicht mal die Gesetze. Es ist ein wirkliches Armutszeugnis, wie Sie hier im Parlament agieren, Herr Rykena.

(Beifall bei der CDU, bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Dann picken Sie sich einzelne Fälle heraus wie das Thema AWO-Kita. Ich stelle mal die Frage: Wer hat sich denn im Ausschuss mit diesem Thema beschäftigt? Von der AfD habe ich dazu überhaupt nichts gehört. Wir haben uns dazu unterrichten lassen, wir haben den Antrag eingebracht. Das Ministerium hat dargelegt, wie diese Situation zu behandeln ist. Die Behörden haben ihre Arbeit gemacht.

Das ist seriöse Parlamentsarbeit, aber das haben Sie noch nie gehört. Sie leisten hier seit drei Jahren

keine seriöse Parlamentsarbeit, Sie nutzen nicht die Möglichkeiten des Parlaments, sondern nur dieses Rednerpult für Ihre merkwürdigen TikTok-Videos, um Ängste in dieser Gesellschaft zu schüren. Das ist eine Masche, die Sie hier betreiben. Und das auch noch mit Kinderschutz zu machen, ist perfide - in aller Klarheit!

(Beifall bei der CDU, bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Nein, Herr Rykena, nein, Sie sind keine Kinderschützer, Sie sind auch keine konservative Partei. Die Reden, die Sie hier zu diesem Thema halten, und Ihre Beiträge zeigen, wie perfide Sie sind. Sie sind weit weg von solider Arbeit.

Wir als Christdemokraten stehen ganz klar für Kinderschutz, der stärkt, der schützt, der Kinder respektiert. Wir stehen für Aufklärung statt Verschweigen, für Vertrauen statt Misstrauen und für Vielfalt statt Ausgrenzung.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU, bei der SPD und bei den GRÜNEN - Eike Holsten [CDU]: Bravo!)

Vizepräsidentin Barbara Otte-Kinast:

Vielen Dank, Herr Kollege Fühner. - Auf Ihren Redebeitrag gibt es eine Kurzintervention des Kollegen Rykena. Bitte sehr!

(Beifall bei der AfD - Wiard Siebels [SPD]: Er will sich entschuldigen!)

Harm Rykena (AfD):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Herr Fühner, es ist schon interessant, dass Sie in Ihrer Rede nur ganz wenige inhaltliche Punkte aufgreifen und zum größten Teil persönliche Angriffe nötig haben, auch noch gespickt mit zahlreichen Unwahrheiten. Ich glaube, da spricht der Frust über Ihre sinkenden Umfrageergebnisse und unseren Erfolg aus Ihrer Seele.

(Beifall bei der AfD)

Als Nächstes zu Ihren Kinderschutzkonzepten: Ja, Ihr Antrag ist sehr umfangreich und führt etliche Punkte auf. Aber Sie vergessen eines: Ihre Kinderschutzkonzepte füllen Regalmeter von Papier. Es steht alles auf dem Papier - ob das gelebt wird, steht auf einem anderen Blatt.

Bei unserem Ansatz geht es um eine ganz klare Forderung, die viel verbessern würde, nämlich einfach nur nach einer Informationspflicht – Pflicht! - den Eltern gegenüber. Und das lehnen Sie ab

(Zuruf von der SPD: Man merkt, Sie haben gar keine Ahnung!)

Wir nehmen das zur Kenntnis.

Nächster Punkt: Wir haben kein Misstrauen gegenüber allen Kitas, aber wir haben Misstrauen - - -

(Wiard Siebels [SPD]: Ach, nein?)

- Hören Sie mir zu, hören Sie mir bitte zu!

(Wiard Siebels [SPD]: Niemals! Sie säen doch kein Misstrauen! Nie! - Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Vizepräsidentin Barbara Otte-Kinast:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Herr Rykena hat das Wort, und der Rest hört bitte zu!

Harm Rykena (AfD):

Wir haben kein Misstrauen gegenüber allen Kitas. Wir haben Misstrauen gegenüber einigen Kitas. Wie viele das sind, wissen wir nicht.

(Volker Bajus [GRÜNE]: Weil ihr gar nichts wisst! - Zuruf von der SPD: Also doch Misstrauen!)

Wie viele das sind, weiß auch die Landesregierung nicht, wie wir erfragt haben.

(Zuruf von der AfD: Ach so!)

Genau das ist der Punkt. Hier geht es einfach um eine Informationspflicht, die, nebenbei, die Schulen auch haben. Die halten das aus, und da geht das. Eine solche Informationspflicht hätten wir gerne auch bei den Kitas.

Und da helfen offensichtlich auch Ihre ganzen Paragrafen nicht, Herr Fühner.

(Beifall bei der AfD - Christian Fühner [CDU]: Die können Sie alle nachlesen!)

Denn offensichtlich informieren nicht alle Kitas über ihr sexualpädagogisches Konzept,

(Zuruf von der SPD: Woher wissen Sie das denn?)

informieren nicht bei jedem Jahrgang, der neu an die Kindergärten kommt, darüber, was in diesem Bereich passiert. Und nur das fordern wir in diesem Antrag!

Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsidentin Barbara Otte-Kinast:

Ich schaue mal zu dem Kollegen Fühner herüber. Es sieht so aus, als würde er anderthalb Minuten erwidern wollen. Bitte schön!

> (Stephan Bothe [AfD]: Das ist ja wie beim Parteitag der Jungen Union! -Heiterkeit bei der AfD - Gegenruf von der CDU: Hört mal zu! Ihr könnt hier noch etwas lernen!)

Christian Fühner (CDU):

Danke, Frau Präsidentin. - Herr Bothe, der Zwischenruf zeigt einfach, dass Sie, wenn man getroffen hat und hier mal die Wahrheit ausgesprochen wird, ganz schlecht damit umgehen können. Aber lassen wir das beiseite.

(Beifall bei der CDU und von Lena Nzume [GRÜNE])

Herr Rykena, bleiben wir fachlich!

(Zuruf von der AfD: Jetzt!)

Ich habe Ihnen die Paragrafen aufgezählt, damit Sie sie vielleicht heute Nachmittag oder über das Wochenende mal in Ruhe nachlesen können, um ein Gefühl dafür zu bekommen, wie die Rechtslage in diesem Bereich ist.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD)

Wir reden über Elternbeteiligung und Informationspflichten, die es auch im niedersächsischen Kita-Gesetz gibt. § 16 Abs. 4 regelt klar, dass die Elternbeiräte informiert werden. Jetzt sagen Sie: Das sind nicht alle Eltern, sondern nur der Elternbeirat. Der Elternbeirat ist das gewählte Gremium und die Elternvertretung aller Eltern der Kita-Kinder! Aber dass Sie mit Gremien, die demokratisch gewählt worden sind, wahrscheinlich zu wenig anfangen können, weil Ihre Vertretungen nicht dort hineingewählt werden, sagt auch etwas aus.

(Klaus Wichmann [AfD]: Gibt es eine Weitergabepflicht? - Harm Rykena [AfD]: Langweilig!)

Es ist gesetzlich klar geregelt, Herr Rykena, dass Eltern auch Rechte haben, an pädagogischen Konzepten mitzuarbeiten, dass es Informationspflichten gibt, die Eltern einzubeziehen. Aber das, was Sie hier von sich geben, zeugt davon, dass Sie wahrscheinlich noch nicht ein einziges Mal mit einer Kita-Leitung gesprochen haben. Und dann hier wieder solche Reden halten!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fachlich sind Sie auf dem falschen Weg. Lesen Sie es nach! Machen Sie Ihre Arbeit ordentlich!

(Beifall bei der CDU, bei der SPD und bei den GRÜNEN - Klaus Wichmann [AfD]: Sie reden am Thema vorbei!)

Vizepräsidentin Barbara Otte-Kinast:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben einen weiteren Redner zu diesem Tagesordnungspunkt: aus der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen der Kollege Mennen. Bitte sehr!

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Pascal Mennen (GRÜNE):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Abgeordnete! Ich mache mir bei den Sachen, die die AfD in diesen politischen Betrieb spült, tatsächlich die Mühe, sie verstehen zu wollen. Das ist nicht immer leicht.

Hören Sie doch mal selbst! Ich zitiere aus dem Antrag:

"Die genannten Gründe sind unseres Erachtens hinreichend dafür, jene Intransparenz bzw. sachliche Inadäquatheit durch gesetzliche Normierung einer effektiven Informations- und Beratungspflicht sowie eingeräumte Mitwirkungsrechte seitens der KiTa gegenüber den Erziehungsberechtigten in jeder Phase des Prozesses von der Konzeption bis zur Umsetzung sexualpädagogischer Dienstleistungen zu beseitigen."

(Volker Bajus [GRÜNE]: Auweia!)

Aha!

Gleichzeitig bringt Herr Rykena den Antrag ein, indem er freudig Fakten zusammenfantasiert - das hat er selbst zugegeben -, einmal kräftig umrührt und seinen Hass über alles ergießt. Soll das jemand verstehen? Ich denke nicht.

Es geht Ihnen nur um Verunsicherung. Sie versuchen krampfhaft, den Gedanken, dass irgendetwas Schlimmes passieren könnte, zu sehen, Expertise dort, wo sie existiert, abzusprechen und Eltern auf die Barrikaden zu bringen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD - Volker Bajus [GRÜNE]: Unverschämt!)

Sie blicken dabei mit einer staubverklebten Brille der Jahre 1933 ff. auf unsere Gesellschaft.

(Unruhe bei der AfD)

Das gilt für Ihr Demokratieunverständnis, das gilt für Ihr Familienbild, das gilt für Ihr Frauenbild, das gilt für Ihr Gesellschaftsbild in Gänze, und das gilt im Speziellen ganz offensichtlich für Ihre Sicht auf sexualpädagogische Fragen. Denn den Einrichtungen geht es darum, dass Kinder ihren Körper mit seinen Grenzen kennenlernen und eine Sprache dafür finden, auch und gerade, um Nein sagen zu können. Das ist total wichtig.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Dieses Mal schwurbeln Sie sich auch noch durch die Wissenschaftsszene des vergangenen Jahrhunderts. Das ist wirklich billiges Namedropping, das keinem seriösen Anspruch genügt - das lernt man irgendwann in der 9. Klasse.

Nun ist es bekanntermaßen so: Wer keine Themen, keine Inhalte und keine Ahnung hat, der macht sich mit Sex interessant. Das klickt und erregt digital.

(Sebastian Zinke [SPD]: Das wissen die bei der *Bild-*Zeitung schon viele Jahrzehnte! - Volker Bajus [GRÜNE]: Da freut sich Frau Behrendt! Da ist wer getroffen, ne?)

Die Zahl Ihrer bildungspolitischen Anträge ist allgemein gering, um es mal freundlich zu formulieren; ich brauche für das Zählen nicht mal eine Hand. Die Zahl von Parlamentsinitiativen, in denen es um Sex geht, ist dafür umso größer. Ich habe nachgezählt: Mit diesem Antrag lande ich bei insgesamt 27, und da sind Ihre ganzen Gender-Gaga-Gedanken, -Anträge und -Anfragen noch gar nicht eingerechnet.

Das lässt für mich nur noch einen Schluss zu, der ziemlich bitter ist: Sie sind nicht nur in Teilen gesichert rechtsextrem, Sie sind auch sexextrem.

> (Heiterkeit und Beifall bei den GRÜ-NEN und bei der SPD - Klaus Wichmann [AfD]: Schließen Sie nicht von sich auf andere, Herr Kollege!)

Sexextremismus ist das neue spezielle AfD-Problem.

Sehr geehrte Abgeordnete, wenn ich die Probleme in unseren Bildungseinrichtungen ernsthaft verbessern möchte, dann gehe ich in die Einrichtungen, spreche mit Erzieher*innen, mit Eltern, mit den Kindern selbst, mit den Leitungen und schreibe einen

guten Antrag. An dieser Stelle sind Sie aber völlig blank.

Deshalb zum Abschluss einen Tipp: Erzieher*innen sind die Experten in Fragen der kindlichen Entwicklung.

(Stephan Bothe [AfD]: Die Eltern!)

In diesen Fragen hole ich mir logischerweise keinen Rat bei, sagen wir mal, einer Hundetherapeutin.

Danke schön.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Vizepräsidentin Barbara Otte-Kinast:

Vielen Dank, Herr Kollege Mennen. - Es gibt eine Kurzintervention der Kollegin Behrendt. Bitte schön!

(Beifall bei der AfD - Volker Bajus [GRÜNE]: Natürlich! Da freuen wir uns jetzt! - Weitere Zurufe: Oh! Nein!)

Vanessa Behrendt (AfD):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Herr Kollege Mennen, ja, Sie haben es erkannt: Wir als AfD haben tatsächlich ein Problem damit, wenn Sex mit Kindern in Zusammenhang gebracht wird. Sie als Grüne scheinbar nicht. Das haben Sie jetzt wieder ganz klar offenbart.

(Unruhe bei der SPD und bei den GRÜNEN

Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsidentin Barbara Otte-Kinast:

Der Kollege möchte noch mal. Bitte schön!

(Stephan Bothe [AfD]: Vielleicht kann auch eine Mutter von zwei Kindern dazu etwas sagen! Sie haben nicht mal Kinder! - Gegenruf von Volker Bajus [GRÜNE]: Jetzt wird es aber ganz, ganz klein! - Zurufe von der SPD und den GRÜNEN: Oh! - Unruhe)

- Verehrte Kolleginnen und Kollegen, alle Kolleginnen und Kollegen hören jetzt der Erwiderung des Kollegen Mennen auf die Kurzintervention zu. Vielen Dank.

Pascal Mennen (GRÜNE):

Ich möchte die Erwiderung nur dafür nutzen, klarzustellen, dass ich gerade gesagt habe, dass Sie in 27 Plenarinitiativen in dieser Legislatur - und dagegen stehen nicht mal fünf im Bereich Bildungspolitik - die Worte "Sex" und "Kinder" miteinander in Verbindung gebracht haben.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD - Volker Bajus [GRÜNE]: Bitte schön! Sie sind es! - Unruhe bei der AfD)

Wir haben keinen einzigen Antrag und keine Initiative in dieses Parlament gegeben, in denen das der Fall ist. Deswegen: Passen Sie auf, was Sie sagen, und gucken Sie mal auf sich selbst!

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Vizepräsidentin Barbara Otte-Kinast:

Weitere Wortmeldungen liegen zum Tagesordnungspunkt 43 nicht vor. Wir kommen nun zur Ausschussüberweisung.

Der Antrag soll in den Kultusausschuss überwiesen werden. Wer dem so folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist einstimmig.

Wir kommen zu:

Tagesordnungspunkt 44:

Erste Beratung:

Gesunde Zähne von Anfang an - zahnärztliche Vorsorge für alle Kinder in Kitas stärken - Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion der CDU und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 19/8222

Die Einbringung übernimmt der Kollege Mennen aus der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Bitte schön!

Pascal Mennen (GRÜNE):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Abgeordnete! Es freut mich, dass wir hier über einen schönen Antrag sprechen können.

Ich möchte Sie als Erstes fragen: Wissen Sie, was ein Rumpel-Besen, ein Schlürfi oder auch ein Gummikelch ist? Vielleicht wüssten Sie es, wenn es Ihnen in früher Kindheit ein Zahnarzt oder, noch besser, der Plüschdrache Gregor auf kindgerechte und freundliche Weise erklärt hätte. Gregor ist übrigens eine kleine Handpuppe, die auch bei uns im

Kultusausschuss schon einen Auftritt hatte - dazu später mehr.

Beim Thema Zahnarzt verspüren 30 % der Deutschen erst einmal Angst. Etwa 10 % - die Zahl finde ich wirklich erschreckend - bemühen sich, einen Zahnarztbesuch in ihrem Leben komplett zu vermeiden. Das sind beunruhigende Zahlen, denn die individuellen Folgen sind vielfältige Gesundheitsschäden.

Es gibt eine ganze Reihe höchst problematischer Folgeerkrankungen, die auf Probleme mit den Zähnen zurückzuführen sind, etwa sichtbare Klassiker wie Karies - logisch -, aber auch für Laien kaum erkennbare Zahnfehlstellungen, die oft fatale Auswirkungen speziell im orthopädischen Bereich haben. Das ist gerade bei Kindern im Wachstum besonders zu beachten.

Wenn wir diese Fehlentwicklungen also durch eine speziell für die Arbeit in Kitas qualifizierte Zahnärztin stoppen, dann tun wir explizit etwas Gutes für das Kindeswohl, heute und auch in Zukunft.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Jeder von uns kennt das grelle Licht, die Bohrerbatterie und auch den Behandlungsstuhl, der einen in dieser Position ein bisschen hilflos erscheinen lässt. Wir nehmen den Bammel vor dem Zahnarzt, indem er, der Zahnarzt, ganz niedrigschwellig in einem sicheren Umfeld auftritt. Das erspart zunächst genau diesen klassischen Zahnarztbesuch in einer sterilen Praxis mit ihrem ja doch ganz eigenen Charme, sage ich mal.

Die Grundlage für Angst und Folgen liegen oft in der frühen Kindheit. Denn wie sagt der Volksmund? Was Hänschen nicht mag, mag Hans nimmermehr. Das stimmt auch in diesem Fall. Und man muss auch festhalten: Die Angst vor dem Zahnarzt übertragen oft Eltern auf ihre Kinder. Deshalb ist eine niedrigschwellige Prophylaxe, zum Beispiel mit Gregor, wichtig - kommt aber oft nicht zustande, weil Eltern nicht einwilligen. Und da setzen wir zu Recht mit unserem Entschließungsantrag an.

Sehr geehrte Abgeordnete, wir hatten im rot-grünen Arbeitskreis die Zahnärztinnen und Zahnärzte des Öffentlichen Gesundheitswesens e. V. zu Besuch, die uns erklärten, dass erstens die Gruppenprophylaxe in den Kitas in Niedersachsen schon gut ausgebaut ist, zweitens leider häufig Kinder die Einverständniserklärung nicht rechtzeitig abgegeben haben und dann in der Konsequenz nicht teilnehmen durften, und drittens das häufig diejenigen Kinder

betrifft, die sozioökonomisch ohnehin schon benachteiligt sind und das größere Kariesrisiko tragen.

Natürlich haben die Zahnärzt*innen versucht, etwas dagegen zu unternehmen. Einverständniserklärungen und Datenschutzblätter wurden erklärender und in verschiedenen Sprachen formuliert. Die Rückläufe stiegen aber nur gering. Angesprochene Eltern hatten oft nicht verstanden, was bei der Prophylaxe passiert und was sie tun sollten. Sie waren fast immer nicht gegen die Teilnahme ihres Kindes.

Bei der Gruppenprophylaxe wird den Kindern erklärt, wie sie ihre Zähne gesund erhalten, die richtig putzen - Stichwort KAI-Methode - und was beim Zahnarzt oder der Zahnärztin passiert. Gut aufgeklärt wird den Kindern dann einmal kurz in den Mund geschaut, sofern sie dazu bereit sind - und das war es schon. Die Eltern bekommen dann einen kleinen Zettel, auf dem steht, ob das Kind Karies hat und ob ein Zahnarztbesuch angezeigt ist. Um mehr geht es nicht.

Das Motto "Früh erkannt, Problem gebannt" leuchtet allen ein. Auch im Ausschuss waren wir uns da recht einig. Und so ist der vorliegende Entschließungsantrag entstanden, der vor allem zum Ziel hat, dass alle Kinder an der Prophylaxe teilnehmen, Eltern aber, wenn sie das nicht möchten, widersprechen können. Wir kehren also das Prozedere, das bisher existiert, um. Wir entbürokratisieren diesen Vorgang. Wir entlasten somit die Kita-Verantwortlichen bei der Organisation der Gruppenprophylaxe.

Von daher ist dieser Antrag verantwortungsbewusst. Er ist auch medizinisch klug. Er ist organisatorisch vernünftig. Und vor allem - das muss man festhalten - ist er für die Kinder das Beste. Wir bringen hier heute wirklich etwas Gutes auf den Weg.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Und jetzt noch - damit möchte ich abschließen - die Aufklärung vom Anfang: Ein Rumpelbesen oder auch ein Gummikelch werden zur Zahnpolitur genutzt. Und Schlürfi heißt der kleine nervige Speichelsauger, den wir, glaube ich, alle kennen. Das kann Gregor den Kindern wirklich mit Abstand am besten erklären.

Von daher bitte ich um gute Ausschussberatungen und freue mich darauf.

Danke.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Vizepräsidentin Barbara Otte-Kinast:

Vielen Dank. - Für die Fraktion der CDU hat nun das Wort: die Kollegin Bauseneick. Bitte sehr!

(Beifall bei der CDU)

Anna Bauseneick (CDU):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Stellen Sie sich ein kleines Kind vor: Es sitzt abends im Bett und weint, weil jeder Biss ins Brot wehtut. So fangen reale Geschichten im Alltag vieler Kinder in Niedersachsen an, die nie hätten wahr werden dürfen.

Ich denke dabei an Karius und Baktus, zwei freche Kerlchen, die im Kindermund hämmern und klopfen, weil niemand richtig hinschaut, die feiern, weil Zähne nicht geputzt werden. Es ist eine Geschichte, die mir als Kind vorgelesen wurde und die ich heute vorlese, denn sie ist aktueller denn je. Karies ist keine Figur aus dem Buch. Am Ende der Kita-Zeit haben 11 von 25 Kindern in Niedersachsen massiv geschädigte Zähne. Das tut weh: den Kindern, ihren Familien und auch uns als Gesellschaft.

Mit unserem Entschließungsantrag wollen wir genau das ändern. Alle Kinder sollen schon ab der Kita erreicht werden: zahnärztlich, frühzeitig, regelmäßig und vor allem flächendeckend, ohne unnötige Hürden und ohne Bürokratie.

Das Sozialministerium hat in der Anhörung bestätigt, die Gruppenprophylaxe ist ein Erfolgsmodell. Die Karieszahlen sinken bundesweit. Aber bei den betroffenen Kindern wird die Karies intensiver. Immer mehr kaputte Zähne bei den Kindern, die ohnehin schon betroffen sind. Dabei ist der gesetzliche Auftrag längst klar. § 21 SGB V verpflichtet vor allem die Krankenkassen, Vorsorgemaßnahmen durchzuführen. Sie bieten Früherkennungsuntersuchungen an - aber nur, wenn Eltern aktiv einen Termin vereinbaren. Viele schaffen das nicht. Und: Die U-Untersuchungen beinhalten letztlich nur eine zahnärztliche Beratung. Für wirksame Vorsorge braucht es mehr.

Fachleute sagen klar, das Kindergartenalter ist der entscheidende Zeitraum für Prävention. Da frage ich: Was passiert eigentlich dort, wo sich viele unserer Kinder jeden Tag aufhalten, in den Kitas? In Niedersachsen sind aktuell 170 Prophylaxe-Fachkräfte und 50 Zahnärztinnen und Zahnärzte im Öffentlichen Gesundheitsdienst aktiv. Sie leisten wertvolle Arbeit. Dafür möchte ich an dieser Stelle ganz herzlich Danke sagen.

(Beifall bei der CDU, bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Aber jetzt kommt's: Die Gruppenprophylaxe darf nur durchgeführt werden, wenn die schriftliche Einwilligung der Eltern vorliegt. Ohne Zettel keine Untersuchung. Das ist absurd, denn genau bei den Kindern, bei denen keine Einwilligung vorliegt, ist das Risiko oft am höchsten. Beim Sozialministerium heißt es, das betrifft mindestens jedes zehnte Kind, oft genau die, die eine Untersuchung am dringendsten brauchen würden. Diese Kinder bleiben außen vor - wegen eines Formulars. Das können und dürfen wir nicht akzeptieren.

Dann hören wir vom Kultusministerium, Kinder könnten nach der Untersuchung nach Hause kommen und sagen: Mama, da war ein Mann, der hat mir wehgetan. Ich will hier noch mal deutlich sagen: Kein Kind wird und soll gezwungen werden. Hier wird mit dem Kind gehandelt, es wird gebastelt, gespielt und gesungen. Die eben schon erwähnte Handpuppe Gregor kennt, glaube ich, nun jeder aus dem Kultusausschuss und weiß, es wird tatsächlich kindgerecht gemacht.

Ich spreche aus eigener Erfahrung. Kinder müssen lernen, dass Zähneputzen zum Alltag gehört, dass der Zahnarztbesuch normal ist und das nicht erst, wenn es weh tut. Es beginnt mit der ersten Zahnbürste, mit Geschichten, mit Büchern. Es geht weiter mit regelmäßigen Zahnarztbesuchen, auch mal öfter, damit das Kind Vertrauen fasst, damit es Routine wird, genauso wie das tägliche Zähneputzen. Dann heißt es: Sanduhr umdrehen, Kauflächen, Innenflächen, Außenflächen. Klingt logisch, wird aber ganz oft nicht gemacht.

Ich denke an die Erzieherinnen und Zahnärzte, die mir von Kindern mit Zahnschmerzen erzählen, von Kindern, die das Frühstück verweigern, von Kindern, die sich schämen, weil ihre Zähne kaputt sind. Das ist kein Einzelfall, das ist Realität, und das ist vermeidbar. Zahngesundheit beginnt nämlich nicht erst mit der Aufklärung, sondern auch mit Vertrauen und mit Prävention. Wer als Kind Karies hat, hat später ein höheres Risiko für Schäden an den bleibenden Zähnen. Das bleibt oft ein Leben lang: Schmerzen, Scham und auch hohe Kosten.

Unser Antrag schließt eine Lücke. Wir wollen die zahnärztlichen Gruppenuntersuchungen verpflichtend machen - mit einer Widerspruchslösung. Das heißt, jedes Kind wird untersucht, es sei denn, die Eltern sagen ausdrücklich Nein. Das bringt Klarheit, weniger Bürokratie, mehr Gesundheit. Es entlastet

die Kitas, hilft den Kindern und unterstützt die Familien

Wir wollen nicht, dass Kinder in Niedersachsen erst Hilfe bekommen, wenn es zu spät ist, wenn gebohrt, gezogen oder operiert werden muss. Wir wollen früh helfen: vorbeugend, alltagstauglich und mit gesundem Menschenverstand.

Eines muss ich noch sagen. Als CDU-Fraktion hätten wir uns im Ausschuss ein ganz klares Ja zur Verpflichtung gewünscht, so wie es im Schulgesetz längst geregelt ist. Vom Sozialministerium kam dieses Ja. Aber dann kam wohl etwas, was man selten erlebt: Das Kultusministerium war etwas zögerlich, sprach von fehlendem Durchgriff mangels Kita-Pflicht, verwies auf die örtliche Ebene, Elternabende und Informationsmaterial. Immer wieder fiel der Begriff "Einwilligung" als Mittel für ein Miteinander. Trotzdem sei es möglich. Also frage ich: Warum nicht einfach machen? Denn mit Sorgen kommen wir an dieser Stelle nicht weiter.

Ja, Eltern sollten in den Kita-Alltag eingebunden werden, aber nicht mit noch mehr Papier. Hier geht es um eine Chance auf eine bessere Gesundheit und gerade nicht um ein Bohren im Kindergarten.

Eines ist auch klar: Wir erreichen nicht automatisch mehr Eltern, nur weil wir ihnen etwas zum Lesen geben oder Infotermine anbieten. Wir müssen den Einrichtungen vertrauen. Sie haben die Kinder und damit auch die Familien im Blick: vor, während und auch nach der Gruppenprophylaxe.

Wir wollen mit dem Antrag Ressourcen bündeln und uns nicht verzetteln. Was wir jetzt brauchen, ist kein Zuständigkeits-Pingpong und kein Hoffen auf schnelle Umsetzung durch die Landesregierung was wir brauchen, ist gemeinsames und entschlossenes Handeln mit mehr Mut und Vertrauen. Deshalb treten wir gemeinsam mit den regierungstragenden Fraktionen für eine bessere Zahngesundheit, eine bessere Prävention und für mehr Chancen für alle Kinder ein. Und wir sagen: Karius und Baktus bleiben eine Kindergeschichte.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU, bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Barbara Otte-Kinast:

Vielen Dank. - Als Nächstes hat das Wort: aus der Fraktion der AfD die Kollegin Klages. Bitte schön!

(Beifall bei der AfD)

Delia Klages (AfD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Lassen Sie mich mit einem klaren Prinzip beginnen: Elternrechte und Familienautonomie sind kein Hindernis für gute Prävention - sie sind ihre Voraussetzung.

(Volker Bajus [GRÜNE]: Was ist das auf einmal?)

Wir sagen Ja zu mehr Vorsorge, Ja zu flächendeckender Aufklärung und Ja zu wirksamen Programmen gegen frühkindliche Karies. Aber wir sagen deutlich Nein zu staatlicher Zwangsverwaltung über Familien, die zu einer systematischen Sammlung hochsensibler Gesundheitsdaten von Kindern

(Zuruf von Volker Bajus [GRÜNE])

ohne die informierte und *freiwillige* - Herr Bajus! - Zustimmung der Sorgeberechtigten führt.

(Volker Bajus [GRÜNE]: Die Lufthoheit über Karius und Baktus haben nicht die Eltern! - Zurufe von der SPD - Gegenrufe von der AfD - Glocke der Präsidentin)

Frühkindliche Zahnkrankheiten sind ein echtes Problem. Viele Kinder leiden unter Karies. Das hat Folgen für Entwicklung, Wohlbefinden und Bildungschancen. Die Deutsche Mundgesundheitsstudie bestätigt: 15 % der Zwölfjährigen leiden unter sogenannten Kreidezähnen. Auch ein Beispiel dafür, wie wichtig Prävention ist.

Dafür braucht es aber einen leichten Zugang zur Versorgung, schulische frühkindliche Aufklärung sowie gut erreichbare, kostenfreie zahnärztliche Angebote - nicht jedoch zwanghafte Maßnahmen, die Eltern entmündigen.

(Kirsikka Lansmann [SPD]: Das ist nicht zwanghaft! Wenn das Kind nicht möchte, dann passiert dem Kind nichts!)

Zwangsverpflichtungen in Kindertagesstätten schüren Misstrauen und verlagern die Verantwortung vom Gemeinwesen auf die Verwaltung. Denn Eltern und nicht der Staat tragen die primäre Sorgepflicht für ihre Kinder. Ein funktionierendes Gesundheitssystem stärkt Eltern durch Informationsangebote, Beratung und niederschwellige Versorgungsangebote sowie finanzielle Unterstützung, anstatt sie zu übergehen. Wir dürfen weder die Freiheit noch die Entscheidungsbefugnisse der Familien preisgeben, insbesondere nicht durch Pflichtuntersuchungen,

die als staatlicher Eingriff empfunden werden können

Gleichzeitig lehnen wir die geplante systematische Erfassung sensibler Gesundheitsdaten ab. Gesundheitsdaten von Kindern gehören zu den sensibelsten Informationen überhaupt. Ihre zentrale Erhebung und Speicherung bergen Missbrauchs-, Sicherheits- und Vertrauensrisiken. Wir brauchen transparente, datenschutzkonforme Lösungen und vor allem die ausdrückliche Einwilligung der Eltern, bevor Daten erhoben werden.

(Pascal Mennen [GRÜNE]: Sie haben nicht zugehört!)

Ein weiterer Schlüssel zur Prävention liegt bei der Ernährung. Falsche, zuckerreiche Ernährung ist eine der Hauptursachen für Karies. Deshalb müssen wir Ernährungsbildung stärken - in Kitas, für Eltern, in der ärztlichen Beratung und durch öffentliche Kampagnen. Praktische Anleitungen zur gesunden Ernährung, Förderung von fluoridhaltigen Maßnahmen dort, wo sie sinnvoll sind, und eine stärkere Einbindung von Ernährungsfachkräften sind wirksamer als Zwang.

Meine Damen und Herren, wir brauchen keine Entweder-oder-Politik. Wir stehen für den Ausbau freiwilliger, gut zugänglicher Versorgungsangebote, gezielte Aufklärung und Ernährungsprogramme, finanzielle Förderung von präventiven Maßnahmen und zugleich den Schutz der Elternrechte und der Privatsphäre der Kinder. Lassen Sie uns Prävention gestalten, die stärkt statt entmündigt!

Wir freuen uns auf die Beratungen im Ausschuss.

Danke.

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsidentin Barbara Otte-Kinast:

Vielen Dank, Frau Klages. - Aus der Fraktion der SPD hat jetzt das Wort: die Kollegin Lange. Bitte sehr!

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei den GRÜNEN - Eine Mitarbeiterin des Saaldienstes tauscht die Wassergläser auf dem Redepult)

- Vielen Dank für den hervorragenden Wasserwechsel dort vorne und hier oben.

(Beifall)

Corinna Lange (SPD):

Vielen Dank. - Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Frau Kollegin Klages, Sie sind ja kein Mitglied des Kultusausschusses, mussten sich aber irgendwie auf Ihre Rede heute vorbereiten. Ein kleiner Tipp von mir: Ausschussprotokolle lesen, denn dann hätten Sie gewusst, dass es hier nicht ein einziges Mal um zwanghafte Maßnahmen geht, die Eltern entmündigen, sondern um eine sehr gute Maßnahme, bei der man aktuell mit bürokratischen Hürden zu kämpfen hat

(Beifall bei der SPD, bei den GRÜNEN und vereinzelt bei der CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, stellen Sie sich eine alltägliche Szene in einer Kita vor: Die Kinder sitzen im Kreis, lachen und lernen spielerisch das richtige Zähneputzen mit Kroki, einem kleinen grünen Handpuppenkrokodil. Für sie ist es ein Spiel, für uns ist es Gesundheitsvorsorge von Anfang an.

Doch die Realität in Niedersachsen sieht oft anders aus: Fast jedes zweite Kind hat am Ende der Kindergartenzeit bereits kariöse Zähne. 20 % der Kinder tragen 80 % der gesamten Karieslast. Zwei Drittel der Kleinkinder gehen nicht zu den zahnärztlichen Früherkennungsuntersuchungen. Das bedeutet, wir wissen genau, wo das Problem liegt, und trotzdem erreichen wir viele Kinder nicht. Wenn Karies erst in der Grundschule entdeckt wird, ist es oft zu spät für einfache, schmerzfreie Behandlungen. Dann sind Eingriffe aufwendig und eine erhebliche Belastung für die Kinder.

Wir haben in Niedersachsen bereits ein starkes Instrument: Das ist die Gruppenprophylaxe in den Kindertagesstätten. Sie ist seit 1988 in § 21 SGB V verankert und wird von den kommunalen zahnärztlichen Diensten umgesetzt - spielerisch, niedrigschwellig, kindgerecht. Mund auf, reingucken, Mund zu. Ganz einfach - eigentlich.

Denn dieses System stößt an Grenzen. Heute gilt: Ohne schriftliche Zustimmung der Eltern dürfen Kinder nicht untersucht werden. Fehlt dieser eine Zettel aber, bleibt das Kind außen vor. Genau dort, wo diese Einverständniserklärung fehlt, ist das Risiko besonders hoch. Untersuchungen scheitern also oft an fehlenden Unterschriften, und die Kinder, die es am dringendsten nötig hätten, nehmen nicht teil.

Unser Antrag, den wir gemeinsam mit Bündnis 90/Die Grünen und der CDU stellen, ist eine Umkehr des bisherigen Systems. Statt einer schriftli-

chen Zustimmung soll künftig ein Widerspruchsmodell gelten. Grundsätzlich nehmen alle Kinder teil. Wer nicht möchte, kann widersprechen. Damit respektieren wir Elternrechte, machen die Teilnahme aber zum Regelfall. Wir wollen die Pflicht zur Teilnahme ausdrücklich im NKiTaG verankern. So schaffen wir eine klare Rechtsgrundlage, bauen Bürokratie ab und geben den Einrichtungen Sicherheit.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei den GRÜNEN)

Es geht hier explizit nicht um Zwang, sondern um Prävention, um Gesundheit und um Kinderschutz. Gesunde Zähne bedeuten weniger Schmerzen, bessere Sprachentwicklung, bessere Konzentration und Lernfähigkeit und langfristig geringere Folgekosten für unser Gesundheitssystem.

Vor allem aber geht es um Chancengleichheit. Manche Familien sind schwerer zu erreichen, sei es wegen sprachlicher Hürden, sozialer Belastung oder weil Gesundheitsvorsorge im Alltag nicht selbstverständlich ist. Diese Kinder sind überdurchschnittlich betroffen. Zahngesundheit darf aber nicht vom Elternhaus abhängen. Jedes Kind in Niedersachsen soll mit einem gesunden Lächeln in die Schule starten können.

Mein ausdrücklicher Dank gilt den Zahnärztlichen Diensten und allen Fachkräften, die heute schon großartige Arbeit in den Kitas leisten, oft mit viel Kreativität und Herzblut, um den Kindern die Angst zu nehmen. Diese Arbeit wollen wir stärken und von unnötiger Bürokratie befreien.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Zahngesundheit ist kein Nebenthema. Sie entscheidet über die Lebensqualität unserer Kinder, über ihre Bildungschancen und über ihre Zukunft. Mit unserem Antrag sorgen wir dafür, dass Vorsorge nicht länger an Papierkram scheitert.

Vielen lieben Dank.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Barbara Otte-Kinast:

Vielen Dank.

Weitere Wortmeldungen liegen uns nicht vor. Wir kommen nun zur Ausschussüberweisung.

Federführend soll der Kultusausschuss sein und mitberatend der Ausschuss für Haushalt und Finanzen. Wer dem so folgen möchte, den bitten wir um das Handzeichen. - Das ist einstimmig.

Wir kommen zu:

Tagesordnungspunkt 45:

Erste Beratung:

Digitalisierung in der Gesundheitsversorgung: Chancen nutzen, Effizienz schaffen - Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 19/8228

Einbringen möchte diesen Antrag der Kollege Gäde von der Fraktion der SPD. Bitte schön!

(Beifall bei der SPD)

Marten Gäde (SPD):

Vielen Dank. - Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Stellen Sie sich eine Ärztin auf dem Land vor: Sie kommt gerade von der Visite, will eigentlich ihre Patientinnen und Patienten beraten - und sitzt dann über Formularen. Oder eine Pflegekraft im Krankenhaus, die die Hälfte ihrer Schicht nicht am Bett, sondern am Computer verbringt. So sieht der Alltag vieler Beschäftigter im Gesundheitswesen aus. Genau da setzt unser Antrag an. Wir wollen, dass Digitalisierung nicht zum Selbstzweck wird, sondern dem Menschen dient: den Patientinnen und Patienten und denjenigen, die sie jeden Tag versorgen.

Wir haben in den vergangenen Jahren bereits wichtige Schritte unternommen. Insbesondere die Einführung neuer Verfahren wie aktuell der elektronischen Patientenakte, der Telemedizin, des E-Rezepts, der digitalen Gesundheitsanwendungen und KI-gestützte Diagnosetools führen zu signifikanten Verbesserungen im Gesundheitswesen. Hervorzuheben sind auch die Fortschritte in der Digitalisierung des öffentlichen Gesundheitsdienstes. In den letzten Jahren sind über 3 Millionen Euro in Projekte investiert worden. Mit der Einführung digitaler Anwendungen und durch die Umsetzung des Krankenhauszukunftsgesetzes haben wir entscheidende Impulse gesetzt. Diese Initiativen zeigen, dass wir den digitalen Wandel nicht nur theoretisch beschreiben, sondern ganz konkret gestalten.

Aber klar ist auch: Wir haben noch nicht das volle Potenzial ausgeschöpft. Ein zentrales Problem kennen wir alle: Bürokratie frisst Zeit. Ärztinnen, Ärzte und Pflegekräfte verbringen Stunden mit Dokumentationen. Eine Reduktion dieses administrativen Aufwands um nur eine Stunde würde rechnerisch über 1 700 ärztliche und rund 4 000 pflegerische Vollzeitstellen freisetzen. Viele dieser Tätigkeiten sind zwar notwendig, tragen aber nicht unmittelbar zu einer besseren Versorgung bei. Deshalb suchen wir gemeinsam mit der Krankenhausgesellschaft und der Ärztekammer nach Lösungen.

Es geht nicht um den Verzicht von Dokumentation, sondern um die intelligente Nutzung vorhandener Daten, um die Entlastung von Doppelarbeit und um den Einsatz innovativer Technologien wie sprachoder KI-gestützter Dokumentationssysteme. Das schafft Freiräume. Das bedeutet mehr Zeit für Menschen und weniger für Papier. Wir wollen, dass Ärztinnen und Ärzte wieder Ärztinnen und Ärzte sein können und nicht Verwaltungsfachkräfte in weißen Kitteln.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

Besonders im ländlichen Raum zeigt sich, wie groß die Chancen der Digitalisierung sind. Wenn der nächste Facharzt viele Kilometer entfernt ist, eröffnet Telemedizin neue Wege für Beratung und Behandlung ohne lange Anfahrten.

Die Reform des ärztlichen Bereitschaftsdienstes durch die Kassenärztliche Vereinigung Niedersachsen greift genau dieses Problem auf. Die Zielsetzung der Reform ist es, durch den Einsatz digitaler Instrumente wie videobasierter Ersteinschätzungen und telemedizinischer Leistungen eine bessere Steuerung und höhere Erreichbarkeit zu schaffen. Entscheidend dabei ist aber: Wir dürfen keine neuen Lücken reißen, sondern die Versorgung muss sich tatsächlich verbessern.

Ein weiterer Schlüssel bei der Digitalisierung ist die elektronische Patientenakte. Sie kann verhindern, dass Informationen verloren gehen, Untersuchungen doppelt gemacht werden oder Behandlungen aneinander vorbeilaufen. Aber Technik alleine reicht nicht. Die elektronische Patientenakte muss nicht nur technisch funktionieren, sie muss auch im Alltag akzeptiert und genutzt werden. Dazu braucht es Barrierefreiheit, Nutzerfreundlichkeit und eine klare Kommunikation mit den Patientinnen und Patienten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Digitalisierung darf nie Selbstzweck sein. Sie ist dann erfolgreich, wenn sie die Arbeit erleichtert, die Versorgung verbessert und die Forschung beflügelt. Sie muss den Menschen dienen, den Patientinnen und Patienten ebenso wie den Beschäftigten im Gesundheitswesen. Sie muss dazu beitragen, dass Ärztinnen und Ärzte, Pflegekräfte und Therapeutinnen und Therapeuten mehr Zeit für das Wesentliche haben: die unmittelbare Versorgung. Deshalb ist es wichtig, dass wir digitale Lösungen nicht nur einführen, sondern auch ihre Nutzung begleiten. Fortbildungsangebote für Fachkräfte spielen dabei eine zentrale Rolle. Nur wer die Systeme versteht und ihnen vertraut, kann sie sinnvoll einsetzen.

Schließlich eröffnet Digitalisierung neue Chancen für Forschung und Innovation. Der verantwortungsvolle Umgang mit Gesundheitsdaten kann einen enormen Beitrag zur Entwicklung personalisierter Medizin leisten und die Grundlage für bessere Therapien schaffen. Dabei ist klar: Datenschutz und IT-Sicherheit müssen jederzeit Priorität haben. Nur so schaffen wir Akzeptanz, die wir für den Erfolg dieser Projekte brauchen. Nur wenn wir Vertrauen sichern, können wir diese Chancen nutzen.

Zusammengefasst: Wir wollen Bürokratie abbauen, neue Technologien nutzbar machen, Beschäftigte entlasten und Patientinnen und Patienten in den Mittelpunkt stellen, um eine bestmögliche Versorgung zu gewährleisten.

Ich freue mich auf die Beratungen im Ausschuss.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

Vizepräsidentin Barbara Otte-Kinast:

Vielen Dank. - As Nächstes hat das Wort: aus der Fraktion der AfD die Kollegin Klages. Bitte schön!

(Beifall bei der AfD)

Delia Klages (AfD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Wir alle begrüßen die Idee, die Gesundheitsversorgung effizienter und besser vernetzt zu gestalten. Doch wenn wir heute über Digitalisierung in der Gesundheitsversorgung sprechen, müssen wir nüchtern und kritisch sein.

Erstens. Gesundheitsdaten dürfen nicht zur Handelsware werden. Hinter dem Begriff Big Data verbirgt sich ein enormes wirtschaftliches Interesse: von Forschungskooperationen bis hin zu kommerziellen Plattformanbietern. Ohne klare, verbindliche Regeln für Zweckbindung, transparente Einwilligung und echte Anonymisierung droht, dass Patientendaten primär für wirtschaftliche Verwertungsinteressen genutzt werden statt zu unmittelbarem Nutzen der Patienten. Wir brauchen verbindliche Garantien, dass Datenhoheit, Zweckbindung und ein fairer Nutzungsverteilungsmechanismus gewahrt bleiben.

Zweitens. Telemedizin ist eine sinnvolle Ergänzung, nicht der Ersatz für Präsenzmedizin. Telekonsultationen können Zugänge verbessern, Nachsorge erleichtern und Ressourcen schonen. Sie eignen sich jedoch nicht für alle klinischen Situationen. Diagnosen, die eine körperliche Untersuchung oder eine persönliche Vertrauensbeziehung erfordern, dürfen nicht durch eine digitale Standardprozedur substituiert werden. Wir brauchen klare Qualitätsstandards, konkrete Indikationskataloge und verbindliche Regeln zur Übergabe in die Präsenzversorgung.

Drittens. Akzeptanz lässt sich nicht durch Imagekampagnen erzwingen. Information und Überzeugung entstehen durch Transparenz, Evidenz und Beteiligung, nicht durch PR. Wenn Akzeptanz durch groß angelegte Marketingmaßnahmen anstelle von nachvollziehbaren Fakten gesteigert werden soll, ist das für viele ein Déjà-vu aus der Corona-Zeit. Besser wären unabhängige Evaluationsberichte, öffentlich zugängliche Datenschutzkonzepte und echte Beteiligungsformate für Patienten, Ärzte und Pflegekräfte.

Viertens. Wir müssen uns vor blindem Technikaktionismus hüten. Großprojekte ohne belastbare Umsetzungspläne, ohne interoperative Standards, ohne Finanzierung für Schulung und Betrieb sind teuer und ineffektiv. Digitalisierung braucht manchmal Pilotphasen, Evaluation und eine Orientierung an tatsächlichen Versorgungsbedarfen und nicht an Technologiegläubigkeit.

Und schließlich: Es besteht die berechtigte Sorge, dass die jetzt vorgeschlagene Infrastruktur eine Vorstufe zu einer verpflichtenden elektronischen Patientenakte ist. Jeder Schritt, der die Nutzung digitaler Akten erleichtert, muss freiwillig, transparent und vor allen Dingen reversibel bleiben.

(Beifall bei der AfD)

Der Erhalt der ärztlichen Schweigepflicht und das Prinzip der informierten Einwilligung müssen oberste Priorität haben.

Wir freuen uns auf die Beratungen im Ausschuss.

Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsidentin Barbara Otte-Kinast:

Vielen Dank. - Jetzt hat Thomas Uhlen aus der Fraktion der CDU das Wort. Bitte schön!

(Beifall bei der CDU)

Thomas Uhlen (CDU):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Arbeitsteilung in der Sozial- und Gesundheitswirtschaft wird sich bei uns immer stärker daran messen: Was ist eigentlich originär für Digitales zuständig, und wo ist der Platz im digitalen Gesundheitssystem, an dem der Mensch auch weiterhin notwendig und wichtig bleibt?

In diesem Spannungsverhältnis bewegt sich nicht nur der heute vorliegende Antrag, sondern bereits der Antrag, den wir als CDU-Fraktion schon im letzten Jahr vorgelegt haben, der sich in der Ausschussberatung befindet, und ebenfalls der Antrag, den wir als CDU-Landtagsfraktion noch - höchstwahrscheinlich in der kommenden Woche - einreichen werden, der ein besonderes Augenmerk auf die Einbindung von Start-ups und Innovationen in die Sozialwirtschaft und in die Gesundheitswirtschaft richten wird.

Ich glaube, dass im Dreiklang dieser drei Anträge eine sehr zielführende Ausschussberatung stattfinden wird, um sicherzustellen, dass wir insbesondere das stärken, was unser Gesundheits- und Sozialsystem am meisten braucht. Das ist nämlich Vertrauen. Es geht nicht nur darum, wie wir es schaffen, durch Digitalisierung mehr Kontrolle zu erzeugen, sondern vor allem darum, wie wir es schaffen, mehr Vertrauen in unsere Gesundheits- und Sozialinfrastruktur zu erzeugen. Das, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist die wirklich entscheidende Frage.

(Beifall bei der CDU)

Ich bin der festen Überzeugung: Wenn wir in den Ausschussberatungen von dieser Maxime angetrieben werden, werden wir zu einer guten, vielleicht auch gemeinsamen Lösung kommen. Dann werden wir es bei der Beratung der Anträge wirklich schaf-

fen, ein abgewogenes Verhältnis zwischen Datenschutz, Kontrolle und Bürokratie herzustellen, aber vor allem auch Möglichkeiten zur bestmöglichen Behandlung unserer Patientinnen und Patienten und natürlich auch zur Betreuung der Menschen in diesem Land zu schaffen.

Ich freue mich sehr auf die Beratungen im Ausschuss - unsere Fraktion freut sich auch -, und ich denke, dass wir zu einer guten Lösung kommen werden.

Ganz herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Barbara Otte-Kinast:

Ganz herzlichen Dank. - Der Kollege Uhlen hat Ihnen allen gerade fünf Minuten seiner Redezeit geschenkt.

(Beifall bei der AfD und vereinzelt bei den GRÜNEN)

Wir kommen nun zur nächsten Rednerin. Frau Viehoff von Bündnis 90/Die Grünen hat nun das Wort. Bitte schön, Frau Viehoff!

(Beifall bei den GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Eva Viehoff (GRÜNE):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Bei der Digitalisierung im Gesundheitswesen, über die wir heute sprechen, geht es um die Zukunft der medizinischen Versorgung in Niedersachsen und ganz besonders im ländlichen Raum. Die Digitalisierung bietet enorme Chancen, um die Versorgung der Menschen deutlich zu verbessern, Fachkräfte zu entlasten und die Gesundheitsversorgung flächendeckend zu sichern. Diese Chancen müssen wir aktiv nutzen, aber auch gezielt gestalten.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Niedersachsen hat da bereits wichtige Schritte unternommen - mit dem Masterplan Digitalisierung, mit telemedizinischen Angeboten und mit der Umsetzung des Krankenhauszukunftsgesetzes. Doch wir dürfen uns auf dem Erreichten nicht ausruhen. Gerade im ländlichen Raum müssen wir sicherstellen, dass die Digitalisierung nicht nur ein theoretisches Konzept bleibt, sondern konkret ankommt bei den Patient*innen, bei den Ärzt*innen und bei den Pflegekräften.

(Beifall bei den GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Liebe Kolleg*innen, ein zentraler Punkt dabei ist die elektronische Patientenakte, die ePA. Sie ist zentrales Element dieser Entwicklung und kann die Versorgung revolutionieren, indem sie den Austausch von ambulanten und stationären Einrichtungen erleichtert. Aber damit sie ihr Potenzial entfalten kann, muss sie nutzerfreundlich und barrierefrei gestaltet sein. Wir müssen sicherstellen, dass sie genutzt wird - unabhängig vom Alter und vom technischen Know-how. Deshalb müssen wir daran arbeiten, dass die Akzeptanz der ePA durch gezielte Informationskampagnen erhöht wird und die Menschen Vertrauen in diese digitale Lösung haben.

(Beifall bei den GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Ein entscheidender Punkt, der hier schon öfter angesprochen worden ist, ist der Bürokratieabbau. Ärzt*innen und Pflegekräfte verbringen viel zu viel Zeit mit Dokumentationen - Zeit, die bei der Patientenversorgung fehlt. Deshalb ist es wichtig, dass wir bei den verzichtbaren Nachweispflichten reduzieren, versuchen, bereits vorhandene Daten zu nutzen, und innovative Technologien wie KI-gestützte Dokumentationslösungen einsetzen. Denn jede Stunde, die wir dort einsparen, ist eine Stunde mehr für die Patient*innen.

(Beifall bei den GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Das gilt nicht nur für Niedersachsen, sondern auch insgesamt für den Bund. So müssen wir die Innovationsinitiative des Bundes "Daten für Gesundheit" aktiv unterstützen, damit die Nutzung von Gesundheitsdaten für Forschung und personalisierte Medizin in Niedersachsen weiter gefördert werden kann.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, mit der Reform des ärztlichen Bereitschaftsdienstes haben wir schon einen wichtigen Schritt entwickelt. Nach dem, was ich bisher gehört habe, ist das tatsächlich sehr erfolgreich und führt zu einer besseren Versorgung im ländlichen Raum. Die videobasierten Ersteinschätzungen führen zudem zu einer Entlastung der Rettungsdienste. All das ist wichtig, damit unser System der medizinischen Versorgung gut funktioniert. Aber wir sollten natürlich nicht darauf verzichten, dass auch dieser Bereich des Bereitschaftsdienstes noch einmal evaluiert wird.

Der Ausbau der digitalen Infrastruktur und der Telematik-Infrastruktur muss weiter vorangetrieben wer-

den. Wir brauchen bei den Dateiformaten einheitliche Standards. Die Schnittstellen müssen kompatibel sein. Der Datenaustausch und die Vernetzung müssen dadurch erleichtert werden. Das ist, glaube ich, noch einmal eine sehr große Herausforderung.

Gleiches gilt im Bereich der Krankenhäuser. Auch hier wollen wir sicherstellen, dass unsere Krankenhäuser fit für die Zukunft sind.

(Beifall bei den GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Zum sicheren Umgang gehören natürlich auch Fortbildungsmaßnahmen.

Die Digitalisierung im Gesundheitswesen ist kein Selbstzweck. Sie ist ein Instrument, um die Versorgung zu verbessern, Fachkräfte zu entlasten und die Gesundheitsversorgung in Niedersachsen zukunftsfähig zu gestalten.

In diesem Sinne freue ich mich auf die Beratung des Antrags im Ausschuss.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Vizepräsidentin Barbara Otte-Kinast:

Vielen Dank, Frau Kollegin Viehoff.

Weitere Wortmeldungen gibt es zur ersten Beratung nicht. Wir kommen also zur Ausschussüberweisung.

Federführend soll der Ausschuss für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Gleichstellung sein, mitberatend der Ausschuss für Haushalt und Finanzen. Wer dem so folgen möchte, den bitte ich ums Handzeichen. - Das ist einstimmig.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir kommen zu dem, wie es aussieht, letzten Tagesordnungspunkt dieses Plenarabschnittes:

Tagesordnungspunkt 46:

Erste Beratung:

Taktische Einsatzkennzeichnung niedersächsischer Polizeikräfte in geschlossenen Einsätzen

- Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 19/8238

Die Einbringung übernimmt der Kollege Lühmann von Bündnis 90/Die Grünen. Bitte schön!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Michael Lühmann (GRÜNE):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleg*innen! Wir bringen heute einen Antrag zur anonymisierten, individualisierten taktischen Einsatzkennzeichnung von niedersächsischen Polizist*innen in geschlossenen Einsätzen ein, von dem wir alle wissen, dass er polarisiert, und das, obwohl wir zugleich alle wissen, dass es für diese Polarisierung vor allem vorgeschobene Gründe gibt.

Er polarisiert, obwohl wir wissen, dass der Antrag innerhalb der Polizei weit weniger Hektik auslöst als im politischen Betrieb.

Er polarisiert, obwohl wir wissen, dass es viele grundsätzliche, verfassungsfeste Argumente für die Kennzeichnung - - -

(Unruhe)

Vizepräsidentin Barbara Otte-Kinast:

Entschuldigung, Herr Kollege Lühmann! - Kann sich der kleine Arbeitskreis dort hinten draußen besprechen? Wir hören hier oben jedes Wort. - Danke schön.

Michael Lühmann (GRÜNE):

Das ist ein Antrag, der polarisiert, obwohl wir wissen, dass die Kennzeichnung einsatz- und ermittlungstaktische Vorteile mit sich bringt und nicht zuletzt das Vertrauen - ein hohes Gut in einer Demokratie - in unsere niedersächsischen Polizeikräfte weiter stärkt.

Zweifellos ist das Vertrauen in die Polizei in der Bevölkerung wie in den Fraktionen von Grün und Rot sehr hoch. "Das hohe Vertrauen der Bevölkerung in die Institution Polizei darf zugleich aber nicht dazu führen, sich zurückzulehnen", so der Präsident des Bundesverfassungsgerichts a. D., Andreas Voßkuhle. "Vielmehr gilt es, die besondere Verantwortung der Polizei für den demokratischen Rechtsstaat fortlaufend mit Leben zu erfüllen - und dazu gehört auch eine strukturelle Weiterentwicklung", so Voßkuhle.

Für uns gehört die Kennzeichnung in geschlossenen Einsätzen dazu - natürlich nicht namentlich, wie von Populisten behauptet, sondern anonymisiert, aber im Nachgang individuell zuzuordnen. Dabei genügt eine solche Kennzeichnung grundsätzlich der Verhältnismäßigkeit, so auch das Bundesverwaltungsgericht in seinem Urteil aus 2019.

Schließlich diene die Kennzeichnung "zum einen der Stärkung der Bürgernähe und der Transparenz der Arbeit der Polizei", beuge aber eben auch Dienstpflichtverletzungen vor und gewährleiste, "dass die Vielzahl rechtmäßig handelnder Beamter von einer Einbeziehung in Ermittlungen verschont bleibt", so das Gericht. Sie trägt zum anderen nicht zuletzt der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte Rechnung, so die Leipziger Richter*innen. Wer sollte etwas dagegen haben?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich weiß - wir werden es gleich hören -, in der Union hat man neuerdings auch ein bisschen Probleme mit höchsten Gerichten, mit Richter*innen, mit letztinstanzlichen Urteilen usw. Aber ich werde Ihnen das hier nicht ersparen, weil Sie ja gleich auf der Seite der Ideologie stehen werden und uns dann ebensolche vorwerfen. Wir stehen aber auf der Seite des Rechts, an der Seite der Polizei und an der Seite der Zivilgesellschaft. Genau deswegen stärken wir auch den Polizeischutz für die Demokratie. Genau deswegen stärken wir auch den Austausch zwischen Polizei und Zivilgesellschaft, was ausdrücklich von kritischen Polizeiwissenschaftler*innen wie etwa Rafael Behr gelobt wird.

Während Sie hier gleich ideologische Mauern bauen werden - ich sehe es schon vor mir -, sind wir im Dialog und bauen Brücken, statt uns einen rechtsradikalisierten Bundespolizisten aus NRW einzuladen, der es witzig und provokant findet, sich selbst gerne als Nazi zu bezeichnen, der Grüne als plagendes Unkraut bezeichnet, das man an der Wurzel herausreißen muss - Herr Lechner, Sie könnten da mal zuhören, Sie haben ihn mit eingeladen -,

(Sebastian Lechner [CDU]: Ich höre zu, wenn es interessant ist!)

und der den Rechtsstaat bei Abschiebungen hinderlich und bei Versammlungslagen die Abnahme des Maulkorbs von Diensthunden angemessen findet. Das sind Ihre Berater in Sachen Innenpolitik. Herzlichen Glückwunsch, CDU!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wer wegen des populistischen Knalleffekts einen Manuel Ostermann statt die niedersächsischen Polizeigewerkschaften einlädt, der sendet ein Misstrauensvotum in die niedersächsische Polizei und gibt zugleich Auskunft über seine eigene politische Radikalisierung. Erklären Sie sich gerne dazu! Aber

ich hoffe, Sie schämen sich, wenn Sie uns gleich Misstrauen vorwerfen.

(André Bock [CDU]: Gott sei Dank sind Sie in zwei Jahren weg!)

Ich glaube, dass wir hier statt des kommenden Krawalls einmal ausgeruht und konzentriert über das Verhältnis von Vertrauen und Misstrauen in einer Demokratie sprechen müssen, von Vertrauen und Misstrauen in staatliches Handeln, von exekutiven Rechten, Transparenz und Kontrolle. Denn Demokratie lebt aus der Legitimation von Verfahren und durch Verfahren. Um es mit Niklas Luhmann zu sagen: Legitimation durch Verfahren ist gerade nicht legitime Rechtfertigung durch Verfahrensrecht selbst, sondern die Ermöglichung von Kontrolle.

Luhmann hat erkannt, dass sich das Problem der Legitimität mit großer Dringlichkeit stellt, weil weder politische noch juristische Verfahren aus sich selbst heraus immer korrekte Entscheidungen gewährleisten können. Legitimation durch Verfahren in einer Demokratie entsteht doch erst, indem die Macht durch das System der Checks and Balances kontrolliert wird.

Dieses Grundprinzip moderner Demokratien - das Herrn Lechner leider nicht interessiert -, das in seinem Mutterland USA gerade massiv unter die Räder kommt, ist am Ende auf jedes staatliche Handeln herunterzubrechen und begründet geradezu die Mischung aus Vertrauen und Misstrauen in staatliches Handeln und die Erwartung von Transparenz. Jedes Verwaltungsgericht ist doch am Ende in 70er-Jahre-Beton gegossenes Misstrauen gegen staatliches Handeln.

(Ulf Thiele [CDU]: Warum wollen Sie uns eigentlich unsere Regierungskontrolle absprechen?)

Das Grundgesetz - in erster Linie ein Abwehrrecht von Bürger*innen gegen den Staat - ist ein Misstrauensvotum gegen den Staat. Frau Hermann heute Morgen: ein reines Misstrauensvotum gegen Regierungshandeln. Ihre Aktenvorlagebegehren zu Polizeieinsätzen: allesamt Misstrauensvoten.

Aber - und hier kommt das große Aber -: Diese Balance aus Vertrauen und Misstrauen, diese Balance aus exekutiver Gewalt und Kontrolle schafft erst Vertrauen. Es ist richtig, dass Sie Aktenvorlagebegehren machen. Und das ist auch gut so, das ist vertrauensstärkend in Demokratien. Es ist wichtig, dass Misstrauen kein zielloses Gefühl ist - das würde Demokratien auf Dauer belasten -, sondern dass auch Verfahren kanalisiert und rückgebunden

werden. Auch die Kontrollierten haben einen Anspruch darauf, dass die Regelungen und die Kontrolle dort eingehegt werden.

Genau das schafft die taktische Einsatzkennzeichnung bei der Polizei. Wir werden weiterhin trotzdem zusätzlich Polizeischutz für die Demokratie dauerhaft absichern und den Austausch mit der Zivilgesellschaft fördern. Das ist auch das, was Demokratieforscher Professor Hans Vorländer zu Erfolgskategorien für Demokratien sagt:

"Ein günstiges Umfeld, eine effektive zivile Kontrolle staatlicher Gewalt sowie eine pluralistische, aktive Zivilgesellschaft sind Bedingungen für Entwicklung und Stabilität von Demokratien."

Ich habe die mediale Debatte auch mitbekommen. Wenn man das für Symbolpolitik hält, dann hat man keine Ahnung davon, was Symbole sind. Horst Köhler sagt:

"Politische Symbole stehen für Ideen, Werte und Ziele, sie sind Erkennungszeichen und Bekenntnis, sie geben Orientierung und Rückhalt, sie stiften Gemeinschaft."

Das nehme ich dann gerne als Symbolantrag, wenn das die Flughöhe ist.

Ansonsten würde ich darauf hinweisen: Das Pilotprojekt kommt als wissenschaftlich begleitetes Projekt. Das wird eine ganze Menge an Debatten befrieden, so wie es auch Debatten in anderen, CDUregierten Ländern zur Kennzeichnungspflicht befriedet hat. Lassen Sie uns darüber gerne vernünftig, ordentlich und konstruktiv beraten.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Vizepräsidentin Barbara Otte-Kinast:

Vielen Dank. - Nun hat das Wort: aus der Fraktion der AfD der Kollege Marzischewski-Drewes. Bitte sehrl

(Beifall bei der AfD)

Stefan Marzischewski-Drewes (AfD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Verehrte Kollegen! Ziehen wir am Anfang ein Resümee dieses Plenums: Ich bin fassungslos, was ich an diesen drei Tagen hören musste: Unser Ministerpräsident bleibt die Antwort schuldig, wie viele Geschlechter es gibt. Frau Behrens bleibt die Antwort schuldig, wann

endlich eine Analysesoftware angeschafft wird. Emotionale Diskussionen um den Tod einer jungen Frau in Friedland, eine Einsicht, dass konsequentes Abschieben Leben rettet? Fehlanzeige! Ich kann nur meine Worte aus dem letzten Plenum wiederholen: Ich weiß nicht mehr, was ich den Eltern dieser tragischen Einzelfälle sagen soll.

Und womit beschäftigt sich jetzt Rot-Grün? Sie beschäftigen sich mit einer Pilotierung einer anonymisierten, individualisierten taktischen Einsatzkennzeichnung niedersächsischer Polizeikräfte. Wow, ein wirklich wunderschöner Titel! Ich übersetze das jetzt mal für die Polizisten: Dieser Antrag ist nichts weiter als ein verklausuliertes ausgedrücktes Misstrauensvotum der SPD und der Grünen gegenüber unserer Polizei.

(Beifall bei der AfD)

Während Sie noch im ersten Absatz Ihres Antrags zu Recht feststellen, dass "die Polizei ein hohes Vertrauen in der Bevölkerung" genießt, geben Sie in Ihrem nachfolgend beschriebenen Vorhaben zu erkennen, dass Sie selbst kein Vertrauen in die Polizei haben.

Wir entnehmen dem Antrag des Weiteren, dass das hohe Vertrauen der Bevölkerung in die Institution Polizei nicht dazu führen darf, sich zurückzulehnen und auf schlechte Umfragewerte anderer staatlicher Akteure zu verweisen. Sie meinen damit sicherlich Ihre sinkenden Umfragewerte bei den politischen Demoskopen.

Die niedersächsische Polizei lehnt sich ganz sicher nicht zurück. Sie hat unter anderem viel damit zu tun, die ausufernde Gewaltkriminalität als Folge der Politik von SPD, Grünen, aber auch der CDU zu bekämpfen, und das bei lückenhafter Ausrüstung.

Die im Antrag beschriebene Notwendigkeit der Aufsicht staatlichen Handelns kommt in Form der angestrebten Pilotierung gewissermaßen als trojanisches Pferd daher, indem Sie der Polizei verkaufen wollen, die Kennzeichnung der Beamten habe "sich insbesondere in der Konzeption und Durchführung von Einsätzen als hilfreiches Mittel zur internen Orientierung und Kommunikation erwiesen".

Ich übersetze wieder für unsere Polizisten: Die Wahrheit ist doch, dass die Kennzeichnung niedersächsischer Polizeikräfte in geschlossenen Einsätzen keinerlei Nutzen für die Polizei bringt. Beamte sollen lediglich zweifelsfrei identifizierbar sein, damit sie nach Einsätzen ständig mit unberechtigten Anzeigen und Ermittlungsverfahren von linken NGOs rechnen müssen.

Dass die Debatte um die Kennzeichnung von Polizeibeamten jetzt von der linken Seite dieses Hauses eingebracht wird, erstaunt uns nicht. Es dient eben nicht der öffentlichen Sicherheit, Polizisten unter Generalverdacht zu stellen und womöglich ihre Persönlichkeitsrechte zu verletzen.

Die Polizei in Niedersachsen braucht keine Misstrauenskultur. Sie braucht keine Diffamierungsagenda, sondern eine bessere Ausstattung und die Unterstützung des gesamten Landtages.

(Beifall bei der AfD)

Wir, die AfD, unterstützen unsere Polizei.

Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsidentin Barbara Otte-Kinast:

Aus der Fraktion der CDU hat nun das Wort: die Kollegin Buschmann. Bitte sehr!

(Beifall bei der CDU)

Saskia Buschmann (CDU):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Stellen Sie sich vor, Sie fahren nachts auf einer einsamen Landstraße durch Niedersachsen, oder Sie stehen in Hannover inmitten einer hitzigen Demonstration. In solchen Momenten ist es nicht der Gesetzestext, der Sie schützt - es sind Frauen und Männer in Uniform, unsere Polizisten.

(Beifall bei der CDU)

Ob in Hannover bei Demonstrationen, in Braunschweig beim Fußball, in Osnabrück im Streifendienst oder im ländlichen Ostfriesland - überall sind sie da. Sie stehen in der ersten Reihe, wenn es brenzlig wird. Sie verdienen Respekt, sie verdienen Vertrauen. Sie verdienen *unser* Vertrauen.

(Michael Lühmann [GRÜNE]: Deswegen machen wir das ja!)

Und Fehlverhalten? Ja, das gibt es. Natürlich gibt es das, und es wird in Niedersachsen geahndet - nachvollziehbar und rechtsstaatlich. Disziplinarverfahren, richterliche Kontrolle, strafrechtliche Konsequenzen - das ist gelebte Rechtsstaatlichkeit, meine Damen und Herren. Niemand steht über dem Gesetz.

Und genauso klar sollte sein: Niemand darf ohne Grund unter Generalverdacht gestellt werden.

(Beifall bei der CDU - Djenabou Diallo Hartmann [GRÜNE]: Das ist schwach, Frau Kollegin!)

Darum sagen wir als CDU-Fraktion ganz klar: Wir brauchen keine Kennzeichnungspflicht.

(Beifall bei der CDU)

Wir brauchen eine Polizei, die stark ist, die resilient ist, die modern ausgestattet ist und die respektiert wird.

Ihr Antrag sieht eine zweijährige Pilotierung vor, eine anonymisierte und individualisierte Erkennbarkeit der Kolleginnen und Kollegen. Sie von Rot-Grün versprechen Transparenz, Nachvollziehbarkeit und Vertrauen. Das klingt modern, aber es ist Symbolpolitik. Denn Helm- und Rückenkennzeichnung in geschlossenen Einsätzen gibt es längst. Damit ist es gut festzustellen, wer wann wo was gemacht hat - auf Halbgruppen heruntergebrochen. Das sind aber interne Führungsmittel, Orientierung für die Einsatzleitung und nicht Signale des Misstrauens nach außen - unterschiedlicher Zweck, unterschiedliches Risiko.

(Beifall bei der CDU)

Frau Innenministerin, ich frage Sie: Was wollen Sie? Sie sagen immer, Sie vertrauen der Polizei - das glaube ich Ihnen sogar -, aber jetzt folgen Sie hier grüner Ideologie, weil es so im Koalitionsvertrag steht.

(André Bock [CDU]: Genau so! - Michael Lühmann [GRÜNE]: Das ist so langweilig und erwartbar! Das ist schade!)

Die Polizei braucht konkret vernünftige Ausstattung. Das sagen Sie auch immer. Aber wenn es konkret wird, verweigern Sie das, was sie dringend braucht, sei es der Taser, seien es Palantir, intelligente Videoüberwachung, Abwehr von Drohnen oder die Sanierung und der Neubau von Dienststellen - alles dringlich, aber alles verzögert, verschoben oder verweigert. Und gleichzeitig kommt Rot-Grün mit einem Antrag um die Ecke und will ausgerechnet diejenigen, die sich für uns in Gefahr begeben, leichter identifizierbar machen. Meine Damen und Herren, das ist kein Fortschritt, das ist Rückschritt.

(Beifall bei der CDU)

Das ist ein falsches Signal, und vor allem ist es ein Widerspruch in sich. Der Beamte, der bei einer Demo Bürgerinnen und Bürger vor Gewalt schützt, soll zugleich ein Signal des Misstrauens auf seiner Uniform tragen. Sehr geehrte Damen und Herren, eine Kennzeichnungspflicht passt nicht zu einer Demokratie, die auf Vertrauen baut. Sie passt nicht zu einem Rechtsstaat, der seine Polizei schützt, statt sie unter Generalverdacht zu stellen. Während die Gewalt gegen Polizeibeamte im BKA-Lagebild Rekordhöhen erreicht, während Bedrohungen von Polizeibeamten guasi auf der Tagesordnung stehen und Übergriffe immer weiter zunehmen, wollen Sie Beamte noch leichter identifizierbar machen. Das ist aus unserer Sicht ein eklatanter Verstoß gegen die Fürsorgepflicht.

(Beifall bei der CDU)

Und was ist mit dem Märchen von den anonymisierten Codes? Ganz einfach: Es funktioniert nicht. Denn hinter jedem anonymisierten Code muss auch eine Liste stehen. Anonym ist das Ganze nur nach außen. Kurzum: Eine Kennzeichnung mit Codes bedeutet nicht weniger, sondern mehr Bürokratie - politisch fragwürdig, rechtlich riskant.

Die Pilotierung soll wissenschaftlich begleitet sein. Das klingt schön. Aber ohne klare Ziele, ohne Ausgangswerte, ohne Abbruchregel, ohne Kostenübersicht gibt es keine Evaluation. Das ist Augenwischerei. Währenddessen findet man in Niedersachsens Polizeiinspektionen, Kommissariaten und Dienststellen Folgendes vor: marode Gebäude, zu wenig Personal, Beförderungsstau, Rückstände bei der Digitalisierung. Zeus X fliegt Ihnen ja gerade um die Ohren. Und was ist mit dem NPOG? Wir warten weiterhin darauf, und Rot-Grün setzt Priorität bei Ärmelnummern. Das ist Ideologie pur.

Wir als CDU-Fraktion stehen für echte Lösungen: Einsatz von Bodycams ausbauen, digitale Einsatz-dokumentationen verbessern, Dienststellen modernisieren, Personal stärken, Beförderungen beschleunigen, Eigensicherung verbessern - das ist konkrete Sicherheitspolitik.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist leicht, anderen etwas abzuverlangen, wenn man es selbst nie ertragen muss. Aber es ist schwer, Verantwortung zu übernehmen, die man nicht selbst trägt. Unsere Polizei übernimmt die Verantwortung jeden Tag. Die Polizei ist Rückgrat unserer Demokratie. Sie verdient Vertrauen, Respekt und Schutz, nicht Generalverdacht und Symbolpolitik.

(Beifall bei der CDU)

Eine Nummer am Ärmel - oder wo auch immer man dieses Zeichen tragen soll - schützt niemanden. Ausstattung schützt, Ausbildung schützt und Aufarbeitung schützt. Darum sagen wir: Diejenigen, die uns schützen, verdienen mit Blick auf die Sicherheit echte Lösungen, nicht grüne Symbolpolitik auf der Uniform.

(Beifall bei der CDU)

Ich selbst habe als Beamtin meinen Namen getragen. Es war aber genau richtig, dass ich entscheiden konnte, wann das sinnvoll war und wann nicht. Es gibt ein Für und Wider mit Blick auf das Tragen des Namens. Es gab Einsatzlagen, in denen ich bewusst mein Namensschild abgenommen habe. Ich finde, das sollte jeder und jede für sich selbst und individuell entscheiden, und das sollte nicht - durch eine Kennzeichnungspflicht - von oben entschieden werden. Selbstverantwortung und Vertrauen in die Kolleginnen und Kollegen der Polizei - das ist das Gebot der Stunde.

(Beifall bei der CDU)

Genau das ist der Punkt. Schutz für Bürgerinnen und Bürger - ja, Misstrauen allein gegenüber unseren Polizistinnen und Polizisten - nein.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Barbara Otte-Kinast:

Liebe Frau Kollegin, trinken Sie ruhig noch einen Schluck Wasser. Es könnte noch zu einem Redeeinsatz kommen, denn der Kollege Lühmann hat sich zu einer Kurzintervention gemeldet. Bitte schön!

Michael Lühmann (GRÜNE):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Es ist leider genau das passiert, was ich erwartet habe. Ich finde es ein bisschen schade, aber so ist es eben, wenn man solche Debatten so führt.

Wir haben ja sehr lange und sehr klar ausgeführt - deswegen komme ich hier noch mal nach vorne: um das klarzustellen -: Wir vertrauen der Polizei! Wir stehen hinter der Polizei!

Dieser Ansatz, warum wir das tun, ist einer, der das Vertrauen in die Polizei stärken kann - wozu uns der Bundesverfassungspräsident a. D. Voßkuhle aufruft, wozu uns das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig aufruft. Horst Köhler sagt - er war mal Ihr Bundespräsidentenkandidat -: Auch Symbolpolitik ist wichtig und stärkt das Vertrauen in Demokratie.

Das ist unser Punkt. Uns geht es nicht darum, wie Sie gesagt haben, zu schauen, ob dort einer straffällig geworden ist oder nicht. Das ist gar nicht der Punkt. Unser ganzer Ansatz an dieser Kennzeichnungspflicht ist, dass es ein Vertrauenssignal in die Bevölkerung richtet, dass es Vertrauen dadurch stärkt, dass Verfahren in der Demokratie überprüfbar sind, dass der Bauamtsleiter, der mit seinem Namen unterschreibt, der Richter, der in seinem Namen urteilt, und alle öffentliche Gewalt, die mit einer Unterschrift und mit Namen dahinter Entscheidungen trifft, gegen die sich Bürger wehren können, dass das auch für Polizist*innen in geschlossenen Einsätzen gelten kann und darf - und zwar anonymisiert, weil wir um die Gefahr wissen.

Deswegen verstehe ich auch nicht - das ist auch, ehrlich gesagt, populistischer Unsinn -, warum Sie hier reingehen und von Namen oder nicht sprechen. Wir reden hier nicht über Namen. Wir reden über etwas Individualisiertes und Anonymisiertes, das am Ende Vertrauen stärkt.

Haben Sie doch mal Vertrauen, dass wir uns das zwei Jahre lang angucken! Wenn das gut ist, machen wir es weiter, und wenn es Mist ist, müssen wir noch mal reden. So einfach ist das.

> (Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD - André Bock [CDU]: In zwei Jahren schaffen wir es wieder ab!)

Vizepräsidentin Barbara Otte-Kinast:

Möchte die Kollegin erwidern? - Es sieht so aus. Bitte schön! Sie haben das Wort.

Saskia Buschmann (CDU):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrter Herr Lühmann, das Signal, das Sie an die Kolleginnen und Kollegen bei der Polizei aussenden, ist ein anderes. Das wird mir gespiegelt. Die Polizei hat andere Sorgen und Nöte, als sich um eine Kennzeichnungspflicht, von oben oktroyiert, zu kümmern.

(Beifall bei der CDU)

Ganz besonders schön fand ich, dass Sie schon im Vorfeld gesagt haben, die Kennzeichnungspflicht wird kommen. So sind die momentanen Mehrheitsverhältnisse. Aber damit zeigen Sie ja quasi, dass das, was im Ausschuss noch an Gegenargumenten kommen kann, Sie von Ihrem Standpunkt gar nicht mehr abbringen kann.

Sie sind so verfahren in Ihrer Ideologie, das ist doch nicht wahr. Das kann doch keiner mehr glauben.

(Beifall bei der CDU und von Klaus Wichmann [AfD])

Vizepräsidentin Barbara Otte-Kinast:

Aus der Fraktion der SPD will sich jetzt auf den Weg machen: der Kollege Saade. Bitte schön! Sie haben das Wort.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN - Ulf Thiele [CDU]: Man sieht Ihnen immer an, dass Sie nicht wirklich gut finden, was Sie da reden müssen! - Sebastian Lechner [CDU]: Die Rede wird in der Polizei wahrgenommen! -Gegenruf von Detlev Schulz-Hendel [GRÜNE]: Das mit dem Keil funktioniert nicht!)

Alexander Saade (SPD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich starte mit einem kleinen Hinweis an die AfD. Wir brauchen keine Übersetzung von der AfD an die Polizei. Ich weiß nicht, ob Sie einen beruflichen Hintergrund haben, der irgendwie eine Polizeikompetenz ausstrahlt. Aber diesen Antrag haben tatsächlich Polizisten geschrieben.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, 2017 hat der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte Deutschland gerügt. Der Grund waren Vorwürfe gegen vermummte, nicht identifizierbare Einsatzkräfte.

(Unruhe)

Die Vorwürfe konnten seinerzeit nicht wirksam aufgeklärt werden. Und ganz ehrlich: Das passiert nicht oft. Aber der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte sagt ausdrücklich: Wenn Staaten helmtragende Kräfte einsetzen, brauchen diese sichtbare Unterscheidungsmerkmale, etwa eine Kennnummer;

(Sebastian Lechner [CDU]: Haben wir ja, oder?)

anonym für die Öffentlichkeit, aber damit man sie zur Aufklärung zuordnen kann. So schützt man den Rechtsstaat und die Polizei zugleich. Worüber reden wir hier eigentlich heute? Wir reden über die Pilotierung einer anonymisierten, individualisierten taktischen Einsatzkennzahl: einer Nummer, einer Zahlenkombination, von mir aus auch mit Buchstaben - ich sehe da gar keinen Skandal -, das Ganze begrenzt auf geschlossene Einsätze. Wir wollen das wissenschaftlich begleiten, wir wollen das klar befristen, und es gibt einen Evaluationsbericht an den Landtag. Und dann sehen wir: War es gut? War es schlecht? Müssen wir nachbessern?

Unser Ziel ist klar formuliert: Transparenz und Nachvollziehbarkeit stärken, ohne den Schutz unserer Beamtinnen und Beamten zu vernachlässigen. Das ist der Ansatz des vorliegenden Antrags.

(Reinhold Hilbers [CDU]: Ein Misstrauensansatz!)

Eine taktische Einsatzkennzeichnung ist ein Qualitätsmerkmal moderner Einsatzkultur. Sie verbessert Orientierung im Verband, erleichtert Nachbereitung und Aufklärung und schützt vor allem die vielen, die professionell arbeiten, weil mit ihrer Hilfe unbegründete Vorwürfe schneller ausgeräumt werden können und man begründete gezielt zuordnen kann. Schon heute gibt es ja eine taktische Einsatzkennzeichnung. Genau genommen führen wir das nur fort.

Der Blick auf Europa zeigt: Wir bewegen uns da im Mainstream. Kennzeichnung ist in vielen anderen Ländern Teil der Uniform - völlig selbstverständlich! Um nur die Großen zu nennen: Frankreich, das Vereinigte Königreich, Spanien - völlig normal, völlig selbstverständlich. Die Botschaft ist überall klar: Dadurch wird der Rechtsstaat gestärkt, und nichts anderes. Polizei muss manchmal zwingend Grundrechte einschränken. Transparenz ist hier kein Misstrauen in die Polizei, sondern eine professionelle Norm - nichts anderes.

Schauen wir ins Land! Die meisten Bundesländer haben längst verschiedene Formen von Kennzeichnung: teils gesetzlich, teils durch Erlass; auf jeden Fall gibt es die.

Schockiert sein müssen wir alle über das große Misstrauen der CDU in die Polizei. Fakt ist: Wer heute behauptet, die Kennzeichnung ist ein Zeichen für Misstrauen, der muss sich mal die Praxis angucken: Rheinland-Pfalz - Kennzeichnung. Hamburg - Kennzeichnung. Wie groß ist das Misstrauen der CDU? Baden-Württemberg, zusammen mit der CDU regiert - Kennzeichnung. Sachsen-Anhalt, mit der CDU regiert - Kennzeichnung.

(Sebastian Zinke [SPD]: Hört, hört!)

Thüringen, auch mit der CDU regiert - Kennzeichnung. Berlin, auch mit der CDU regiert - Kennzeichnung. So viel Misstrauen! Schleswig-Holstein, mit einer CDU-Regierung - auch Kennzeichnung. Sachsen: ebenfalls.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

Am schlimmsten ist es in Hessen. Da vertraut ja quasi kein CDU-Politiker mehr der Polizei, denn da gibt es nicht nur eine individuelle Nummer, da gibt es sogar eine Namenspflicht. Da kommt der echte Name dran!

(Dr. Silke Lesemann [SPD]: Das gibt's doch gar nicht!)

Wie groß ist eigentlich *Ihr* Misstrauen in die Polizei? Das kann man ja gar nicht fassen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

Vizepräsidentin Barbara Otte-Kinast:

Entschuldigen Sie, Herr Kollege Saade! Ich glaube, die Kollegin Saskia Buschmann möchte eine Zwischenfrage stellen. Lassen Sie die zu?

Alexander Saade (SPD):

Nein, ich habe mir alles ganz geduldig angehört. Jetzt kann sie auch ganz geduldig zuhören. Ich denke, das gehört sich so.

(André Bock [CDU]: Er hat Sorge, dass ihm die Argumente ausgehen!)

Vizepräsidentin Barbara Otte-Kinast:

Alles klar.

Alexander Saade (SPD):

"Rechtlich riskant" habe ich eben von der CDU gehört. Rechtlich riskant - ja, das kann sein. Deswegen hat das höchste Gericht, nämlich das Bundesverfassungsgericht, den Rahmen längst geklärt. 2019 hat man bestätigt: Die Kennzeichnungspflicht ist verfassungsgemäß, der Eingriff in das informationelle Selbstbestimmungsrecht ist durch Transparenz, Bürgernähe und bessere Aufklärung gerechtfertigt.

Was heißt das für Niedersachsen?

Erstens: Maß halten. Wir sprechen über Nummern, über anonymisierte Nummern. Wir sprechen ausschließlich über geschlossene Einsätze.

Zweitens: Wir wollen das Ganze wissenschaftlich evaluieren. Das wäre das erste Mal, dass so etwas passiert: Wirkung auf Einsatzpraxis, was passiert mit dem Sicherheitsgefühl der Einsatzkräfte und eben auch mit dem Vertrauen der Bevölkerung?

Drittens: Am Ende werden wir die Erkenntnisse umsetzen. Wenn die Evaluation überzeugt, dann werden wir das dauerhaft verankern. Wenn sie Nachschärfung empfiehlt, dann nehmen wir sie vor.

(André Bock [CDU]: Dann regieren Sie gar nicht mehr!)

Das ist seriöse Innenpolitik.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

Meine Damen und Herren, die Kennzeichnung ist kein Misstrauen in die Polizei, sondern sie ist Vertrauensmanagement. Sie trägt der Glaubwürdigkeit der vielen Rechnung, die jeden Tag sehr professionell handeln. Sie gibt uns Instrumente in die Hand, Einzelfälle fair, zügig und gerichtsfest aufzuklären. Damit folgen wir dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte. Die Demokratie verlangt eben beides: Rückhalt für Polizei und überprüfbare Verfahren. Mit dieser Pilotierung liefern wir beides.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Rot-Grün sorgt für ein modernes Polizeigesetz. Mit einer Innenministerin der SPD und einem grünen Finanzminister wird es historisch hohe Investitionen geben. Wir sorgen für moderne Ausstattung.

> (Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

Um es klarzumachen: Die Polizei in Niedersachsen steht fest zu unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Ich bin - nein, wir als Rot-Grün sind stolz auf die tägliche Arbeit unserer Polizei für Sicherheit und Demokratie.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

Unsere Beamtinnen und Beamten handeln professionell, bürgernah und verlässlich. Freiheit und Sicherheit sind aber eine gemeinsame Verantwortung von Polizei und Gesellschaft.

Mit der taktischen Einsatzkennzeichnung senden wir eine ganz klare Botschaft: Wir stärken die Glaubwürdigkeit, und wir schaffen Vertrauen. Denn wer sich auf den Rechtsstaat verlässt, kann sich auch auf die Polizei verlassen.

Und ganz ehrlich: Nach über drei Jahrzehnten bei der Polizei verstehe ich diese Aufregung gar nicht. Selbstverständlich arbeitet die Polizei professionell. Und ich hatte nie ein Problem damit, sogar mit meinem Namen dafür zu stehen. Denn das ist das, was der Bürger von uns erwarten kann. Wir schränken Grundrechte ein. Dann ist Transparenz das Mindeste, was wir in einer Demokratie erwarten können. Das unterscheidet uns übrigens auch von totalitären Staaten.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

Vizepräsidentin Barbara Otte-Kinast:

Vielen Dank, Herr Kollege Saade. Laufen Sie nicht zu weit weg, denn es gibt zwei Kurzinterventionen. Zuerst hat sich zu Wort gemeldet: Herr Marzischewski-Drewes. Bitte schön!

(Beifall bei der AfD)

Stefan Marzischewski-Drewes (AfD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Lieber Kollege Saade, jawohl, die Polizei steht zur freiheitlichen Grundordnung und zum Grundgesetz.

(Djenabou Diallo Hartmann [GRÜNE]: Die AfD aber nicht!)

Deswegen kommen immer mehr Polizisten zur AfD - was gut ist.

Ich übersetze für Sie einmal: Nach knapp einem Jahr wurde in NRW die anonymisierte, individualisierte Kennzeichnungspflicht abgeschafft, im Jahr 2016. Und heute steht beim NDR - sicherlich keine Gazette der AfD -: Die Gewerkschaft der Polizei lehnt das rundweg als Misstrauensvotum ab.

(Beifall bei der AfD)

Ich kann Sie nur bitten: Gehen Sie in sich, und ziehen Sie diesen Antrag zurück! Unsere Polizei braucht etwas anderes, als sich mit sich selbst und mit mehr Bürokratie zu beschäftigen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsidentin Barbara Otte-Kinast:

Herr Saade, zunächst hat noch Saskia Buschmann das Wort. Hinterher können Sie an das Rednerpult gehen und auf beide Kurzinterventionen antworten.

(Beifall bei der CDU)

Saskia Buschmann (CDU):

Sehr geehrter Herr Saade, Sie haben ja aufgezählt, welche Bundesländer eine solche Kennzeichnungspflicht haben. Können Sie uns erzählen - Sie wollten meine Zwischenfrage ja nicht zulassen -, wie viele Ermittlungserfolge es aufgrund dieser Kennzeichnung gegeben hat und wie viele es ohne diese Kennzeichnung nicht gegeben hat?

Vizepräsidentin Barbara Otte-Kinast:

Herr Saade, bitte schön!

Alexander Saade (SPD):

Vielen Dank. - Frau Landtagspräsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich antworte erst mal in Richtung AfD: Was ich weiß, ist, dass die Polizei definitiv keinen Rat von der AfD braucht. Das ist das eine.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

Zu Frau Buschmann: Sie haben unseren Antrag gar nicht verstanden. Es geht nämlich überhaupt nicht um Ermittlungserfolge. Es geht um Vertrauen, und es geht um Transparenz - nichts anderes.

> (Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN - Saskia Buschmann [CDU]: Deswegen spricht ja niemand vom Einsatz bei Ermittlungen!)

Vizepräsidentin Barbara Otte-Kinast:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Beratung wird dann im Ausschuss fortgesetzt. Wir kommen nun zur Ausschussüberweisung.

(Unruhe)

 Ich bitte noch einmal um etwas Ruhe für die letzten Sätze vom Präsidium!

Federführend soll der Ausschuss für Inneres und Sport sein, mitberatend der Ausschuss für Haushalt und Finanzen. Wer dem so zustimmen kann, den bitte ich um ein Handzeichen. - Das ist einstimmig.

Wir kommen nun zur Festlegung von Zeit und Ort des nächsten Tagungsabschnittes. Der nächste, 28. Tagungsabschnitt ist für den 8. bis zum 10. Oktober 2025 vorgesehen. Der Ältestenrat wird den Beginn und die Tagesordnung der Sitzung festlegen, und der Landtag wird entsprechend einberufen werden.

Ich schließe hiermit die Sitzung und wünsche Ihnen noch einen schönen Resttag und eine gute Heimreise.

Schluss der Sitzung: 13:44 Uhr.